

# Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt

Studie im Rahmen der Armutspräventionsrichtlinie –  
Finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds  
und des Freistaats Thüringen



Prof. Dr. Jörg Fischer, Christoph Huth, Robert Römer

## Impressum

Bearbeitung

Prof. Dr. Jörg Fischer

Christoph Huth, M.A.

Institut für kommunale Planung und Entwicklung

Altonaer Straße 25

99085 Erfurt

E-Mail: [info@ikpe-erfurt.de](mailto:info@ikpe-erfurt.de)

Telefon: 0361/6700-4293

<http://www.ikpe-erfurt.de>

Erfurt, 09.12.2016

## Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung.....	4
1.1	Schwerpunkte des Berichts.....	7
1.2	Hinweise zum methodischen Vorgehen.....	8
2	Armut.....	11
2.1	Relative Armut.....	11
2.2	Kinderarmut.....	12
2.3	Möglichkeiten und Grenzen der kommunalen Armutsmessung.....	13
3	Empirischer Teil.....	15
3.1	Standardisierung und Vergleichbarkeit von Daten.....	15
3.2	Sozialräume und Planungsräume.....	16
3.3	Demografie.....	18
3.4	Leistungsbezug.....	24
3.5	Alleinerziehende.....	28
3.6	Migration.....	32
3.7	Kinder und Jugendliche.....	37
3.8	Angebote und Institutionen.....	53
3.8.1	Kindertagesstätten.....	54
3.8.2	Schule.....	57
3.8.3	Kinder- und Jugendhilfe.....	62
4	Handlungsempfehlungen.....	69
4.1	Hinweise auf strategischen Steuerungsbedarf.....	69
4.2	Hinweise auf inhaltlichen Steuerungsbedarf.....	70
5	Literatur.....	73

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Mitwirkende am Projekt.....	8
Abbildung 2: Planungsräume und Stadtteile der Stadt Erfurt.....	17
Abbildung 3: Zuordnung der Stadtteile zu den Planungsräumen in Diagrammen.....	18
Abbildung 4: Altersgruppen nach Planungsräumen .....	19
Abbildung 5: Altersgruppen nach Stadtteilen.....	20
Abbildung 6: Altersverteilung Altstadt und Rieth.....	21
Abbildung 7: Geburten- und Sterberate nach Planungsräumen.....	22
Abbildung 8: Geburten- und Sterberate nach Stadtteilen .....	23
Abbildung 9: Arbeitslosigkeit nach Planungsräumen .....	25
Abbildung 10: Arbeitslosigkeit nach Stadtteilen .....	26
Abbildung 11: Leistungsbezug SGB II und Grundsicherung nach Planungsräumen .....	27
Abbildung 12: Haushalte mit Kindern nach Planungsräumen.....	28
Abbildung 13: Haushalte mit Kindern nach Stadtteilen .....	30
Abbildung 14: Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender nach Planungsräumen.....	30
Abbildung 15: Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender nach Alter des jüngsten Kindes..	32
Abbildung 16: Ausländer nach Planungsräumen.....	33
Abbildung 17: Haushalte mit Migrationshintergrund nach Planungsräumen .....	34
Abbildung 18: Haushalte mit Migrationshintergrund nach Stadtteilen.....	36
Abbildung 19: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Planungsräumen .....	38
Abbildung 20: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Stadtteilen.....	40
Abbildung 21: Kinder in Bedarfsgemeinschaften im Zeitverlauf nach Planungsräumen .....	41
Abbildung 22: Kinder in Bedarfsgemeinschaften im Zeitverlauf in Erfurt Oststadt .....	42
Abbildung 23: Kinder in Bedarfsgemeinschaften im Zeitverlauf in Erfurt Nord .....	43
Abbildung 24: Jugendarbeitslosigkeit.....	44
Abbildung 25: Zahngesundheit bei Kindern.....	45
Abbildung 26: Gewicht bei der Schuleingangsuntersuchung.....	47
Abbildung 27: Auffälligkeiten bei der Schuleingangsuntersuchung .....	48
Abbildung 28: Jugendkriminalität.....	50
Abbildung 29: Betreuung in Kitas bis unter 3 Jahre.....	54
Abbildung 30: Verfügbarkeit von Plätzen in Kitas.....	56
Abbildung 31: Rückstellungen vom Schulbesuch .....	58



Abbildung 32: Übergang nach der Grundschule nach Schulart.....	59
Abbildung 33: Sprachkurse Deutsch an Schulen .....	61
Abbildung 34: Hilfen zur Erziehung nach Planungsräumen .....	63
Abbildung 35: Hilfen zur Erziehung nach Stadtteilen.....	64
Abbildung 36: Inobhutnahmen.....	66
Abbildung 37: Stellen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit .....	67

## 1 Vorbemerkung

Die vorliegende Untersuchung ist eingebettet in die Armutspräventionsrichtlinie, finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Freistaats Thüringen. Sie stellt einen wichtigen Baustein für die Thüringer Kommunen – hier für die Stadt Erfurt – auf dem Weg zu einer erfolgreichen Armutsprävention dar.

Ziel der Untersuchung ist es, die lokalen Akteure in Bezug auf eigene Gestaltungsansätze bei der umfassenden Wahrnehmung von Armut und Bildungsbenachteiligung zu sensibilisieren, das vorhandene Wissen zu verbreitern und miteinander zu vernetzen sowie sie in der Entwicklung von integriert angelegten und nachhaltig wirkenden Ansätzen zur Stärkung von Chancengleichheit und optimalen Aufwuchsbedingungen von Kindern und Jugendlichen zielgenau und entsprechend ihrer Bedarfe zu unterstützen. Die hier entwickelten Ansätze können als ein Instrument zur Analyse regionaler Bedarfslagen betrachtet werden.

Aus einer kleinräumigen Perspektive heraus setzt die Studie mit einer Analyse der Problemstrukturen an. Denn ungeachtet eines aktiven politischen und fachlichen Engagements zur Unterstützung unterschiedlicher Zielgruppen vor Ort ist in strukturierter und empirisch unteretzter Form bisher nur wenig über die tatsächlichen Lebenslagen der Menschen und ihre spezifischen Bedarfe bekannt. Demgegenüber existiert im Freistaat Thüringen eine kaum zu überblickende Anzahl an Trägern, Strukturen und Angeboten in den Feldern Bildung, Soziales und Gesundheit. Daraus ergibt sich ein deutlicher Wissens- und Handlungsbedarf in Bezug auf die Frage, wie passgenau die vorhandenen Angebote auf Bedarfe von jungen Menschen und deren Eltern reagieren. In der Folge erscheint es keineswegs als ausreichend, politische Steuerungsprozesse aus Vermutungen oder persönlichen Erfahrungen heraus abzuleiten. Vielmehr erfordert es einen fundierten empirischen Zugang, um kommunale Daseinsvorsorge mit gesicherten Zugängen zu den tatsächlichen Bedarfen aktiv zu gestalten.

Die politischen und administrativen EntscheidungsträgerInnen der Stadt Erfurt stehen vor der Herausforderung, soziale Dienstleistungen kontinuierlich auf ihre Passfähigkeit gegenüber den spezifischen räumlichen, sachlichen, sozialen und zeitlichen Bedarfen in der Bevölkerung zu überprüfen. Nicht nur der Umfang, sondern auch die Merkmale von sozialen Problemen unterliegen Wandlungsprozessen, weswegen auch sozialpolitische Antworten, die vor wenigen Jahren durchaus eine angemessene Lösung darstellten, kontinuierlich hinsichtlich

ihrer Geeignetheit auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Dem Zweck einer bedarfsgerechten Planung der lokalen Angebotsstrukturen dienen die umfangreichen Datensätze der Statistikstelle der Stadt Erfurt als eine Grundlage. Gegenüber anderen Kommunen ist die Landeshauptstadt in der vorteilhaften Position, statistische Daten an einer zentralen Stelle zu sammeln und in konstanter Qualität, unter anderem für die Nutzung durch die Fachplanungen, bereitstellen zu können.

Die vorliegende Untersuchung orientiert sich an der Strukturierung des Thüringer Sozialstrukturatlases (TMSFG 2011), welcher eine Beschreibung der sozialen Lagen in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen vornimmt, um Hinweise für lokale Veränderungsnotwendigkeiten abzuleiten. Mit der hier auf die Stadt Erfurt zugeschnittenen kleinräumigen Perspektive der Datenanalyse geht die Untersuchung jedoch über den Detaillierungsgrad des Thüringer Sozialstrukturatlas hinaus.

Einen Ausgangspunkt in der Vorbereitung der Untersuchung sowie für die Auswertung des Datenmaterials bilden ferner die nachfolgend angeführten Thesen.

1. Die soziale Herkunft junger Menschen hat einen maßgeblichen Einfluss auf ihre (Bildungs-)Biografie und die Bedingungen des Aufwachsens.

Nicht nur die Ergebnisse der PISA-Studien zeigen deutlich die hohe Selektivität des deutschen Bildungssystems in Bezug auf den familiären Hintergrund von Kindern und Jugendlichen auf. Diese schichtspezifische Selektivität schließt unterschiedlich vorhandene Zugänge zu Angeboten, heterogene Zuschreibungen von individuellen Kompetenzen und differierende Bewertungen durch Professionelle in Bezug auf die gleiche Leistung ein. Daher kann von massiv ungleich verteilten und sich weiter auseinander entwickelnden Chancen im Prozess des Aufwachsens und der Entwicklung einer gelingenden Lebensführung gesprochen werden. Darüber hinaus befördern diese externalen Zuschreibungen, die nur wenig mit tatsächlichen individuellen Leistungen, aber viel mit schichtspezifischen Vorurteilen zu tun haben, die Gefahr einer verzerrten der Selbstwahrnehmung von betroffenen Kindern und Jugendlichen (Werning/Lütje-Klose 2006, S. 61).

2. Die Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen steht im Zusammenhang mit ihrer räumlichen Herkunft.

Armut hat soziale und kulturelle Konsequenzen, die zu einer Situation führen können, die als ‚Ausgrenzung‘ oder ‚Exklusion‘ bezeichnet wird. Die Gefahr der gesellschaftlichen Ausgrenzung wird auch davon bestimmt, in welchen räumlichen Zusammenhängen Menschen leben, die in Armut geraten sind. Der Sozialraum hat Einfluss auf die Einbindung in soziale Netzwerke und auf die Verfügbarkeit von Ressourcen, die nicht direkt vom Einkommen abhängig sind. Sozialräume werden durch die sozialen Strukturen und die Alltagspraxis ihrer Bewohner geprägt. Die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung, die vorherrschenden sozialen Lagen und die Verhaltensweisen der Bewohner formen dabei Milieus, die ihrerseits Rückwirkungen auf die Orientierung, die Verhaltensmöglichkeiten und Lebenschancen dieser Bewohner haben (Häußermann/Kronauer 2005, S. 597). Ausgehend von der räumlichen Herkunft der Kinder und Jugendlichen lassen sich damit zusammenhängende Etikettierungs- und Stigmatisierungsprozesse identifizieren.

### 3. Das Land Thüringen ist in seiner räumlichen Struktur sehr heterogen.

Diese Unterschiede lassen sich in den ungleichen Lebenslagen armer und reicher Haushalte, aber auch zwischen strukturschwachen Regionen und solchen mit einer vergleichsweise besseren Ausgangslage erkennen. Der Sozialstrukturatlas des Landes gibt einen fundierten Überblick über die zentralen Bereiche zu den unterschiedlichen Lebenslagen in den Städten und Landkreisen des Landes. Mit dem Sozialstrukturatlas der Stadt Erfurt steht zudem ein Instrument bereit, welches die Heterogenität der Lebenslagen auch auf einer kleinräumigeren Ebene sichtbar macht.

### 4. Die Heterogenität nimmt mit Blick auf die einzelnen Sozial- und Planungsräume innerhalb der Kommunen kontinuierlich zu.

Soziale Ungleichheiten verstärken sich, die Unterschiede in der Einkommensverteilung und der Armutsrisikoquote werden größer. Neben der Polarisierung der Einkommensgruppen lässt sich zudem beobachten, dass die realen Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung in ihrem Betrag seit 2000 sogar zurückgegangen sind (Bertelsmann Stiftung 2010, S. 26). Zieht man der Betrachtung dieser in der gesamten Gesellschaft beobachtbaren Tendenzen die sehr unterschiedlichen strukturellen Merkmale der Kommunen in Thüringen in deren

Sozialräumen hinzu, so wird ersichtlich, dass strukturschwache Regionen auch in Erfurt zunehmend stärker von diesen Veränderungen betroffen sind.

5. Angesichts dieser zunehmenden räumlichen Heterogenität von Bedarfen unterliegen die vorgehaltenen Bildungs- und Sozialleistungen steigenden Anforderungen in der Diversifizierung von Zugängen, Methoden und Zielperspektiven.

Soziale Probleme zeigen sich konkret ‚vor Ort‘ und fordern somit auch Handeln ‚vor Ort‘: als kommunale Sozialpolitiken und als soziale Kontroll- und Hilfelandschaften (Kessl/Maurer 2005, S. 111).

Es kann daher als ein Grundsatz gelten, dass Ungleiches in diesem Zusammenhang entsprechend ungleich behandelt werden muss. Aus ungleichen Bedarfen sollten demzufolge auch unterschiedliche Angebote abgeleitet werden. Politische Steuerung steht gerade vor dem Hintergrund zunehmend begrenzter finanzieller Ressourcen vor der Herausforderung, zielgenau, d.h. räumlich und zielgruppenspezifisch wirksam zu steuern, tatsächlich vorhandene Bedarfe professionell zu bearbeiten und gleichzeitig einen nachhaltigen Effekt auf die Lebenslagen der Bevölkerung auszuüben. Daher ist es unverzichtbar, um die spezifischen Lebenslagen der Bevölkerung in den Planungsräumen zu wissen und davon ausgehend raum- und zielgruppenspezifische Zielstellungen zu entwickeln, um passgenaue Angebote vorzuhalten und begründen zu können.

### 1.1 Schwerpunkte des Berichts

Die Studie differenziert die sozialen Belastungen in der Bevölkerung anhand der in der Stadt Erfurt vorhandenen Planungsräume. Als Planungsraum wird hier eine administrative Gebietseinheit verstanden, die als Grundlage für eine raumbezogene Planung von Angeboten dient.

Die Untersuchung ist kein kommunaler Sozialbericht. Während ein Sozialbericht über die Gesamtlage der sozialen Situation einen geeigneten Überblick mit der Identifizierung von Problem- und Handlungsfeldern verschafft, wird hier auf den Teilaspekt der mit Armutsprävention und Bildungsförderung verknüpften Lebenslagen fokussiert. Das Vorgehen zielt nicht auf einen Vergleich von statistischen Größen in einer Gesamtbetrachtung ab. Vielmehr wird die Blickrichtung verfeinert, indem zeitliche und räumliche Entwicklungen aufgeschlüsselt werden, um Lebenslagen möglichst ganzheitlich und in ihren Querverbindungen betrachten zu können.

Lebenslagen vom einzelnen jungen Menschen aus zu denken, bedeutet den Fokus der Aufmerksamkeit auf individuelle Lebensabschnitte bzw. Übergänge zu lenken, welche die Weichenstellungen für die weitere persönliche Entwicklung darstellen und durchaus unterschiedlich verlaufen können. Insofern beziehen sich die Daten besonders auf das Übergangsmangement an den institutionellen Schnittstellen von einer (Bildungs-) Institution zur nächsten. Beispielhaft sei hier der Übergang vom Kindergarten in die Schule erwähnt.

## 1.2 Hinweise zum methodischen Vorgehen

Der gesamte Projektzeitraum erstreckte sich über die Monate April 2015 bis Januar 2016 und vollzog sich in zwei Teilen. Darüber hinaus fanden im Jahresverlauf 2016 mehrere Diskussionsrunden mit fachlichen und politischen Akteuren sowie Präsentationen des Datenmaterials in verschiedenen Ausschüssen der Stadt Erfurt statt.

Die ersten Monate des Projekts konzentrierten sich auf die Abstimmung der Inhalte im Austausch mit den Fachkräften der Planung vor Ort. Das Team stand während des gesamten Projektzeitraums im kontinuierlichen Austausch mit den Mitarbeitern des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung und hat den Prozess durch vielseitige Zuarbeit, das Einbringen in Diskussionen und die Unterstützung der Aufbereitung und Multiplikation der Ergebnisse maßgeblich mitgetragen. Die Personen sowie ihre fachlichen Positionen sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

Abbildung 1: Mitwirkende am Projekt

Tamara Thierbach	Bürgermeisterin	
Dr. Franziska Alff	Amt für Soziales und Gesundheit	Gesundheitsberichterstattung
Olga Freier	Amt für Soziales und Gesundheit	Fachsozial- und Gesundheitsplanung
Sandra Bennewitz	Amt für Bildung	Schulnetzplanung
Stefan Dräger	Amt für Bildung	Kommunales Bildungsmanagement
Norman Bulenda	Personal- und Organisationsamt	Abteilung Statistik und Wahlen
Olaf Hopfgarten	Jugendamt	Jugendhilfeplanung

Im Anschluss an die Abstimmung der inhaltlichen Schwerpunkte wurden die verfügbaren statistischen Datenzugänge hinsichtlich ihrer inhaltlichen Beschaffenheit und Qualität überprüft. Während sich in Bezug auf die Aufbereitung und Qualität der Zahlen keinerlei Einschränkungen feststellen ließen, sind den inhaltlichen Zugängen der Statistikstelle einige Grenzen gesetzt. So sind zum Beispiel Daten aus dem Schulbereich, wie etwa erreichte

Schulabschlüsse, nicht nach dem Wohnortprinzip verfügbar. Gleichwohl die Möglichkeit besteht, die Erfassung einiger Inhalte stärker zu untersetzen, ist die Verfügbarkeit von Zahlen im Blick auf die im Rahmen des Projekts angefragten Themenbereiche auf einem hohen Niveau.

Nach der Abfrage, Sammlung und Analyse von relevantem Datenmaterial anhand unserer Abfrageindikatoren wurde großes Augenmerk auf die Interpretation der vorliegenden Informationen gelegt. Dazu erfolgte eine kontinuierliche Aufbereitung der Daten in Bezug auf die räumliche Zuordnung einzelner Indikatoren, die Gruppierung der Bevölkerung nach denen für die Analysen notwendigen Alterskohorten und die Herstellung inhaltlicher Verknüpfungen zwischen den unterschiedlichen Ressorts. Abschließend wurden die Ergebnisse für den weiteren Verlauf des Projektes in Form von Grafiken und Tabellen nach inhaltlichen Schwerpunkten gewichtet und für die ersten internen Präsentationen aufbereitet.

Der Schwerpunkt in der zweiten Hälfte des Projektzeitraumes lag auf der Interpretation des vorliegenden Datenmaterials. Gemäß des Beratungscharakters der vorliegenden Arbeit erfolgte die Analyse von Bedarfslagen in der Stadt Erfurt in enger Abstimmung mit den Experten vor Ort. In den Diskussionsrunden mit den Fachkräften konnten gewinnbringende Hinweise zur Deutung bestimmter Indikatoren und der Ableitung von Handlungsempfehlungen entwickelt werden. Gleichzeitig wurde angeregt, die Grenzen einer in Folge der Zuständigkeiten verschiedener Fachbereiche versäulten Analyse der Bedarfslagen zu überwinden und bereichsübergreifende Abstimmungsrunden zu initiieren. Dies erscheint aus der Perspektive der Adressaten von Angeboten und Leistungen als selbstverständlich, da die Menschen ihre Lebenswelt ganzheitlich wahrnehmen. Die versäulte Bearbeitung der Bedarfe ist eine Folge der Bearbeitung verschiedener Aspekte in der Bedarfslage von Familien innerhalb der bestehenden Ämterstrukturen (vgl. Schubert 2008, S. 19ff.). Dieser Ansatz erscheint jedoch weder effektiv noch effizient und erfordert eine zunehmende Kooperation in Bezug auf die Analyse der Bedarfe sowie bei der Entwicklung und Umsetzung von Angeboten.

Der Austausch mit den Fachkräften und den politischen Akteuren der Stadt Erfurt fand eingangs zunächst in Form vorbereitender Treffen statt und wurde dann durch die Präsentation und Diskussion von Befunden aus dem Datenmaterial in verschiedenen Gremien weiter vertieft. Im Zusammenwirken der Experten wurden zahlreiche Inhalte dieser Studie

durch das Fachwissen der Akteure vor Ort weiter untersetzt. Der vorliegende Bericht nimmt im Rahmen der Datenanalyse und bei der Ableitung von Handlungsempfehlungen auf die in Kooperation mit den lokalen Akteuren und Fachkräften gewonnenen Ergebnisse weiteren Bezug.



## 2 Armut

Im Blick auf regionale Unterschiede in den Lebenslagen der BürgerInnen der Stadt Erfurt gilt es als eine fachliche und politische Herausforderung, in den kommenden Jahren eine wirksame Strategie im Kampf gegen Armut zu entwickeln, bereits vorhandene Strukturen miteinander zu vernetzen und die Wirkung der Armutsprävention zu definieren. Einen ersten Zugang stellt dabei die Quantifizierung und Bemessung jener Bevölkerungsgruppen dar, die von Armut betroffen sind. Der Begriff „Armut“ ist für dieses Vorhaben nicht immer trennscharf genug – er bedarf daher einer weiteren Präzisierung. Wesentliche Aspekte im Zusammenhang mit der kommunalen Armutsmessung werden daher nachfolgend benannt und erläutert.

### 2.1 Relative Armut

Unter relativer Armut versteht man die Unterversorgung mit materiellen und immateriellen Gütern und davon abgeleitet eine Beschränkung der Lebenschancen in verschiedenen Bereichen. Die Bezeichnung „relative Armut“ bezieht sich dabei auf einen Vergleich zum Wohlstand der jeweiligen Gesellschaft, in der ein Mensch lebt.

Im Gegensatz zum Begriff der absoluten Armut, der auf das verweist, was zum Leben unbedingt notwendig ist, basiert der Begriff relativer Armut auf der Vorstellung sozialer Ungleichheit. In Deutschland gilt als relativ arm, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Vergleichsgruppe zur Verfügung hat (vgl. BMAS 2013 sowie Statistisches Bundesamt 2015).

Relative Armut muss in ihrer Bedeutung allerdings mehrere Dimensionen berücksichtigen, weil das finanzielle Einkommen nur ein Indikator unter anderen ist und im Zusammenhang mit anderen Aspekten betrachtet werden muss. Im 2. Armutsbericht der Bundesregierung von 2005 heißt es darum: „Schließlich greift eine indirekte Bestimmung der Armut wie etwa in Form der Einkommensarmut zu kurz, wenn andere Faktoren (z.B. Vermögen, Schulden, Gesundheit, Bildung, Arbeitslosigkeit) bei gleichem Einkommen einen jeweils unterschiedlichen Stellenwert besitzen.“ (BMAS 2005). Vor allem geht es bei der Beurteilung der relativen Armut um den tatsächlichen Lebensstandard bzw. um die tatsächliche Befriedigung der Grundbedürfnisse. Die Lebenslage der relativen Armut ist überdurchschnittlich häufig gekennzeichnet durch Bildungsbenachteiligung, Auffälligkeiten im gesundheitlichen Bereich sowie eine geringere soziale und kulturelle Einbindung. Arme

Familien können verglichen mit Familien in ökonomisch gesicherter Situation seltener Ausflüge unternehmen, sich keinen (einwöchigen) Urlaub im Jahr leisten oder Freunde zum Essen einladen (Butterwegge/Klundt/Belke-Zeng 2005).

Weil das Einkommen allein den gesellschaftlichen Status nicht hinreichend wiedergibt, versucht man mit dem Konzept der Lebenslagen eine differenziertere Beschreibung. Dieses Konzept interpretiert Armut als Unterversorgung in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Einkommen und Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur. Ähnlich beschreibt eine Studie der Arbeiterwohlfahrt (AWO-ISS 2012) verschiedene Armutsdimensionen: Dazu gehören materielle Armut, Bildungsbenachteiligung, kulturelle Armut, soziale Armut, fehlende Werte, emotionale Armut, Vernachlässigung, falsche Versorgung und ausländer-spezifische Benachteiligung. Eines ist fast allen Versuchen, das Phänomen der Armut zu beschreiben, gemeinsam: Es geht um die ungleiche Verteilung von Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

## 2.2 Kinderarmut

Kinder sind gegenüber der Gesamtbevölkerung einem deutlich erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt (Holz 2008, S. 483). Kinderarmut in Deutschland bedeutet in der Regel zwar ebenfalls nicht Hunger und Durst oder ohne Obdach zu leben. Sie manifestiert sich in unserer Gesellschaft vielmehr durch andere Erscheinungsformen. Neben einer eingeschränkten materiellen Grundversorgung, schlechter Gesundheit und geringer sozialer Teilhabe sind es vor allem die deutlich verminderten Bildungschancen für Kinder in Armut, die zu einer Reproduktion von Armutslagen auch in Zukunft beitragen werden. Bei gleicher Leistung haben arme Kinder deutlich weniger Möglichkeiten, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen zu entwickeln als ihre Altersgenossen (detailliert für Thüringen Meiner/Merten/Huth 2009).

Der Armutsbegriff bedarf daher insbesondere mit Blick auf Kinderarmut einer spezifischen und mehrdimensionalen Auslegung. Eindimensional angelegte Definitionen, etwa allein unter Bezug auf das (Familien-)Einkommen, gehen an den Wirklichkeiten der Lebenswelten von Kindern (und Jugendlichen) vorbei. Die einbezogenen Dimensionen müssen geeignet sein, etwas über die Entwicklung Teilhabechancen der betroffenen Kinder auszusagen.

Für die Kinderarmutforschung hat das kindbezogene Armutskonzept der AWO-ISS-Studien diese Verbindung geschaffen, indem ein mehrdimensionaler Ansatz gewählt wurde. Dabei

werden eine kind- bzw. jugendzentrierte Sichtweise von Armut, die jeweilige Situation in der Familie bzw. des Haushaltes, Teilhabeaspekte, aber auch Einkommensarmut miteinander verknüpft. Wird von Kinderarmut gesprochen, dann geht es auf der einen Seite um die Folgen familiärer Einkommensarmut für Kinder und Jugendliche. Auf der anderen Seite werden die Lebenslagen der Betroffenen anhand vier zentraler Dimensionen eingeschätzt:

- **materielle Lage** (materielle Ausstattung und Möglichkeit zur Teilhabe am altersspezifischen Konsum),
- **soziale Lage** (soziale Interaktion und deren Verfügbarkeit sowie Qualität)
- **kulturelle Lage** (formale Bildung sowie non-formale und informelle Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten) und
- **gesundheitliche Lage** (physische und psychische Gesundheit wie gesundheitsbezogene Verhaltensweisen).

Diese Dimensionen dienen in der vorliegenden Untersuchung der Strukturierung der Ergebnisse.

### 2.3 Möglichkeiten und Grenzen der kommunalen Armutsmessung

Die Bestimmung des tatsächlichen Umfangs kommunaler Armutsgefährdung steht in der Praxis gleich vor mehreren Herausforderungen. Zum einen ist die Messung konkreter Armutsgefährdung durch die Ermittlung relativer Einkommensarmut nur begrenzt möglich, da valide Einkommensdaten auf kommunaler Ebene nicht zugänglich sind. Für die Stadt Erfurt liegen Ergebnisse aus Befragungen der BürgerInnen vor, die zwar regionale Unterschiede aufzeigen, zur Bemessung des Anteils der von Armut Betroffenen jedoch zu ungenau sind. Das Beispiel lässt erkennen, dass die Armutsforschung zwangsläufig auf alternative und mit dem Einkommen indirekt verbundene Indikatoren verwiesen ist.

Daneben stellt sich die statistische Abbildung der unterschiedlichen Lebenslagedimensionen als voraussetzungsvoll dar, da neben den Prozessdaten der jeweiligen Institutionen nicht immer alle statistischen Bezugsgrößen für weitere Berechnungen erhoben werden. Gleichwohl verfügen Kommunen in der Regel aber auch über eine Reihe von Datenmaterial, welches wiederum auf der Ebene des Landes oder gar des Bundes seinesgleichen sucht. In der Praxis sehen sich die kommunalen Akteure sogar oftmals vor die Herausforderung gestellt, aus der enormen Vielzahl unterschiedlicher Daten ebenjene auszuwählen, die im

Hinblick auf die Bestimmung des Armutsrisikos innerhalb der Bevölkerung belastbare und nach außen vertretbare Indikatoren darstellen.

Der vorliegende Bericht liefert hierfür Anregungen, wie ganz unterschiedliche Daten zu den Lebenslagen der Bevölkerung miteinander in Beziehung gesetzt werden können. Er zeigt aber auch Grenzen und Entwicklungsnotwendigkeiten des in der Stadt verfügbaren Datenmaterials auf.

### 3 Empirischer Teil

In diesem Kapitel werden die im Rahmen des Projekts zusammengetragenen Daten in aufbereiteter Form dargestellt. Das Datenmaterial wurde zum größten Teil von der Stadt Erfurt bereitgestellt. Einige Indikatoren konnten aus den Daten der statistischen Ämter des Bundes und des Landes Thüringen, aus den Statistiken der Agentur für Arbeit durch Zuarbeit aus dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport ergänzt werden.

Die Gliederung der nachfolgenden Daten stellt allgemeine und weniger starken Veränderungen unterliegende Daten an den Anfang und wird zunehmend spezifischer in Bezug auf verschiedene Zielgruppen. Zahlen zur Annahme von Angeboten und Maßnahmen, welche auch kurzfristigen Schwankungen unterliegen können, werden zum Ende der Analyse in den Blick genommen. Ausgehend von dieser Reihenfolge ist es möglich, allgemeingültige Aussagen zu regionalen Unterschieden in der Stadt Erfurt aufzustellen und an späterer Stelle zur Diskussion spezifischer Ableitungen erneut aufzugreifen.

Dem Überblick über die Planungsräume der Stadt Erfurt nachfolgend beginnt die Datenanalyse mit der Betrachtung der Bevölkerungsstruktur. Anschließend wird die Inanspruchnahme unterschiedlicher finanzieller Unterstützungsleistungen in den Blick genommen. Diese beiden Kapitel stellen den allgemeinen Teil der Datenanalyse dar. Als zweiten Schritt werden verfügbare zielgruppenspezifische Indikatoren präsentiert. Diese beziehen sich auf die im Vorfeld mit den Akteuren der Stadt gemeinsam abgestimmten Schwerpunkte des Projekts. Entsprechend liegt ein besonderer Fokus der Betrachtungen auf der Gruppe der Alleinerziehenden, den Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen.

#### 3.1 Standardisierung und Vergleichbarkeit von Daten

Statistische Analysen und Befunde sind nur dann belastbar und nach außen vertretbar, wenn die empirische Datengrundlage, auf denen sie fußen, eine Vergleichbarkeit des Datenmaterials ermöglicht und die dahinterliegenden Berechnungen den Ansprüchen standardisierter Verfahren der Datenauswertung genügen.

In der kommunalen Berichterstattung werden üblicherweise deskriptive Verfahren bei der Auswertung von Daten zur Anwendung gebracht. Neben der Messung der Anzahl des Auftretens bestimmter Phänomene oder Fälle, handelt es sich dabei meist um die prozentuale Darstellung bestimmter Kennwerte und somit um den Vergleich der Häufigkeit ausgewählter

Merkmale mit der Grundgesamtheit. Für diese Berechnungen ist vordergründig der Stichtag zu beachten, an dem die Daten erhoben wurden. Sofern es sich daneben auch um räumlich angelegte Vergleiche handelt, ist darauf zu achten, dass der Zuschnitt der miteinander verglichenen Räume übereinstimmt.

Für fast alle Berechnungen innerhalb dieses Berichts stellt die Anzahl der Einwohner, differenziert nach Lebensalter und Wohnort, eine wichtige Grundlage dar. Weiterhin ist auch die Anzahl der insgesamt in der Stadt gemeldeten Haushalte, differenziert nach der Anzahl der Erwachsenen und Kinder, eine zentrale Bezugsgröße. Fast alle der im Zusammenhang mit den Lebenslagen der Bevölkerung stehenden Berechnungen lassen sich ausschließlich mit diesen grundlegenden Daten durchführen.

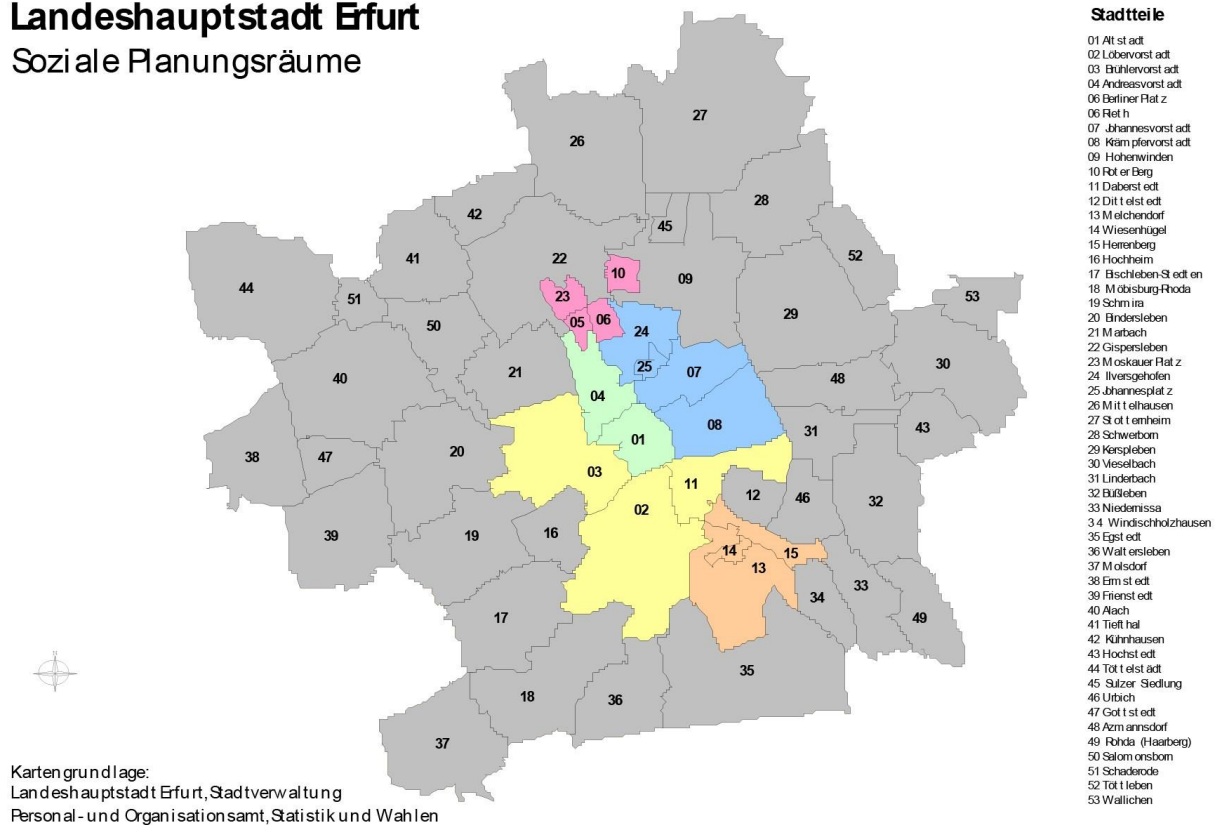
Aber auch für andere Bereiche gilt, dass sich deskriptive Analysen stets auf die durch die verwendeten Indikatoren vorgegebenen Grundgesamtheiten beziehen. Wenn beispielsweise danach gefragt wird, wie hoch der Anteil der SchülerInnen ist, die nach dem Besuch der Grundschule an Gymnasien wechselten, so muss gleichzeitig für die Berechnung zur Verfügung stehen, wie viele SchülerInnen insgesamt am Übergang von den Grundschulen an weiterführende Schulen standen.

### 3.2 Sozialräume und Planungsräume

Die nachfolgend in Grafiken dargestellten Daten wurden in den meisten Fällen auf Ebene der Planungsräume der Stadt Erfurt aufgegliedert. Hier wurden sechs Planungsräume sowie die Ausprägung des betrachteten Indikators für die Stadt Erfurt insgesamt abgebildet. Zusätzlich wurde – wenn verfügbar – die Betrachtung durch Zahlen für das Land Thüringen sowie den Bund ergänzt. Auf dieser Ebene werden regionale Unterschiede im Überblick sichtbar und es lassen sich Hinweise auf einen lokalen Fokus bestimmter Bedarfe ableiten.

Abbildung 2: Planungsräume und Stadtteile der Stadt Erfurt

## Landeshauptstadt Erfurt Soziale Planungsräume



Planungsraum	zugehörige Stadtteile	
City	Altstadt	Andreasvorstadt
Gründerzeit Südstadt	Löbenvorstadt Daberstedt	Brühlervorstadt
Gründerzeit Oststadt	Johannesvorstadt Ilversgehofen	Krämpfervorstadt Johannesplatz
Plattenbau Nord	Berliner Platz Roter Berg	Rieth Moskauer Platz
Plattenbau Südost	Melchendorf Herrenberg	Wiesenhügel
dörfliche Ortsteile	alle weiteren Stadtteile	

In einigen Fällen wurde eine Darstellung der Indikatoren auf Ebene der Stadtteile ergänzt. Dabei beinhalten die Grafiken nur ausgewählte und nicht etwa den gesamten Umfang der Regionen. Stadtteile, welche dem gleichen Planungsraum der Stadt Erfurt zuzuordnen sind, wurden in der gleichen Farbe dargestellt. Somit ist es möglich, die Planungsräume voneinander zu unterscheiden und gleichzeitig unterschiedliche Ausprägungen der Indikatoren in den einzelnen Stadtteilen zu identifizieren. Von der Darstellung ausgenommen

wurden die Stadtteile der dörflichen Ortsteile, da diese aufgrund geringer Fallzahlen bei einigen der untersuchten Merkmale in der kleinräumigen Betrachtung nur selten aussagefähig sind.

Abbildung 3: Zuordnung der Stadtteile zu den Planungsräumen in Diagrammen

Farbabstufungen in den Grafiken	Planungsraum
blau	City
orange	Gründerzeit Südstadt
grün	Gründerzeit Oststadt
violett	Plattenbau Nord
rot	Plattenbau Südost

### 3.3 Demografie

Demografische Analysen für sich allein sagen zumeist wenig über die konkrete Armutsgefährdung der Bevölkerung in den verschiedenen Lebensbereichen aus. Sie erlauben jedoch zum Beispiel die Analyse, in welchen Räumen mehr Kinder geboren werden. Das Vorhandensein von Kindern ist in Deutschland noch immer ein Hinweis auf eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung (Andresen/Galic 2015). Damit verbunden ergeben sich für die Familien vor Ort auch häufig stärker ausgeprägte und mit der Armutsgefährdung in Verbindung stehende Bedarfslagen.

Gleichfalls lässt sich aus dem Blick auf die Demografie der Bevölkerung ableiten, welche Angebote vor Ort in Zukunft größere Relevanz für die Adressaten besitzen könnten als heute bzw. wo bereits jetzt eine größere Nachfragewahrscheinlichkeit bestimmter Angebote (beispielsweise der Kinder- und Jugendhilfe oder der Altenhilfe) besteht.

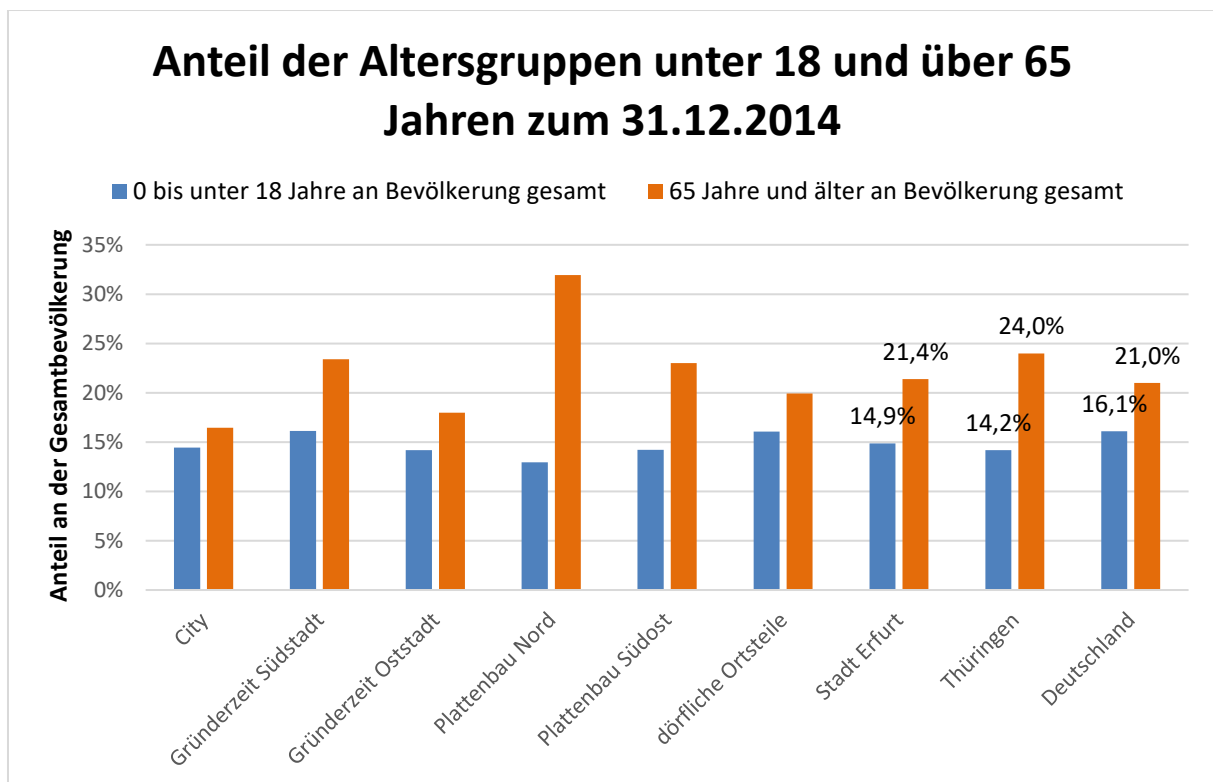
Die nachfolgenden Grafiken fokussieren zunächst die Geburten und die Sterbefälle sowie die Zusammensetzung der Bevölkerung anhand einer Gegenüberstellung der unter 18-Jährigen und der über 65-Jährigen.

Die Anpassung an die Bedingungen des demografischen Wandels und die darauf aufbauende Ausgestaltung von Angeboten ist derzeit in der Stadt Erfurt gleichermaßen wie in Thüringen und auf Bundesebene eine besondere Herausforderung für die Sozialplanung. Neben einer Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfe verschiedener Lebensalter lässt der Blick auf die räumliche Verteilung der Altersgruppen innerhalb der Stadt auch planungsraumbezogene Rückschlüsse auf die Wahrnehmung des Alltagserlebens zu.



Als zentraler Zugang zu den Lebenslagen der Menschen in Erfurt dient die Bevölkerungsstatistik, welche einen Einblick in die Altersstruktur der Menschen in der Stadt zulässt. Da die Analyse regionaler Unterschiede den primären Fokus der Studie darstellt, wurden die verfügbaren Daten in einer Form aufbereitet, die einen direkten Vergleich der Planungsräume und der Stadtteile zueinander ermöglicht. Als einen ersten Schritt wurden die Altersgruppen der noch nicht volljährigen und der älteren Einwohner der Stadt anteilig an der Gesamtbevölkerung der Planungsräume betrachtet.

Abbildung 4: Altersgruppen nach Planungsräumen



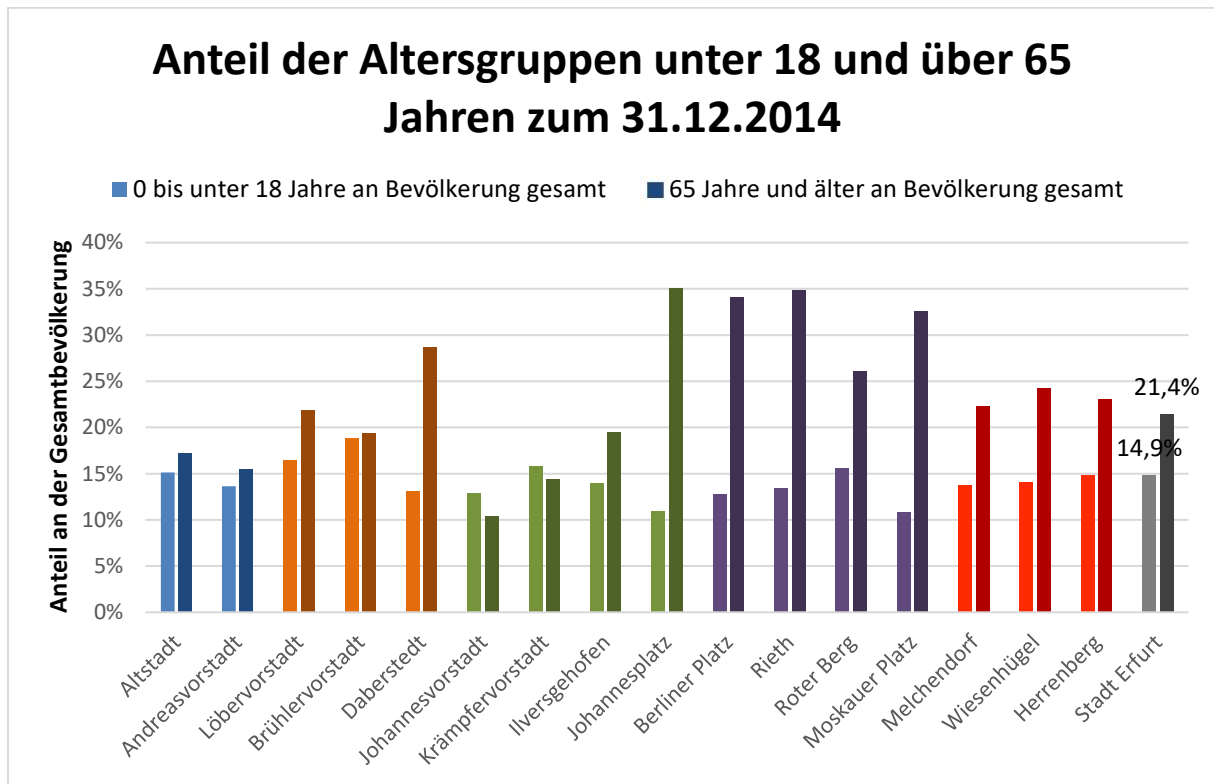
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Thüringer Landesamt für Statistik, Stadtverwaltung Erfurt

Die Grafik lässt erkennen, dass in der Stadt Erfurt der Anteil junger Menschen leicht höher und der Anteil älterer Menschen etwas niedriger ist als im Thüringer Durchschnitt. Mit dem Vergleich zur Ebene des Landes und des Bundes lassen sich die betrachteten Größen zunächst in der Höhe ihrer Ausprägung einordnen.

Dem Hauptanliegen des Projekts folgend, liegt der Kern der Betrachtungen jedoch auf den regionalen Unterschieden innerhalb der Stadt. Im Blick auf die Abbildung lassen sich insbesondere für den Anteil der Altersgruppe ab 65 Jahren Differenzen ausmachen. Während in der City und in der Oststadt der Anteil älterer Menschen bei 16 bzw. 18 Prozent liegt, ist dieser in den Großwohnsiedlungen mit 23 und 32 Prozent deutlich höher ausgeprägt. Die

nachfolgende Grafik geht auf der kleinräumigeren Ebene der Stadtteile auf Unterschiede innerhalb der Planungsräume ein.

Abbildung 5: Altersgruppen nach Stadtteilen



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

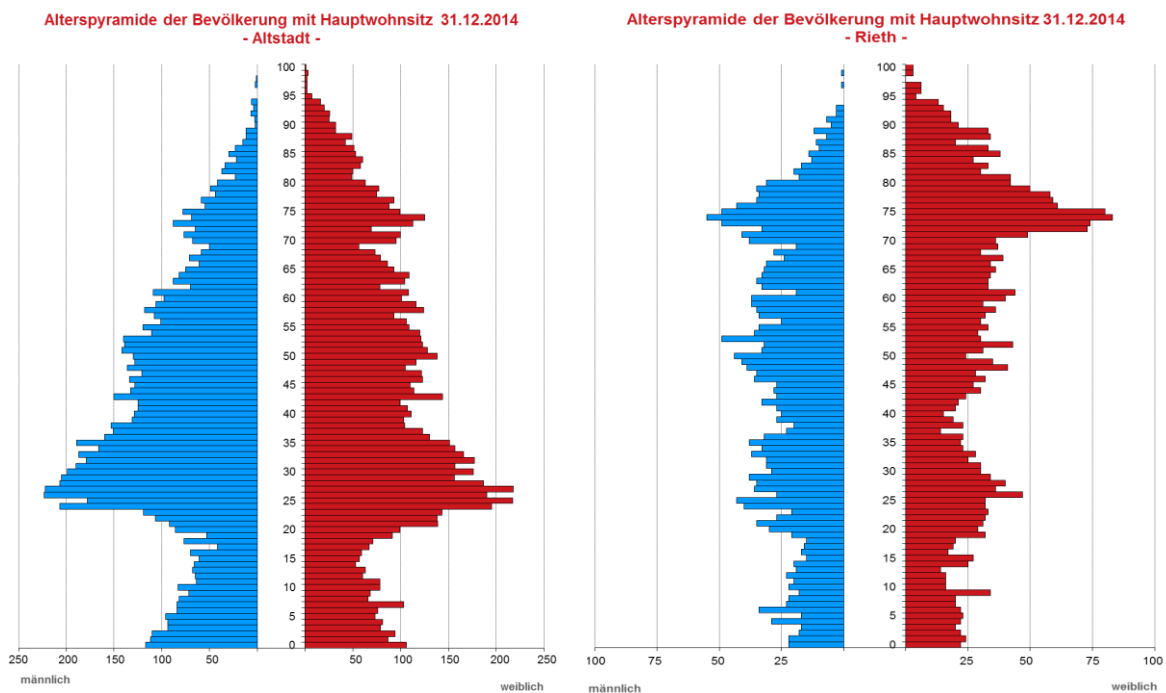
Die Abbildung 5 stellt die Ausprägungen der Indikatoren zum Alter der Einwohner in den einzelnen Stadtteilen dar, die sich den Planungsräumen farblich zuordnen lassen. Die dörflichen Ortsteile wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit sowie der eingeschränkten statistischen Aussagefähigkeit bei Indikatoren mit niedrigen Fallzahlen ausgelassen.

In der Gründerzeit Oststadt lässt sich mit dem Johannesplatz ein Stadtteil identifizieren, welcher einen auffällig hohen Anteil an älteren Anwohnern zeigt, der sich deutlich vom Durchschnitt der umliegenden Stadtteile abhebt. Vor dem Hintergrund altersspezifischer Bedarfe lassen sich Daberstedt, der Johannesplatz sowie der gesamte Plattenbau Nord als die Räume identifizieren, wo die Gruppe der Menschen ab 65 Jahren am stärksten ausgeprägt ist.

Es gilt an dieser Stelle frühzeitig zu hinterfragen, welche langfristigen Ziele die Stadt Erfurt in der Entwicklung der Planungsräume verfolgt. Vor dem Hintergrund knapper finanzieller Mittel im Haushalt erscheint es zunächst effizient, zielgruppenspezifische Angebote in den Räumen zu verorten, in denen die entsprechende Adressatengruppe vorwiegend präsent ist.

Andererseits ist zeitgleich zu bedenken, dass mit der vorgehaltenen Angebotsstruktur bestimmte Räume attraktiver für die Zielgruppen erscheinen. Eine Planung, welche diesen Zusammenhang nicht beachtet, unterstützt die Verdichtung regionaler Unterschiede. Grundlage für eine gelingende Planung kann demnach nicht eine Bedarfsanalyse allein sein, sondern es benötigt auch eine Strategie mit abgestimmten Schwerpunkten und Ziele für die zukünftige Entwicklung.

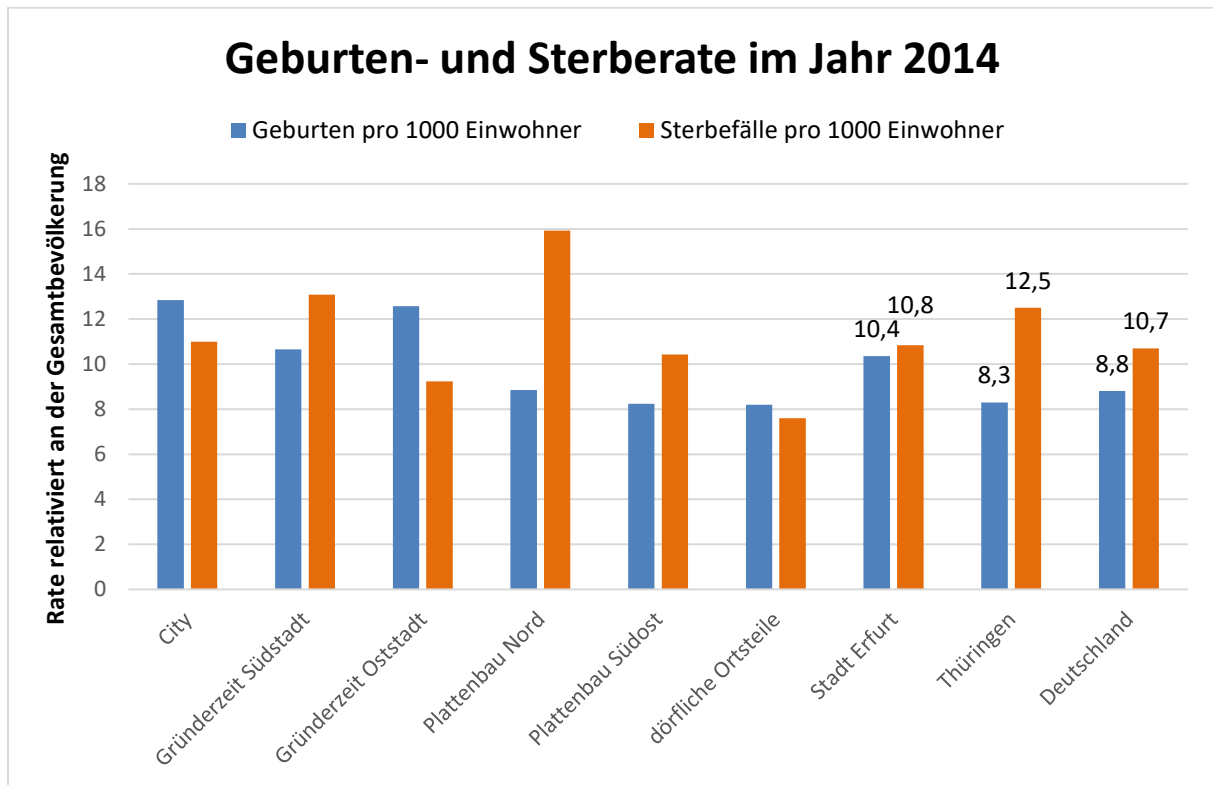
Abbildung 6: Altersverteilung Altstadt und Rieth



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Zur Veranschaulichung der Diskussion zur Bevölkerungsstruktur wurde die Altersverteilung in den Stadtteilen Altstadt und Rieth gegenübergestellt. Deutlich zu sehen ist, dass in der Altstadt die Anzahl der Menschen im Alter von 20 bis 35 Jahren im Vergleich zu anderen Altersjahren stärker ausgeprägt ist, während das im Stadtteil Rieth für die Bevölkerung im Alter für 70 bis 80 Jahre zutrifft. Vor diesem Hintergrund steht eine integrierte Sozialplanung vor der Herausforderung, den Bedarfen der regional ansässigen Bevölkerung im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeiten Rechnung zu tragen und gleichzeitig ein langfristiges Ziel zu verfolgen, wohin die Ausgestaltung der Angebote auf lange Sicht führen soll.

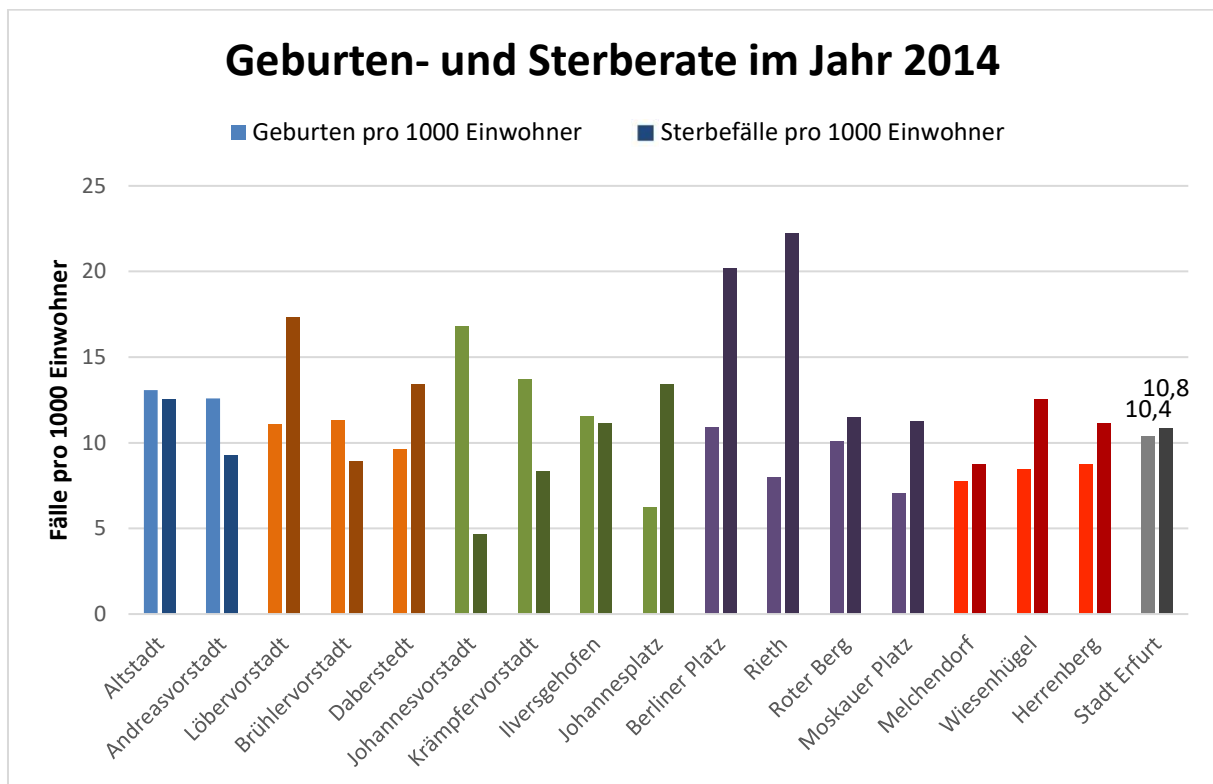
Abbildung 7: Geburten- und Sterberate nach Planungsräumen



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Thüringer Landesamt für Statistik, Stadtverwaltung Erfurt

Die Abbildung 7 stellt die Geburten- und Sterberate in den Planungsräumen der Stadt Erfurt dar. Dazu wurden die Zahlen der Geburten und der Sterbefälle an der gesamten Zahl der Einwohner des Raums relativiert und in der Form „Fälle pro 1000 Einwohner“ grafisch dargestellt. Unter Nichtbeachtung der regionalen Zu- und Fortzüge ist die Darstellung zunächst nur eingeschränkt aussagefähig in Bezug auf ein zu erwartendes Wachstum oder einen Rückgang der Bevölkerung. Vielmehr stellt die relativierte Geburtenrate einen Hinweis dar, in welchen Regionen die Altersgruppe der Kinder zukünftig stärker ausgeprägt sein wird. Der im Vergleich zum Durchschnitt der Stadt hohe Anteil an Sterbefällen in der Region Plattenbau Nord unterstreicht den schon vorab diskutierten Aspekt der zukünftigen Ausgestaltung des Planungsraumes. Zum einen erscheint es als geboten, die Zielgruppe der älteren Bevölkerung vor Ort stärker in den Fokus der Angebote zu rücken, um sie bestmöglich zu unterstützen. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage nach der Möglichkeit, das Wohnen für ältere Menschen auch in anderen Planungsräumen attraktiv zu gestalten, um durch diesen Anreiz regionale Unterschiede teilweise ausgleichen zu können.

Abbildung 8: Geburten- und Sterberate nach Stadtteilen



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Im Blick auf die Geburten- und Sterberate ausgewählter Stadtteile in Erfurt sind auch innerhalb der Planungsräume starke Unterschiede erkennbar. In der Gründerzeit Oststadt stehen sich die Johannesvorstadt mit einer besonders hohen Geburtenrate und der Johannesplatz mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Sterbefällen gegenüber. Zudem sind im Plattenbau Nord die Stadtteile Berliner Platz und Rieth als die beiden Räume zu identifizieren, in denen die meisten Menschen in sehr hohem Alter leben.

Gerade in den beobachtbaren Unterschieden innerhalb der Planungsräume liegt das Potenzial, durch generationenübergreifende Angebote lokale Ressourcen ergiebig zu nutzen. Auf diese Weise kann es gelingen, die Bedarfe der unterschiedlichen Zielgruppen zu decken und ein Miteinander zu fördern.

Eine isolierte Betrachtung einzelner Indikatoren, an dieser Stelle die Altersstruktur der Bevölkerung, ist zunächst wenig aussagekräftig. Aus den regionalen Unterschieden lassen sich lediglich Zielgruppen identifizieren, über deren Bedarfe jedoch noch zu wenig bekannt ist. Aus diesem Grund ist für eine zielführende Bedarfsanalyse eine Vielzahl von Indikatoren einzubeziehen. Nachfolgend werden die Erkenntnisse zur Alterszusammensetzung der

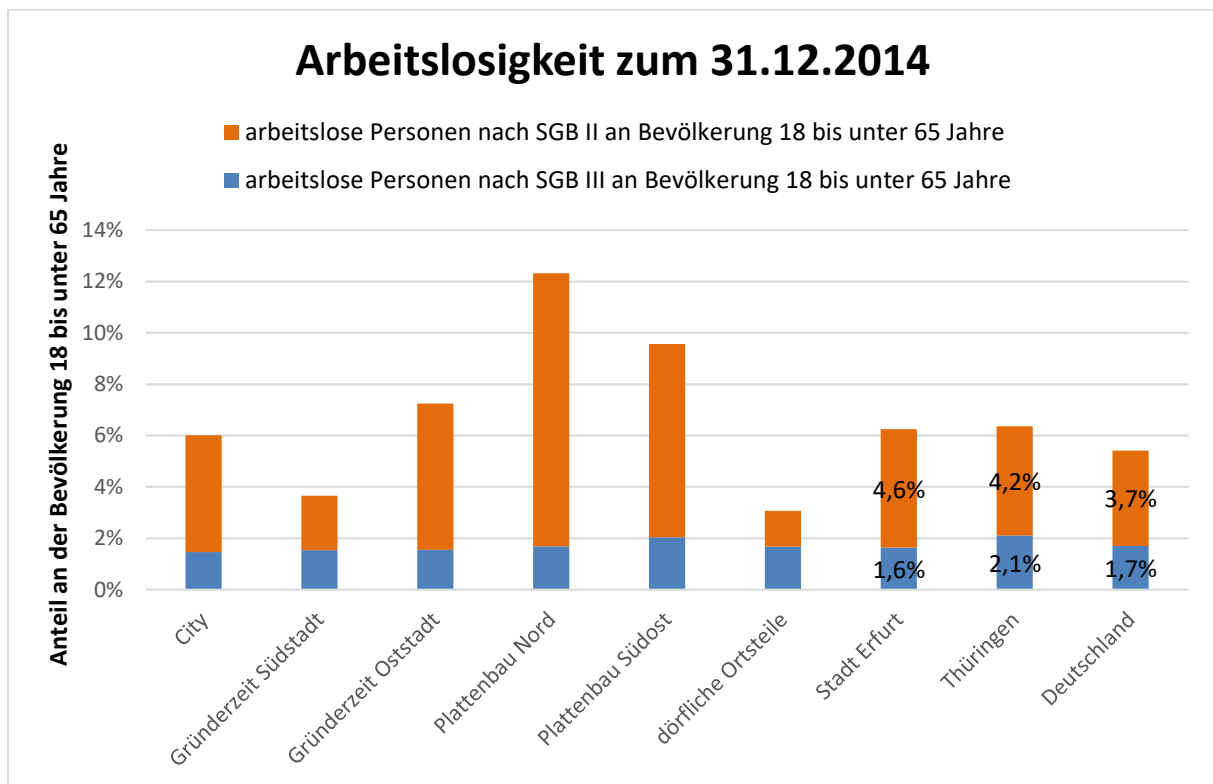
Bevölkerung um einige Indikatoren zur finanziellen Situation der Individuen und Haushalte erweitert.

### 3.4 Leistungsbezug

Familiäre Armutslagen sind zumeist verknüpft mit niedrigen Haushaltseinkommen. Transferleistungen orientieren sich zwar am sozioökonomischen Existenzminimum einer Gesellschaft, jedoch liegen die Bezüge oftmals deutlich unter dem mittleren Einkommen der Bevölkerung und damit unterhalb der Armutsrisikoschwelle. In Thüringen bewegt sich diese Schwelle augenblicklich auf einem Niveau von 833€ pro Person pro Monat in einem Einpersonenhaushalt. Eine Familie mit zwei Kindern sollte mindestens über 1750€ monatlich verfügen, um nicht als armutsgefährdet zu gelten (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2016). Der aktuelle Regelsatz für Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch liegt hingegen bei 404€ für den Haushaltsvorstand und je nach Alter der übrigen Familienangehörigen zwischen 237€ und 364€. Selbst wenn zusätzlich monetäre Leistungen zur Deckung der Miete und weitere Sozialleistungen (beispielsweise nach dem zwölften Sozialgesetzbuch) bezogen werden, kann davon ausgegangen werden, dass Haushalte, deren Einkommen sich ausschließlich aus Transferleistungen zusammensetzt, von monetärer Armut betroffen sind. Insofern ist das Wissen darüber, in welchen Regionen innerhalb einer Kommune besonders häufig Empfänger von Leistungen aus dem SGB II leben im Zusammenhang mit der Bezifferung der Armutsgefährdung eine zentrale Größe.

Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen stellt einen ersten Zugang zur regional unterschiedlichen Ausprägung der Bedarfe finanzieller Unterstützung und damit verbundener Lebenslagebereiche dar. Zur Einordnung der berechneten Quoten wurden in Abbildung 9 die Vergleichswerte für das Land Thüringen und für Deutschland mit angeführt. In der Stadt Erfurt ist die Arbeitslosigkeit vergleichbar zum Thüringer Durchschnitt ausgeprägt, wobei in Erfurt der Anteil der Empfänger von Leistungen aus dem SGB II in Relation zum SGB III ein wenig höher ausfällt. Vordergründig sind an dieser Stelle jedoch die regionalen Unterschiede innerhalb der Stadt auszuwerten.

Abbildung 9: Arbeitslosigkeit nach Planungsräumen



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Thüringer Landesamt für Statistik, Stadtverwaltung Erfurt

Während der Anteil der Arbeitslosen aus dem Rechtskreis des SGB III in allen Planungsräumen nahezu gleich ausgeprägt ist, unterscheidet sich der Anteil aus dem SGB II unverkennbar. In der Gründerzeit Südstadt wie auch in den dörflichen Ortsteilen liegt der Prozentsatz unter dem Durchschnitt. In den beiden Großwohnsiedlungen ist der Anteil der arbeitslosen Personen im SGB II mit 10,6 Prozent in Nord und 7,5 Prozent in Südost deutlich höher ausgeprägt als im Mittel der Stadt.

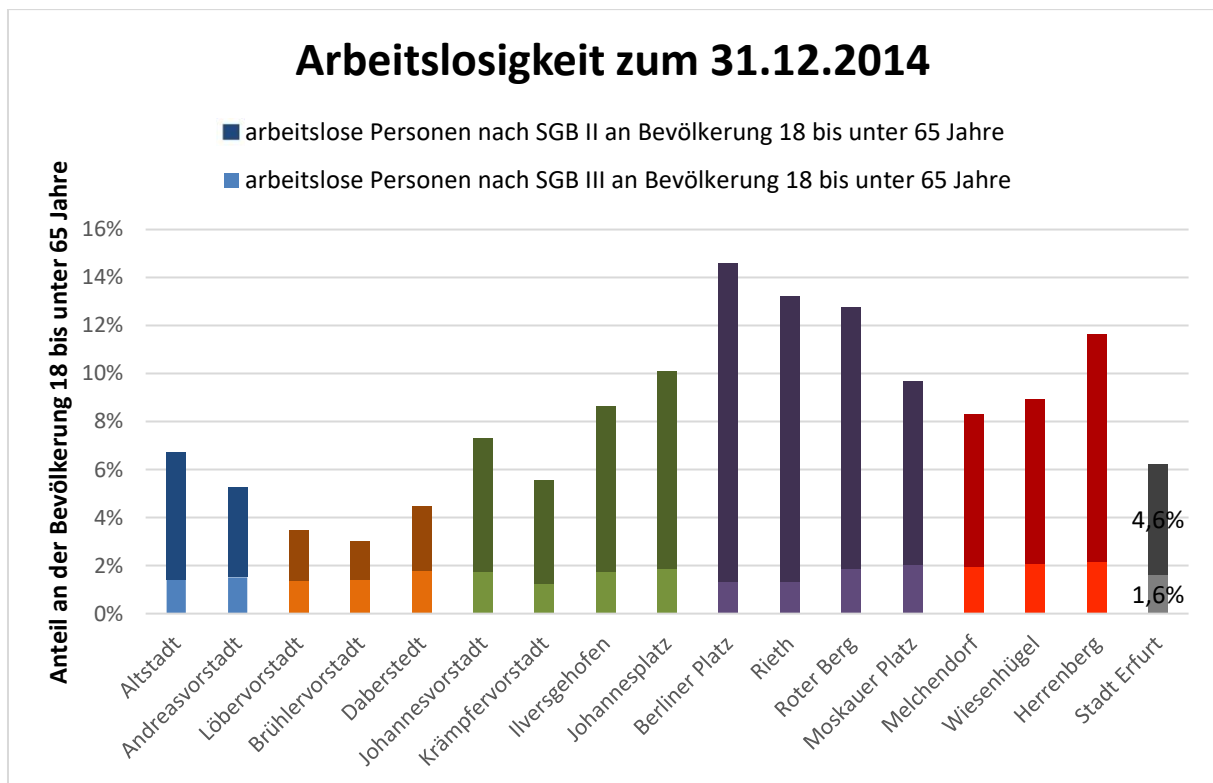
Die räumlichen Unterschiede in den Arbeitslosenquoten unterliegen dem Einfluss einer Vielzahl von Faktoren. Zu benennen sind etwa die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen sowie die Infrastruktur als Faktoren des Standorts sowie die Altersstruktur und die unterschiedliche Qualifizierung der Bevölkerung im Blick auf die Anwohner. Vor dem Hintergrund, dass viele Menschen nicht in unmittelbarer Nähe zu ihrem Wohnort arbeiten, lassen sich die vorab benannten Faktoren jedoch nur eingeschränkt zur Begründung unterschiedlicher Quoten in den einzelnen Planungsräumen der Stadt heranziehen.

In der Summe erscheint der Faktor der unterschiedlichen Mieten im Stadtgebiet ein zielführender Erklärungsansatz. Arbeitslosigkeit bedeutet in den meisten Fällen einen

Mangel an Einkommen im Haushalt, das unter anderem Einsparungen bei den monatlichen Ausgaben für die Miete erforderlich machen kann.

Im Blick auf die mit der Arbeitslosigkeit in Verbindung stehenden besonderen Bedarfslagen stellt die Abbildung 9 einen aussagefähigen Zugang zur regional sehr heterogenen Ausprägung dar. Auch an dieser Stelle ist jedoch eine langfristig ausgerichtete Strategie für die Entwicklung der Planungsräume einer unreflektierten Bedarfsorientierung vorzuziehen. Im Rahmen einer gemeinsamen Strategie der sozialen Fachplanungen unter Einbezug der Stadtplanung sowie den Wohnungsbaugenossenschaften kann es gelingen, in den Erfurter Stadtteilen Anreize für eine vielfältige Zusammensetzung der Anwohnerschaft zu setzen.

Abbildung 10: Arbeitslosigkeit nach Stadtteilen



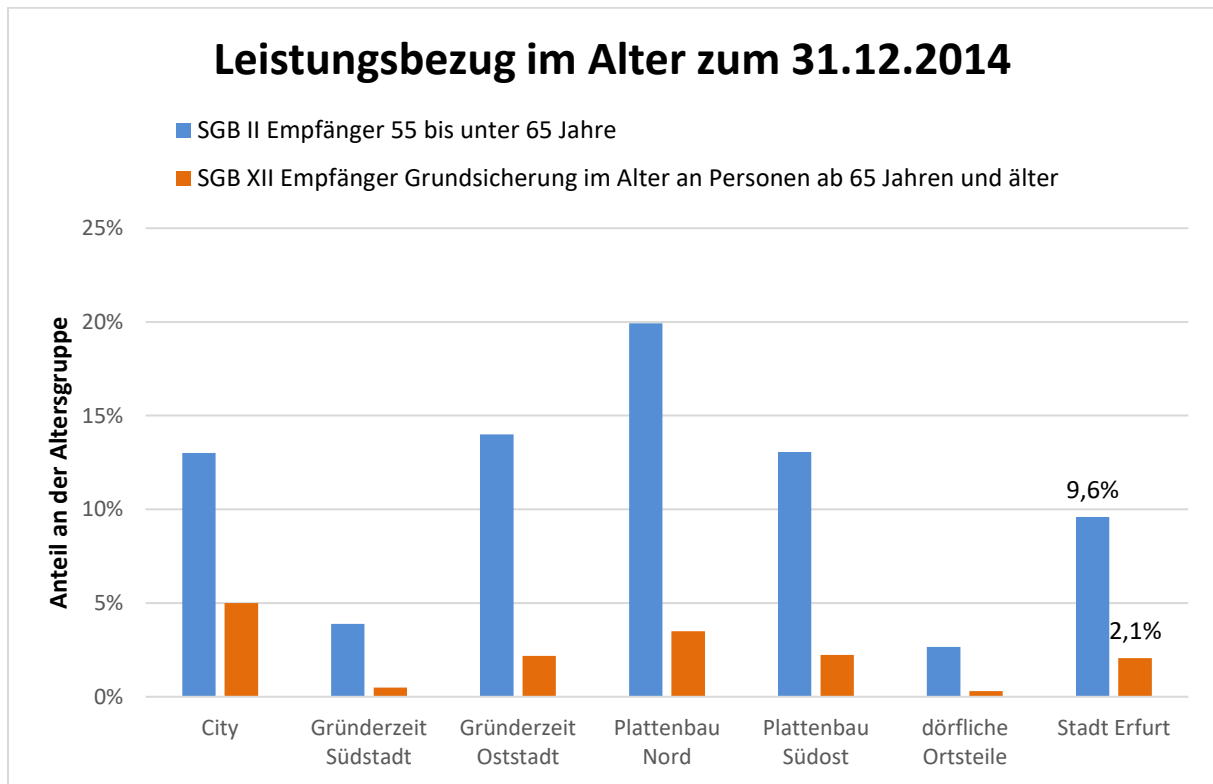
Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Der Blick auf die einzelnen Stadtteile lässt erkennen, dass auch die kleinräumige Analyse weitere Unterschiede aufdeckt. Die Darstellung zeigt unter anderem, dass innerhalb der Gründerzeit Oststadt der Anteil an Arbeitslosen aus dem Rechtskreis SGB II zwischen 4 und 8 Prozent schwankt. Im Plattenbau Nord lässt sich der Moskauer Platz als einen Stadtteil identifizieren, in dem Arbeitslosigkeit zwar stärker ausgeprägt ist als im Mittel der Stadt, jedoch weniger stark als in den anderen Stadtteilen des Planungsraums.



Die nachfolgende Grafik fokussiert die Analyse der Inanspruchnahme von finanziellen Unterstützungsleistungen bei der Gruppe älterer Menschen im arbeitsfähigen Alter.

Abbildung 11: Leistungsbezug SGB II und Grundsicherung nach Planungsräumen



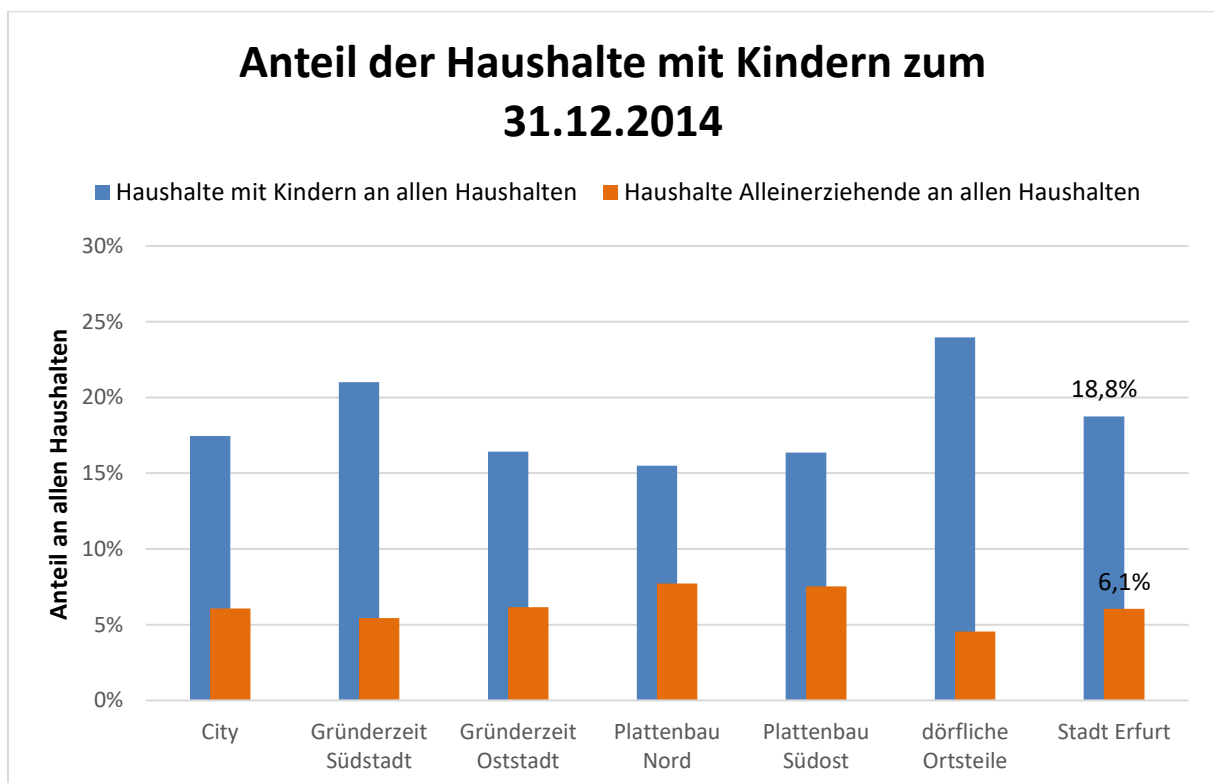
Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Die Abbildung 11 stellt den Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter dar, welcher an allen Menschen der Altersgruppe ab 65 Jahren relativiert wurde. Der Anteil liegt im Erfurter Durchschnitt bei 2,1 Prozent und ist in den Planungsräumen der Stadt unterschiedlich hoch ausgeprägt. Daneben gestellt wurde der im direkten Vergleich höher ausfallende Anteil an Menschen im Bezug von Leistungen aus dem SGB II in der Altersgruppe von 55 bis unter 65 Jahren. Dass beide Leistungen darauf abzielen, eine Mindestversorgung für Menschen mit fehlendem oder nur geringem monatlichen Einkommen sicherzustellen, lässt die Aussage zu, dass ein signifikanter Anteil der Menschen im aktuellen Bezug nach SGB II zukünftig auf Leistungen aus dem SGB XII angewiesen sein wird. Die Grafik lässt näherungsweise erkennen, in welchen Räumen zukünftig ein höherer Anteil an Menschen im Rentenalter mit dem Bedarf an finanzieller Unterstützung zu erwarten ist. Damit in Verbindung steht das Anwachsen weiterer zielgruppenspezifische Bedarfe. Zur inhaltlichen Untersetzung sind in dieser Frage an erster Stelle die fachlichen Akteure aus der Praxis einzubinden, da sie in der Lage sind, Erkenntnisse aus der Datenanalyse durch praktische Erfahrungen vor Ort zu untersetzen.

### 3.5 Alleinerziehende

Im Anschluss an die in den vorherigen Abschnitten betrachteten Daten zur Demografie und zum Leistungsbezug im Allgemeinen werden nachfolgend Zahlen präsentiert, die sich auf die Zielgruppe der Alleinerziehenden beziehen. Diese wurde im Vorfeld des Projekts als ein Schwerpunkt der Analyse ausgewählt. Im Rahmen der inhaltlichen Projektziele der Armutsprävention und Bildungsförderung kommt der Zielgruppe der alleinerziehenden Eltern und ihrer Kinder ebenfalls eine wichtige Bedeutung zu. Kinder bedeuten für Familien höhere finanzielle Aufwendungen, die Alleinerziehende im Vergleich zu zwei Erwachsenen im Haushalt vor besondere Herausforderungen stellt. Alleinerziehende Eltern sind in der Folge trotz vielseitiger Unterstützungsprogramme überdurchschnittlich häufig von Armut bedroht. Diese Situation wirkt sich wiederum auf die Biografie der Kinder aus, wie schon im Kapitel 2.2 näher beleuchtet wurde. Aus dieser Perspektive gelten Alleinerziehendenhaushalte als eine Zielgruppe mit besonderem Unterstützungsbedarf. Dieser lässt sich vor dem Hintergrund der Herausforderungen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den zentralen Dimensionen eines zeitlich flexiblen Bedarfs in der Kinderbetreuung und des Bedarfs der besonderen finanziellen Unterstützung benennen.

Abbildung 12: Haushalte mit Kindern nach Planungsräumen



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

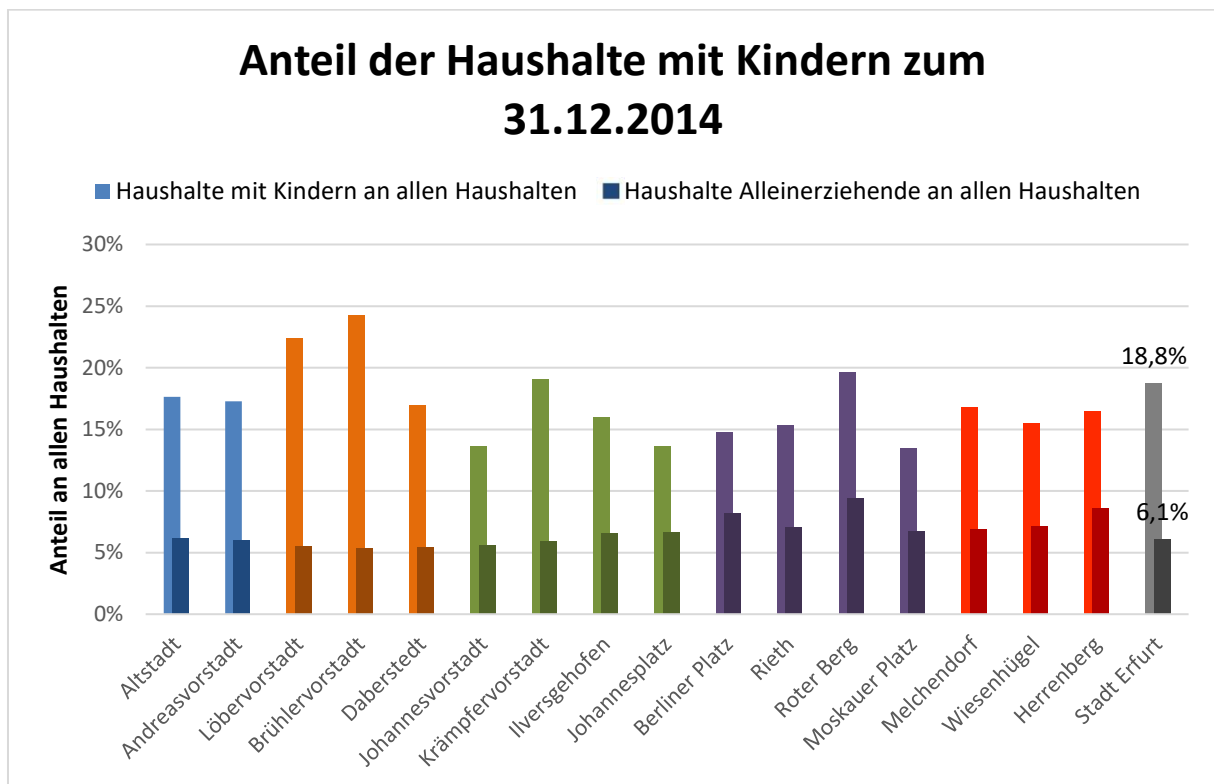
Die Abbildung 12 stellt den Anteil der Haushalte Alleinerziehender zum Anteil der Haushalte mit Kinder in den Planungsräumen der Stadt Erfurt in Abgleich. Dabei gelten die Haushalte Alleinerziehender als Teilmenge der Haushalte mit Kindern. Entsprechend wurden sie in dieser Gruppe in die Berechnungen einbezogen, jedoch in der präsentierten Grafik zum Zweck der Gegenüberstellung separat ausgewiesen.

Der Anteil der Haushalte mit Kindern in den Planungsräumen der Stadt lässt Unterschiede erkennen, die im Bereich zwischen 15,5 Prozent im Plattenbau Nord und 24,0 Prozent in den dörflichen Ortsteilen liegen. Die Gründerzeit Südstadt und die dörflichen Ortsteile zeigen in der Analyse den höchsten Anteil an Haushalten mit Kindern und gleichzeitig die niedrigsten Anteile an Alleinerziehenden. Gleichzeitig ist aus der Abbildung 9 schon bekannt, dass diese beiden Planungsräume durch den niedrigsten Anteil an Arbeitslosigkeit in der Stadt charakterisiert sind. Das Zusammentreffen dieser Indikatoren lässt zum einen darauf schließen, dass Eltern und werdende Eltern diese beiden Räume als Wohnort der Familie mit leichter Tendenz präferieren und zum anderen, dass finanzielle Unterstützungsbedarfe vor Ort weniger stark ausgeprägt sind.

Im Kontrast dazu ist das Verhältnis der Indikatoren für die Großwohnsiedlungen genauer zu betrachten. Sowohl im Plattenbau Nord als auch im Plattenbau Südost liegt der Anteil der Haushalte Alleinerziehender bei 8 Prozent und der Anteil aller Haushalte mit Kindern bei rund 16 Prozent. In der Folge gilt, dass etwa die Hälfte der Haushalte mit Kindern Alleinerziehendenhaushalte sind. Dieses Verhältnis ist in den übrigen Planungsräumen der Stadt niedriger ausgeprägt.

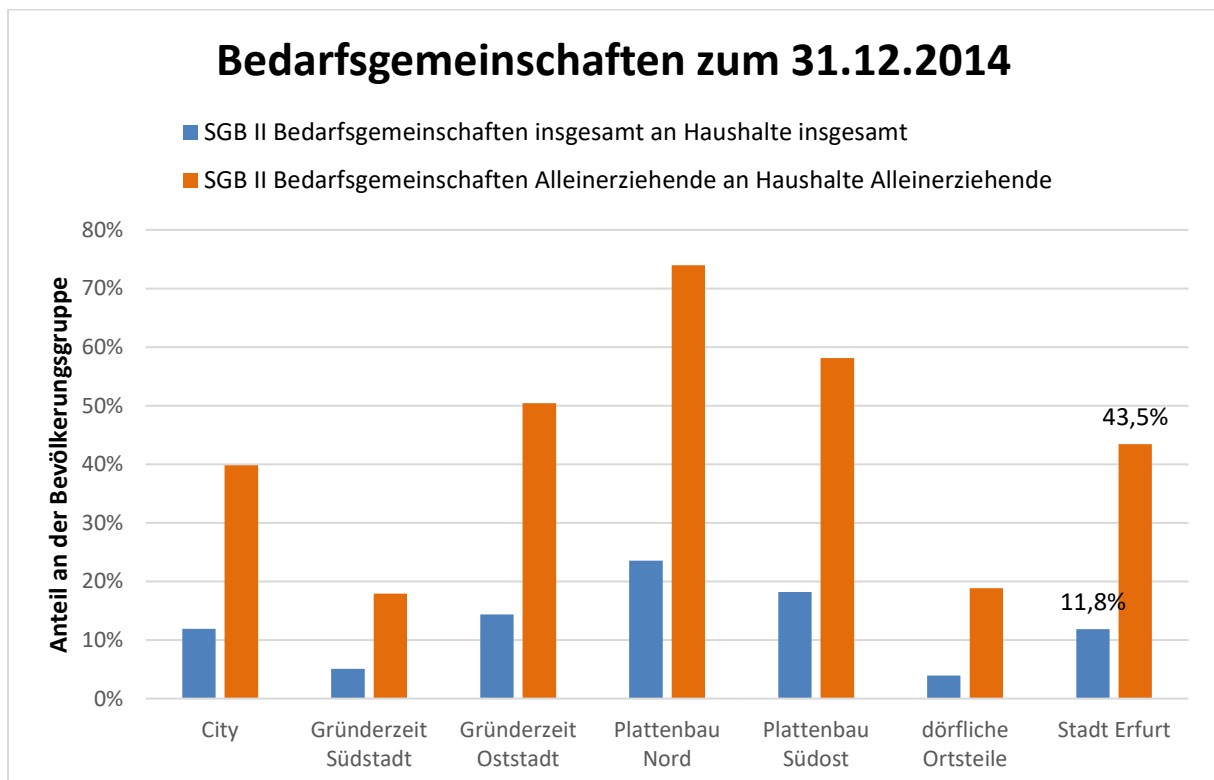
Die nachfolgende Grafik ermöglicht einen stärker differenzierten Blick auf die ausgewählten Indikatoren, welcher auch Unterschiede in der Präferenz der Familien für bestimmte Wohnorte innerhalb der Planungsräume erkennen lässt. Zudem wird auch der Anteil der Haushalte Alleinerziehender in einem höheren Grad der Detaillierung abgebildet, sodass zu erkennen ist, in welchen Räumen Angebote stärker auf diese Zielgruppe ausgerichtet sein sollten.

Abbildung 13: Haushalte mit Kindern nach Stadtteilen



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Abbildung 14: Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender nach Planungsräumen



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

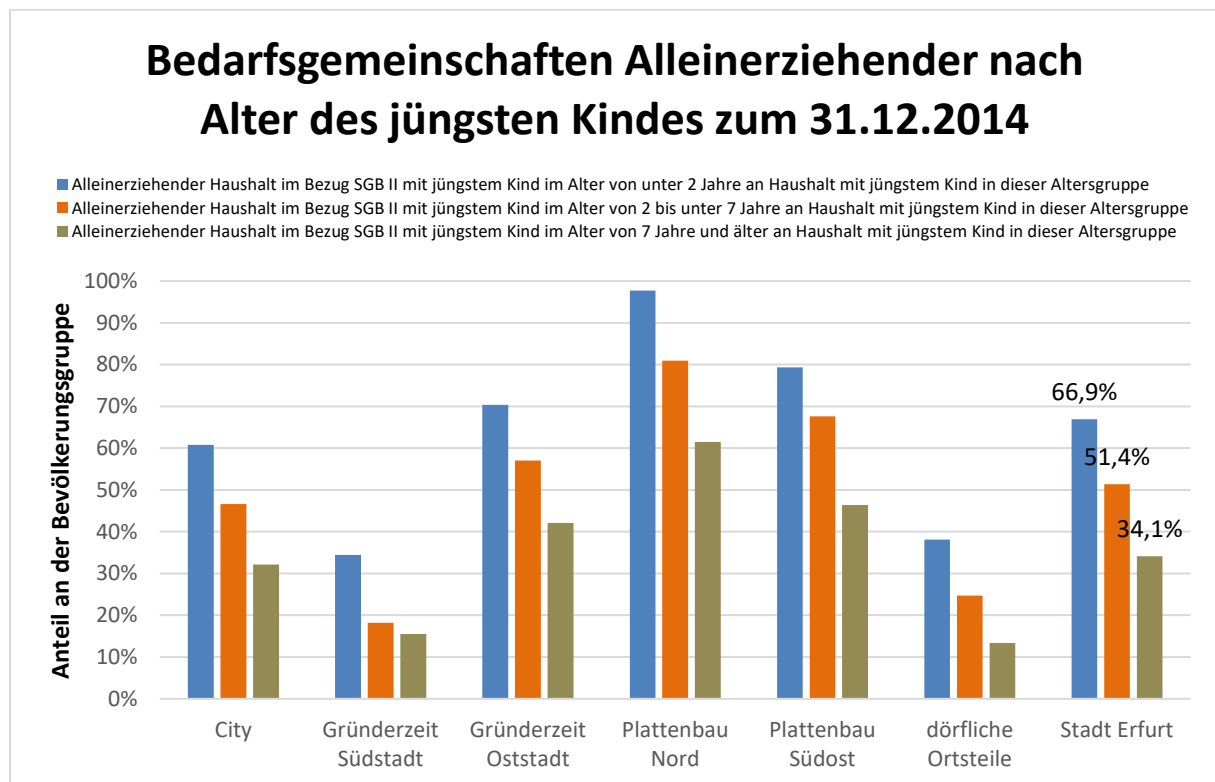
Neben dem Anteil an Haushalten Alleinerziehender lässt die verfügbare Datenbasis eine Analyse der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II zu. Die Abbildung 14 weist den Anteil der Bedarfsgemeinschaften an allen Haushalten sowie den Anteil der Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender an der entsprechenden Bezugsgröße aus. Beide Indikatoren zeigen in ihrer Ausprägung in den Planungsräumen der Stadt Erfurt eine zu den Quoten der Arbeitslosigkeit analoge Verteilung. Generell zeichnet sich ab, dass Indikatoren, die mit der finanziellen Situation in Verbindung stehen, sehr ähnlich zueinander ausgeprägt sind. Besonders auffällig ist die Ausprägung des Anteils der Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender.

Während im Blick auf alle Haushalte der Stadt Erfurt 11,8 Prozent als Bedarfsgemeinschaften im Bezug von Leistungen aus dem SGB II stehen, trifft die mit 43,5 Prozent auf einen deutlich höheren Anteil für die Haushalte alleinerziehender Eltern zu. In den Planungsräumen Gründerzeit Oststadt sowie Plattenbau Südost stehen über die Hälfte der Alleinerziehenden im Leistungsbezug und im Plattenbau Nord sind es sogar 74 Prozent. Die Lebenslage der Haushalte Alleinerziehender unterscheidet sich innerhalb der Stadt Erfurt damit sehr deutlich. Der häufigere Bezug von Leistungen aus dem SGB II liegt zunächst in den besonderen Herausforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf begründet. Der auffallend hohe Anteil der Leistungsbezieher innerhalb dieser Personengruppe unterstreicht den besonderen Unterstützungsbedarf.

Auch für diesen Datenzugang ist eine kleinräumigere Analyse auf Ebene der Stadtteile möglich, welche feinere Unterschiede erkennen lässt. Die Variation in den Anteilen der Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender lässt jedoch keine signifikanten Abweichungen innerhalb der Planungsräume erkennen, weshalb von einer grafischen Darstellung abgesehen wird.

Die sich regional stark unterscheidenden Anteile Alleinerziehender im Bezug von Leistungen aus dem SGB II zeigen auf, dass die Armutsbelastung dieser Personengruppe in der Stadt Erfurt sehr heterogen ist. An dieser Stelle war zunächst zu prüfen, ob die in der Abbildung 14 präsentierten Zahlen nicht maßgeblich durch Fälle von alleinerziehenden Eltern mit sehr jungen Kindern beeinflusst werden. Für diese Gruppe ist eine höhere Wahrscheinlichkeit der Aufnahme einer Arbeitstätigkeit anzunehmen, wenn das Kind das Alter für den Besuch einer Kindertageseinrichtung erreicht hat. Folglich würde ein signifikant höherer Anteil an alleinerziehenden Eltern mit sehr jungen Kindern der Interpretation widersprechen, dass die regionale Armutsbelastung abgebildet wurde.

Abbildung 15: Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender nach Alter des jüngsten Kindes



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Die Abbildung 15 stellt die Auswertung der Alleinerziehenden im Leistungsbezug nach dem Alter des jüngsten Kindes grafisch dar. Es zeigt sich, dass rund zwei Drittel der Eltern mit Kindern unter zwei Jahren, etwa die Hälfte der Eltern mit dem jüngsten Kind zwischen 2 und 7 Jahren und nur noch rund ein Drittel der Eltern, deren jüngstes Kind älter als 7 Jahre ist, finanzielle Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen. Weiterhin ist zu erkennen, dass das anteilige Verhältnis dieser drei Gruppen zueinander in allen Planungsräumen der Stadt Erfurt sehr ähnlich ist. Der zahlenmäßige Anteil der Alleinerziehenden mit jungen Kindern erklärt an dieser Stelle somit nicht die räumlich sehr heterogene Armutsbelastung der Alleinerziehenden insgesamt.

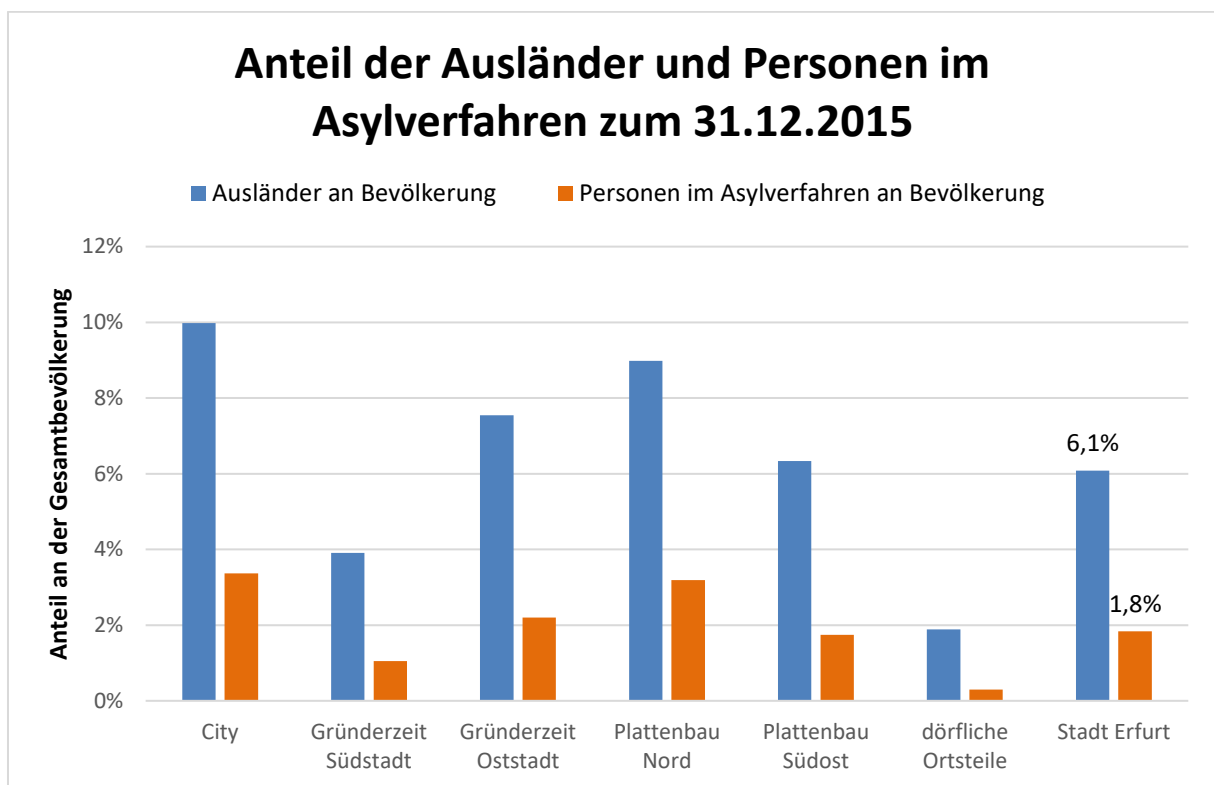
### 3.6 Migration

Eine zweite Adressatengruppen, welche im Rahmen des vorliegenden Berichts bewusst als ein Schwerpunkt gewählt wurde, ist die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund. In Analogie zur Gruppe der Alleinerziehenden stellen auch die Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen der Planung und Steuerung eine potenzielle Adressatengruppe mit einem charakteristischen Unterstützungsbedarf dar. Zu Beginn des Projekts im Jahr 2015 war es von besonderem und dringendem Interesse für viele Akteure

aus unterschiedlichen Positionen und Zugängen, empirisch gesicherte Erkenntnisse über die steigende Zahl der neu zugewanderten Menschen zu erhalten. Aus diesem Grund waren die zugänglichen Daten auch im Rahmen des Berichts möglichst umfangreich einzubringen.

**Methodischer Hinweis:** Nachfolgend werden Grafiken präsentiert und analysiert, die Daten zu den Indikatoren der Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Menschen im Asylverfahren enthalten. Letztgenannter Indikator umfasst alle die Personen, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben. Diese Personengruppe stellt somit eine Teilmenge des umfassenderen Indikators der Menschen mit Migrationshintergrund dar. Als Menschen mit Migrationshintergrund wurden alle Ausländerinnen und Ausländer, Eingebürgerte, im Ausland geborene Deutsche sowie Aussiedler und Spätaussiedler mit einem Zuzugsdatum nach dem 01.01.1990, welche mit Wohnsitz in der Stadt Erfurt gemeldet sind. Dazu zählen zudem Kinder unter 18 Jahren, von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat (vgl. VSt 2013, S. 21).

Abbildung 16: Ausländer nach Planungsräumen



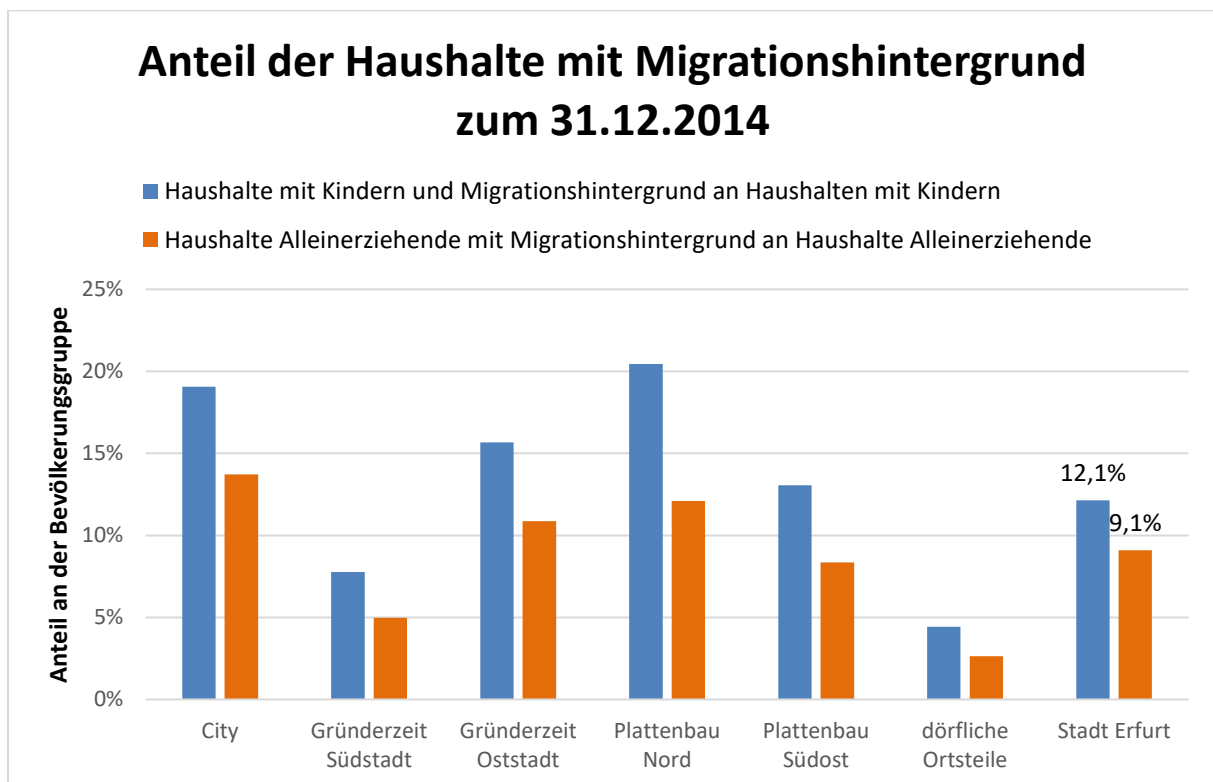
Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

In der Abbildung 16 werden zunächst die Anteile der Ausländer sowie der Menschen im Asylverfahren anteilig an der Gesamtbevölkerung dargestellt. Mit dem Anteil der Ausländer wird zunächst eine geringere Anzahl an Menschen erfasst, als es beim Indikator des Migrationshintergrunds der Fall ist, da es sich um eine Teilgruppe davon handelt. Die Grafik zeigt, dass der Anteil der Ausländer in Erfurt 6,1 Prozent beträgt und dass die Personengruppe in den Planungsräumen unterschiedlich verteilt ist. In der Analyse der Zahlen laufender Asylverfahren im September 2015 zeichnet sich ab, dass dieser Indikator in der

Stadt auf analoge Art und Weise verteilt ist, in diesem Fall in gleicher Rangfolge im Blick auf die Planungsräume.

Die Auswertung der Menschen in Asylverfahren nach dem Wohnort war insbesondere von besonderer Bedeutung, um die Diskussion zu einem räumlichen Fokus der Antragsteller gegenüber einer vielfältigen Anwohnerschaft in der Stadt auf eine Datenbasis zu stellen. Zum betrachteten Zeitpunkt zeigt sich, dass Menschen im Asylverfahren in allen Planungsräumen wohnen. Die Personengruppe ist jedoch in der Gründerzeit Südstadt und in den dörflichen Ortsteilen unterdurchschnittlich stark ausgeprägt. Als eine Begründung lassen sich die Mietpreise sowie die infrastrukturelle Anbindung benennen, die für die Zielgruppe von besonderer Relevanz ist. Sowohl die Standorte der Gemeinschaftsunterkünfte, der Zugang zum Wohnungsmarkt als auch die lokal verorteten Netzwerke der Menschen mit Migrationshintergrund üben einen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen einen Wohnort aus.

Abbildung 17: Haushalte mit Migrationshintergrund nach Planungsräumen



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Einen weiteren Zugang zur Zielgruppe stellt die vorangestellte Grafik dar, die den Anteil der Haushalte mit Migrationshintergrund unter allen Haushalten mit Kindern abbildet. Es ist zu erkennen, dass der Anteil dieser Familien im Durchschnitt der Stadt Erfurt bei 12,1 Prozent



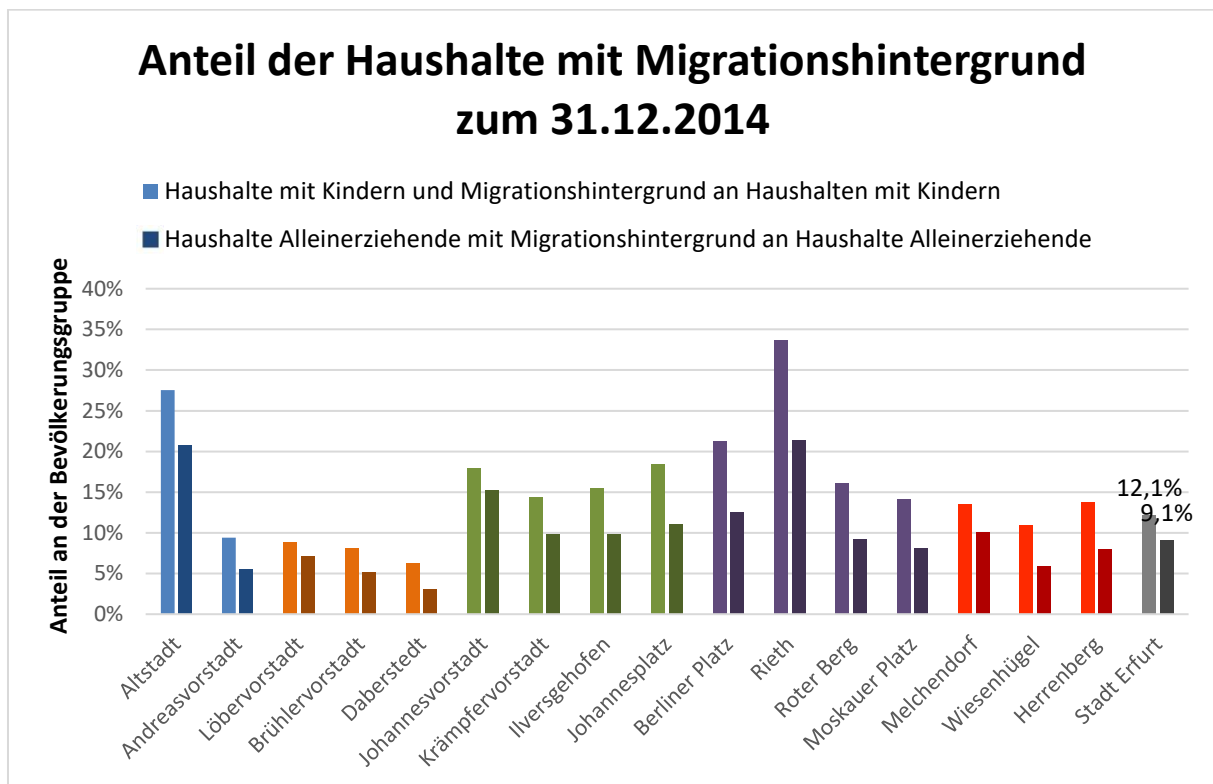
liegt, sich aber im Blick auf die Planungsräume unterscheidet. Die Gründerzeit Südstadt und die dörflichen Ortsteile sind als Räume zu erkennen, die einen im direkten Vergleich niedrigen Anteil an Familien mit Migrationshintergrund haben. Demgegenüber liegt der Anteil in der City und im Plattenbau Nord mit jeweils rund 20 Prozent deutlich höher.

Als ein weiterer Faktor wurde ausgewertet, wie hoch der Anteil der Haushalte Alleinerziehender mit einem Migrationshintergrund ist. Die Grafik zeigt auf, dass der Indikator hier weniger stark ausgeprägt ist, als in der Gesamtheit der Familien mit Kindern in der Stadt. Die räumliche Verteilung zeigt keine signifikanten Abweichungen.

Einleitend wurde schon knapp angesprochen, dass die Menschen mit Migrationshintergrund – falls sie eine Unterstützung in Form bestimmter Angebote, Maßnahmen und Leistungen benötigen – über einen charakteristischen Bedarf verfügen. Dies ist zunächst genauer auszuführen. Menschen mit Migrationshintergrund nehmen zu einem großen Teil die gleichen Leistungen in Anspruch wie andere BürgerInnen der Stadt, mit dem Zusatz, dass sie einige Angebote seltener und andere häufiger nachfragen. Als Beispiele lassen sich Kindertagesstätten anführen, die von Familien mit Migrationshintergrund seltener in Anspruch genommen werden (vgl. Peter/Spieß 2015), demgegenüber fragen sie überproportional häufig Angebote mit dem Ziel sprachlichen Förderung an. Folglich stellt das Wissen, wie stark eine Adressatengruppe vor Ort ausgeprägt ist, eine notwendige Basis dar, um eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur vorhalten zu können.

Gleichzeit ist zur Kenntnis zu nehmen, dass eine ähnlich hohe Ausprägung einer Personengruppe in zwei Planungsräumen zunächst nicht bedeuten muss, dass deren Lebenssituation in beiden Räumen eine ähnliche ist. Die sehr unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerung in der City im Vergleich zu Plattenbau Nord sowie verschieden hohe Anteile an Arbeitslosigkeit lassen darauf schließen, dass auch Familien mit Migrationshintergrund, wenn auch in vergleichbarem Anteil, unter verschiedenen Bedingungen in diesen beiden Räumen leben. Insofern geben die Daten eine Auskunft über die zahlenmäßige Stärke der Adressatengruppe, lassen jedoch nur eingeschränkt Schlüsse auf die tatsächlichen Unterstützungsbedarfe zu.

Abbildung 18: Haushalte mit Migrationshintergrund nach Stadtteilen



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Der Blick auf die Zahlen in der kleinräumigen Maske zeigt Unterschiede innerhalb der Planungsräume auf. Die City unterteilt sich in die Altstadt und die Andreasvorstadt, der Anteil der Familien mit Migrationshintergrund ist jedoch nur in der Altstadt überdurchschnittlich hoch. In ähnlichem Maß zeigt der Plattenbau Nord verschiedene Ausprägungen der Indikatoren. Der Stadtteil Rieth lässt sich hier als ein Raum identifizieren, in dem sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund gemeldet sind.

Alle drei Personengruppen – Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländer und Personen im Asylverfahren – benötigen im Bedarfsfall spezifische Formen der Unterstützung. Eine Analyse ihrer Verteilung im Stadtgebiet ist zu Planungszwecken notwendig und aufschlussreich. Die Ableitung von bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten allein aus dem statistischen Zugang heraus ist jedoch nicht möglich, da aus diesen Zahlen heraus sich wenig über die tatsächliche Lebenssituation der Menschen erfahren lässt. Schon die räumlich unterschiedliche Verteilung zum Indikator des Leistungsbezugs nach dem SGB II zeigt auf, dass die Lebenslagen regional sehr verschieden sein können. Der Versuch, aus diesem Zugang heraus die Bedarfe der Menschen mit Migrationshintergrund abzuleiten wäre pauschalisierend und entsprechend ungenau. Die aufbereiteten Daten stellen dennoch einen wichtigen Baustein dar, nämlich in der Beantwortung der Frage, wo die Zielgruppe

anzutreffen ist und wo in der praktischen Arbeit vor Ort wahrscheinlich schon Erfahrungen über die spezifischen Bedarfe vorhanden sind. Der Einbezug dieser beiden Zugänge stellt eine bedeutsame Herausforderung für die Armutsprävention auf lokaler Ebene dar.

### 3.7 Kinder und Jugendliche

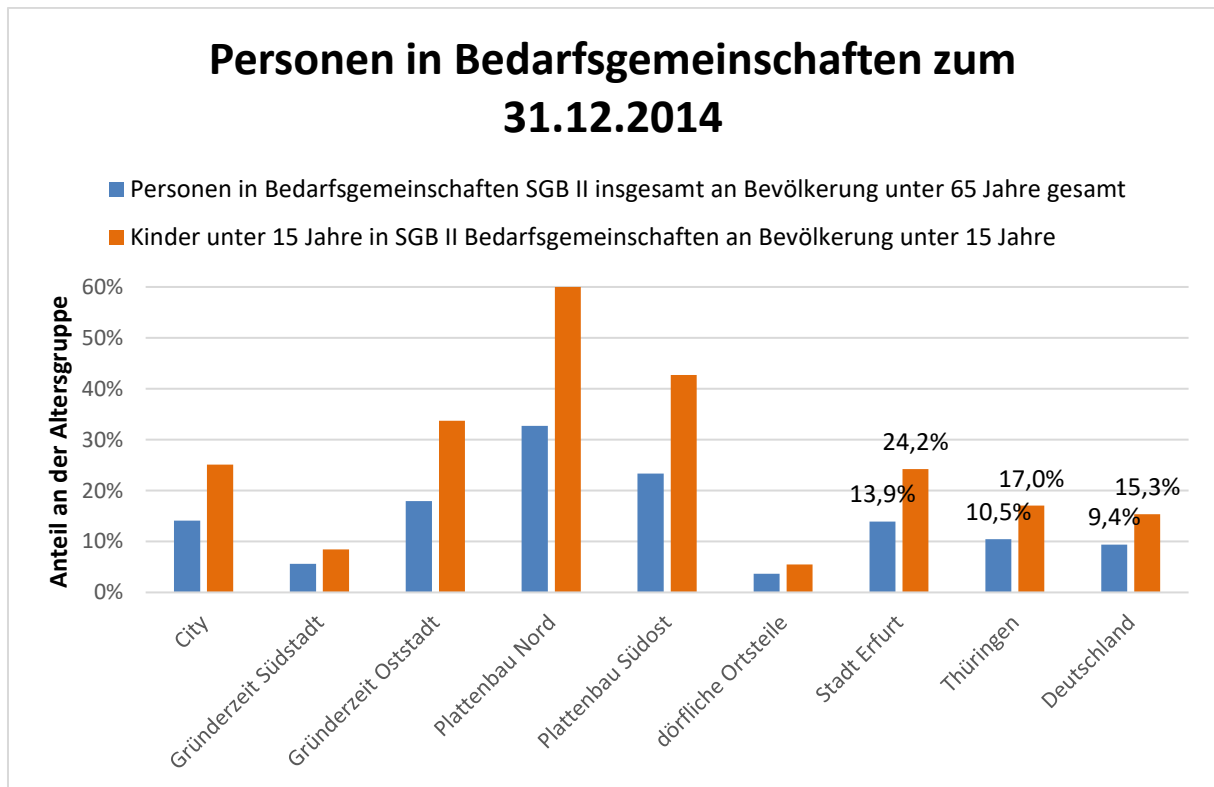
Kinder und Jugendliche werden als dritte Zielgruppe im Rahmen dieses Berichts ausführlicher analysiert. Im Blick auf die Gesamtlage junger Menschen kann man die Befundlage wie folgend zusammenfassen: Noch nie ging es Kindern und Jugendlichen im Schnitt so gut wie heute (vgl. Hurrelmann u.a. 2014). Aber: Auch, wenn es für diese Annahme viele einzelne Befunde geben mag, so kann diese Feststellung doch keineswegs für alle Kinder und Jugendlichen Gültigkeit beanspruchen. Außerdem ist das sozialstaatliche Selbstverständnis in der Wahrnehmung und Bearbeitung von Unterstützungs- und Hilfebedarfen im Sinne des Aufwachsens in elterlicher Verantwortung gewachsen (BMFSFJ 2013, S.53). Ein nicht unerheblicher Teil der Kinder und Jugendlichen steht zumindest zeitweilig oder dauerhaft in der Gefahr, von der sozialen Teilhabe und der Perspektive eines durchschnittlichen Lebensentwurfs abgehängt zu werden (ebd.).

Bereits im Alter von sechs Jahren zeigen sich bei armen Kindern mit 36 Prozent doppelt so häufig soziale und emotionale Auffälligkeiten wie bei Gleichaltrigen aus gesicherten ökonomischen Verhältnissen (AWO-ISS 2012). Aspekte wie beengter Wohnraum, wenige gemeinsame familiäre Aktivitäten, geringe Sprachkenntnisse der Eltern, ein defizitäres Familienklima und Gefühle der Ohnmacht und Resignation (vgl. Andresen/Galic 2015) wirken sich verstärkend aus. Schlechter in soziale Netzwerke eingebunden zu sein, geht bei vielen Kindern einher mit einem geringeren Selbstbewusstsein, Verhaltensauffälligkeiten sowie wenigen Erfahrungen sozialer Wertschätzung einher (Butterwegge 2003). Arme Kinder erleben somit häufiger multiple Belastungen – auch in der Familie. Das Spektrum reicht dabei über das Erleben von Krankheit oder Streitigkeiten bzw. Überforderung der Eltern bis hin zu Kindesmisshandlung und Vernachlässigung (Laubenstein 2014). Diese Wirkungen von Armutslagen manifestieren sich schließlich in einer erhöhten Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung innerhalb der Gruppe der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen.

Als ein erster Zugang zur Lebenslage von jungen Menschen in der Stadt Erfurt wird nachfolgend der Bezug von Transferleistungen in den Blick genommen. Insbesondere der Bezug von Leistungen nach dem SGB II kann innerhalb eines Kalenderjahres erheblichen Schwankungen unterliegen. Aktuelle Arbeitsmarktanalysen haben jedoch gezeigt, dass sich

gerade mit Blick auf den Bezug von Arbeitslosengeld II über einen längeren Zeitraum hinweg bestimmte Probleme als stabil erweisen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016). So zeigt sich beispielsweise, dass etwa 57 Prozent aller Kinder, die in Haushalten mit Transferleistungsbezug aufwachsen, mindestens drei Jahre oder länger von dieser Situation betroffen sind.

Abbildung 19: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Planungsräumen



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Thüringer Landesamt für Statistik, Stadtverwaltung Erfurt

Die vorab dargestellte Grafik stellt den Anteil der Leistungsbezieher für die Altersgruppe der arbeitsfähigen Bevölkerung sowie für die Altersgruppe unter 15 Jahren dar.

Im Blick auf die Einwohner im erwerbsfähigen Alter ist zunächst feststellbar, dass der Anteil der Menschen im SGB II-Bezug in der Stadt Erfurt im Jahresdurchschnitt 2014 bei 13,9 Prozent und damit über den Durchschnittswerten für Thüringen und dem Bund liegt.

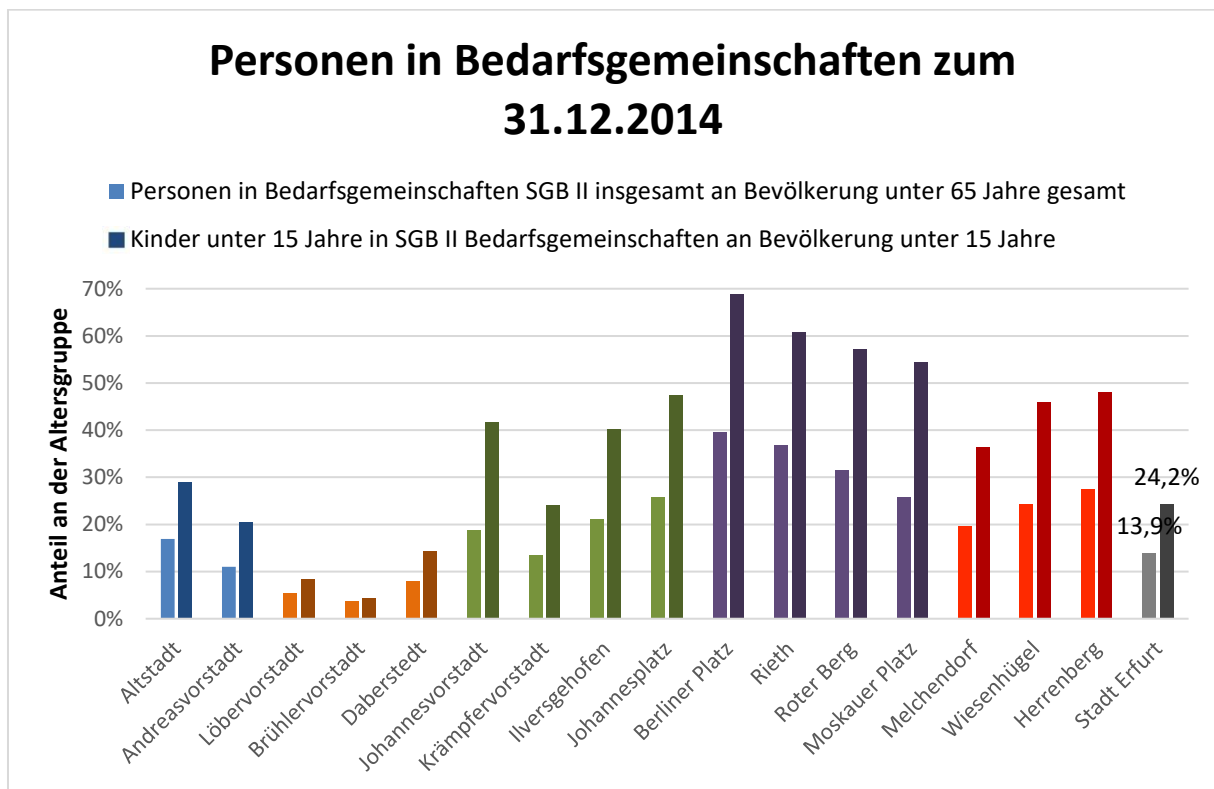
Im Fokus der vorliegenden Auswertung stehen die Unterschiede zwischen den Planungsräumen der Stadt, welche auch für diesen Indikator zu erkennen sind. Der Anteil der Leistungsbezieher in der Südstadt sowie in den dörflichen Ortsteilen ist niedriger als der städtische Durchschnitt ausgeprägt und liegt im Stadtkern mit 14,1 Prozent sehr nah am

Mittelwert. Demgegenüber fallen die Anteile in den Großwohnsiedlungen mit 23 Prozent in Südost und besonders mit 33 Prozent in Nord deutlich höher aus.

Direkt schlussfolgern lässt sich daraus ein höherer Anteil von Menschen in Armutslagen in der Region. In Anlehnung an empirisch untersetzte Erkenntnisse aus der Armutsforschung stehen damit spezifische Bedarfe in Verbindung. Hier sind neben der finanziellen Unterstützung die soziale und kulturelle Teilhabe, die gesundheitliche Lage und insbesondere auch der Bedarf an Bildungsförderung und armutspräventiven Angeboten zu benennen (ausführlicher in Kapitel 2).

Besondere Aufmerksamkeit ist zudem den Quoten der unter 15-Jährigen im SGB II-Bezug in der vorab dargestellten Grafik zu widmen. Diese liegen über den Anteilen in der Gesamtbevölkerung, da Kinder und Jugendliche in besonderem Maße der finanziellen Unterstützung bedürfen. Gerade in den beiden Regionen, in denen die Anteile der Menschen im Leistungsbezug höher ausfallen, sind die Kinderarmutsquoten aus diesem Grund besonders stark ausgeprägt. Im Plattenbau Südost liegt der Anteil bei 43 Prozent, im Plattenbau Nord sogar bei 60 Prozent. Folgerichtig ist damit die Aussage, dass über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen im Plattenbau Nord in Armut aufwachsen. Damit ist ein direktes Indiz für einen vielseitigen Unterstützungsbedarf gegeben, der die zentrale und gemeinsame Aufmerksamkeit der planenden Akteure der Stadt Erfurt erfordert.

Abbildung 20: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Stadtteilen

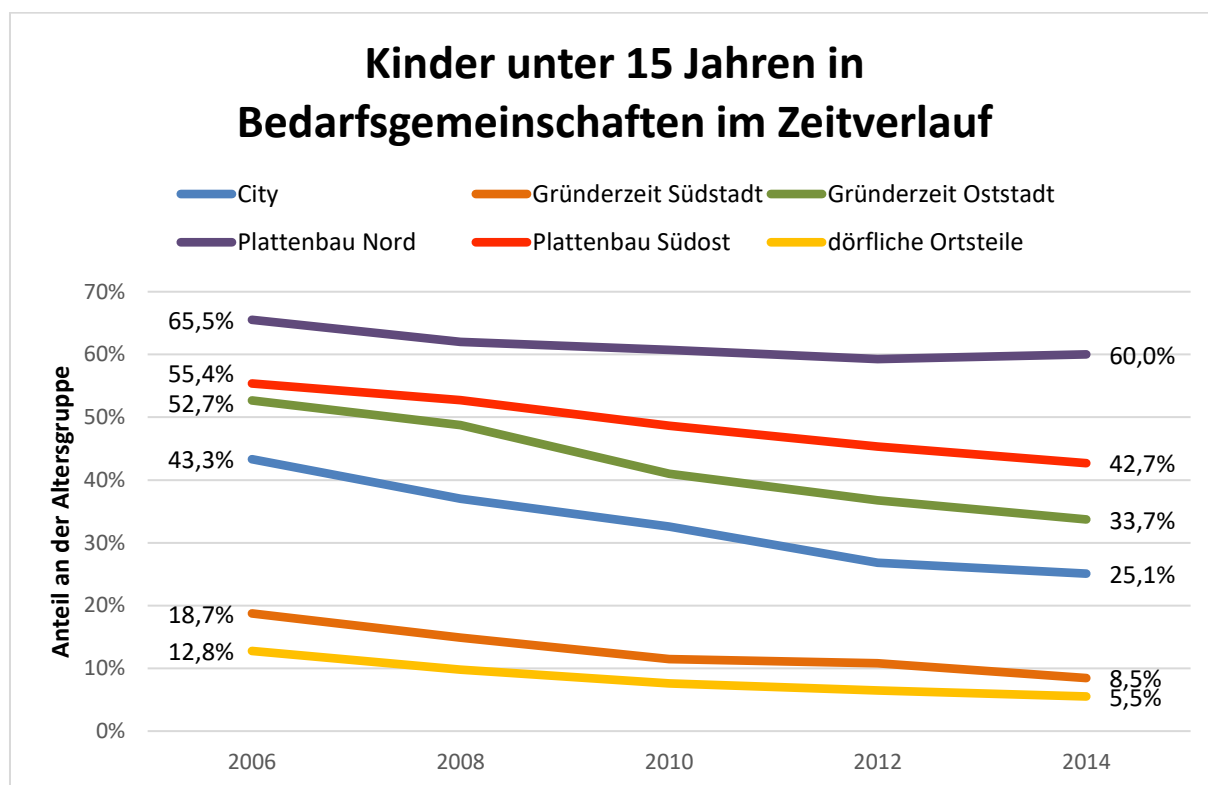


Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Der kleinräumige Blick auf die Stadtteile in Erfurt lässt die Unterschiede in den Quoten in detaillierterem Grad erkennen. Bei den Kindern und Jugendlichen im Leistungsbezug fällt in der Gründerzeit Südstadt die Krämpfervorstadt im direkten Vergleich zu den anderen drei Stadtteilen im Planungsraum mit einer deutlich niedrigeren Quote auf. Auch in den Großwohnsiedlungen unterscheiden sich die Räume im Blick auf diesen Indikator voneinander. Trotzdem sind im Plattenbau Nord mit Anteilen zwischen 54 und 69 Prozent in allen Stadtteilen über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen.

Aufgrund der zentralen Bedeutung des statistischen Zugangs zur Armutslage der Kinder und Jugendlichen wurden die vorab beschriebenen Indikatoren auch in ihrer zeitlichen Entwicklung betrachtet, um regional unterschiedliche Entwicklungen sichtbar zu machen. Diese Auswertung bildet soziale Entwicklungen in den Räumen der Stadt ab, kann jedoch auch einen Hinweis auf den Erfolg der in der Vergangenheit vorgehaltenen Struktur an Angeboten und Maßnahmen darstellen.

Abbildung 21: Kinder in Bedarfsgemeinschaften im Zeitverlauf nach Planungsräumen



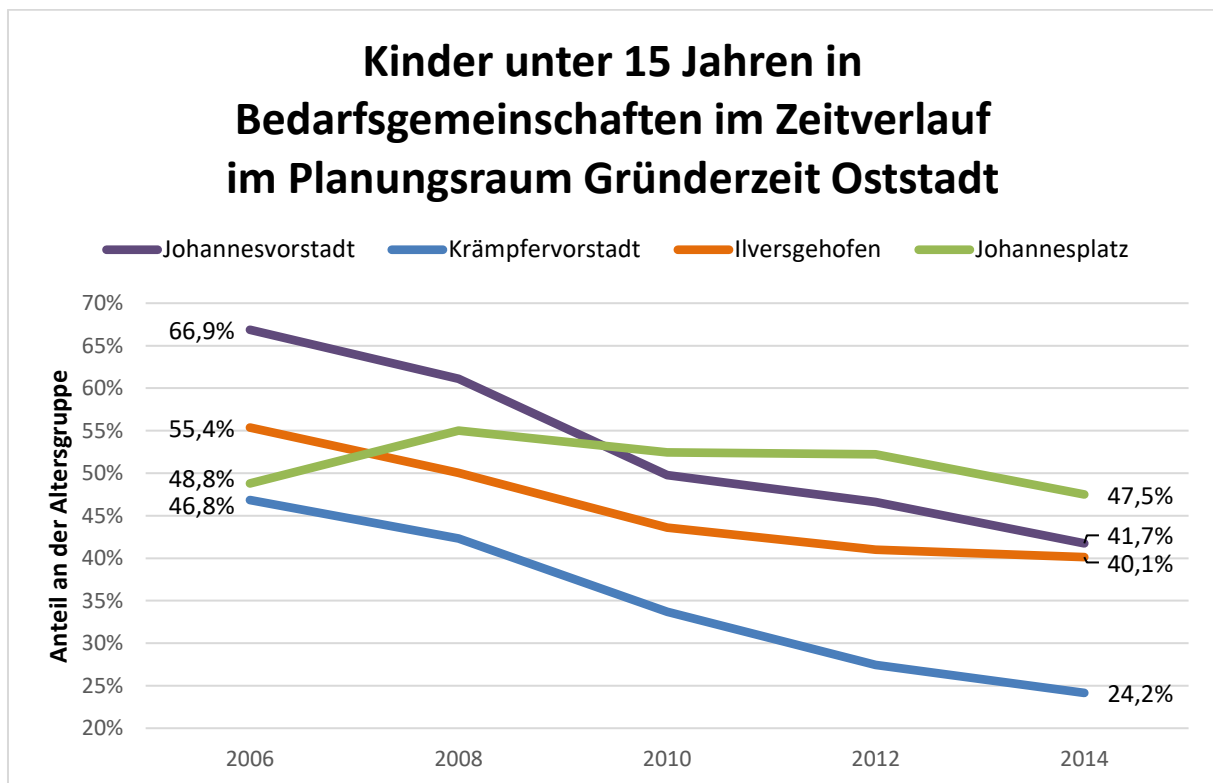
Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Die Abbildung 21 stellt die zeitliche Entwicklung des Anteils der Kinder in Bedarfsgemeinschaften auf Ebene der Planungsräume dar. Zur Auswertung wurden die Zahlen der unter 15-Jährigen im Leistungsbezug nach dem SGB II sowie die Einwohnerzahlen dieser Altersgruppe im Rhythmus von zwei Jahren herangezogen.

Die Grafik lässt erkennen, dass im Zeitraum 2006 bis 2014 die Quoten der jungen Menschen in Armutslagen in allen Planungsräumen der Stadt kontinuierlich zurückgegangen sind. Für den Durchschnitt der Stadt Erfurt insgesamt ging der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Leistungsbezug in diesem Zeitraum von 36,8 auf 24,2 Prozent zurück. Dies bedeutet einen direkten Rückgang der Häufigkeit von Fällen, in denen junge Menschen in einer Situation der Benachteiligung aufwachsen. Der Darstellung ist weiterhin zu entnehmen, dass der Grad des Rückgangs der Quoten sich in den Erfurter Planungsräumen unterscheidet. Insbesondere die City und die Gründerzeit Oststadt haben stark von dieser Entwicklung profitiert und zeigen einen Rückgang der Quoten von in der Differenz 18 bzw. 19 Prozent auf. Demgegenüber sind die Zahlen in der gleichen Zeit in den Großwohnsiedlungen mit 13 Prozent in Südost und nur 5 Prozent in Nord weniger stark gesunken. Vor dem Hintergrund, dass die Quoten in den Großwohnsiedlungen im Jahr 2006 höher waren als die im direkten Vergleich günstigere Ausgangslage in der Innenstadt oder der Gründerzeit Oststadt, lässt sich folgerichtig

aussagen, dass sich die sozialen Unterschiede in der Stadt Erfurt in den betrachteten acht Jahren verstärkt haben.

Abbildung 22: Kinder in Bedarfsgemeinschaften im Zeitverlauf in Erfurt Oststadt

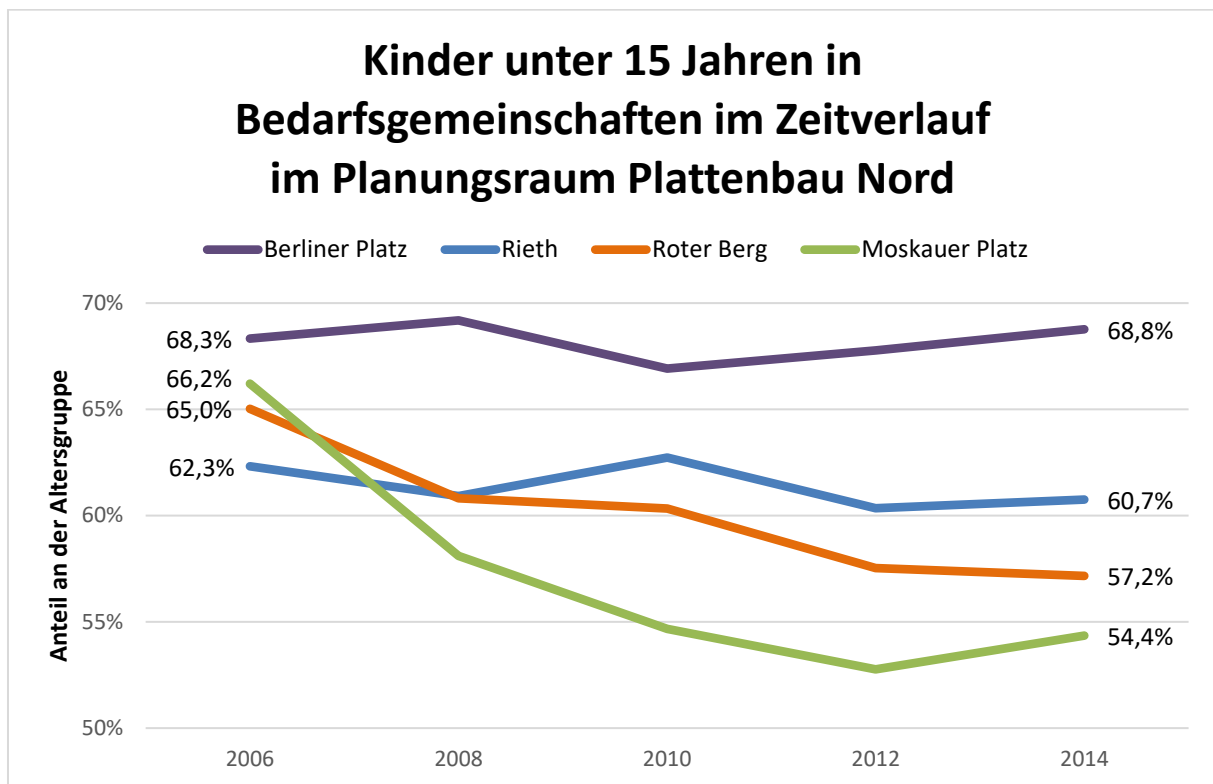


Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Die kleinräumigere Betrachtung des zeitlichen Verlaufs für die Stadtteile der Gründerzeit Oststadt zeigt unterschiedliche Entwicklungen der Räume innerhalb des Planungsraums auf. Während die Quote junger Menschen im Leistungsbezug in den drei Räumen Johannesvorstadt, Krämpfervorstadt und Ilversgehofen zwischen 15 und 25 Prozent zurückging, beträgt die Differenz für den Johannesplatz nur rund ein Prozent. Zudem lässt die Entwicklung über die Jahre erkennen, dass die Armutsquoten in diesem Raum zunächst anstiegen, bevor ein erneuter Rückgang zu beobachten ist. Im Blick auf die heterogene Entwicklung innerhalb dieses Planungsraums ist davon auszugehen, dass es sich in der Tendenz um verschiedene Sozialräume handelt. Entsprechend muss eine Planung und Steuerung mit dem Anspruch der Bedarfsgerechtigkeit auf diese Unterschiede vor Ort eingehen und sie in ihrer Entwicklung hinterfragen.



Abbildung 23: Kinder in Bedarfsgemeinschaften im Zeitverlauf in Erfurt Nord



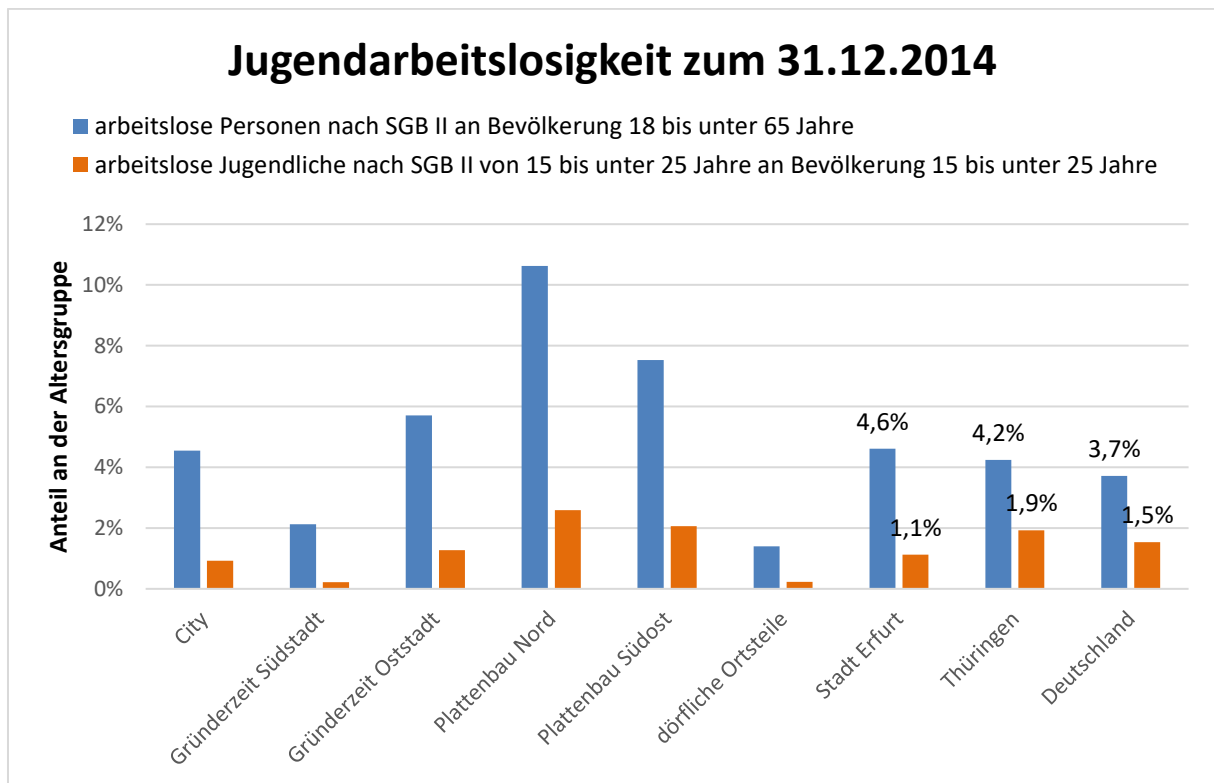
Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Ebenfalls grafisch aufbereitet wurde die Analyse auf Ebene der Stadtteile für den Planungsraum Plattenbau Nord. In der Differenz über acht Jahre zeigt der Moskauer Platz mit 12 Prozent den höchsten Rückgang der Quoten, am Roten Berg beträgt die Differenz 8 Prozent. Demgegenüber zeigt der Stadtteil Rieth nach leichten Schwankungen in der Summe einen Rückgang der Quote um 2 Prozent auf und der Berliner Platz zeigt nach leichten Veränderungen in beide Richtungen im Fazit keine Veränderungen.

Für den Plattenbau Nord ist zu erkennen, dass die vier Räume sich unterschiedlich entwickelt haben und – wengleich in allen Stadtteilen auf einem hohen Niveau – eine unterschiedlich starke Häufigkeit von Armut unter jungen Menschen zeigen. Um diese Beobachtung inhaltlich zu untersetzen, wären großflächige bauliche Veränderungen sowie die Zu- und Fortzüge in die Betrachtungen einzubeziehen, um Hinweise auf soziale und demografische Veränderungen ableiten zu können. Der aktuelle Kenntnisstand zeigt auf, dass bei den jungen Menschen vor Ort generell ein starker Bedarf an Unterstützung besteht. Er bietet zudem das Potenzial, im Abgleich mit der aktuellen Infrastruktur an Angeboten und Maßnahmen regionale Lücken im Unterstützungssystem aufzuzeigen.

In analoger Form ist auch eine Auswertung der Entwicklung der Stadtteile für den Planungsraum Plattenbau Südost vorgenommen worden. Diese zeigt einen gleichmäßigeren Rückgang der Armutsquoten über den betrachteten Zeitraum. Aus diesem Grund wurde von einer grafischen Abbildung an dieser Stelle abgesehen.

Abbildung 24: Jugendarbeitslosigkeit



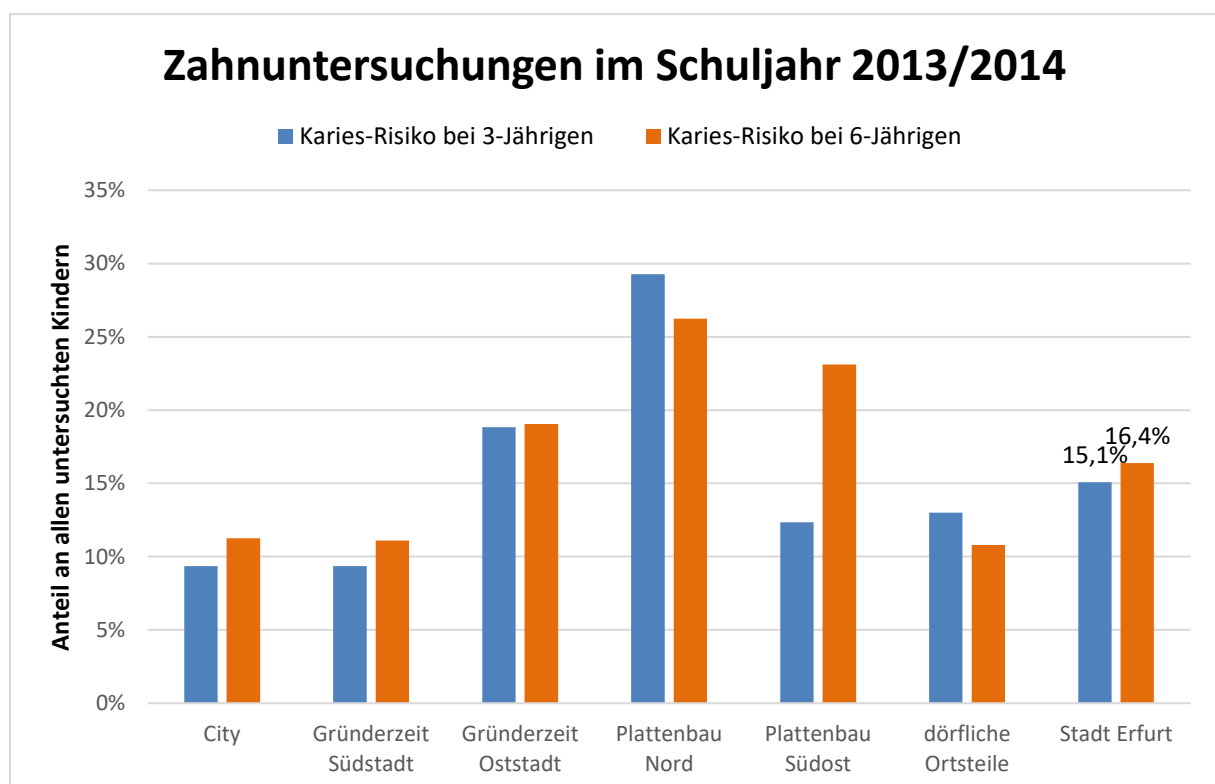
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Thüringer Landesamt für Statistik, Stadtverwaltung Erfurt

Ebenfalls von besonderer Bedeutung für die inhaltlichen Ziele der Armutsprävention und Bildungsförderung im Rahmen des Projekts ist der Indikator der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen. Die Stadt Erfurt ist auf Basis der eigenen Statistiken in der Lage, die Zahlen auf kleinräumiger Ebene der Stadtteile zu analysieren. Jedoch unterschreiten die Fallzahlen dann eine kritische Größe und lassen es nicht zu, valide Aussagen über regionale Unterschiede zu treffen. Entsprechend wurde der Indikator auf der Ebene der Planungsräume betrachtet und in der Abbildung 24 grafisch dargestellt.

Die Analyse stellt die anteilige Berechnung der arbeitslosen Jugendlichen neben die arbeitslosen Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren, um einen Vergleich zu ermöglichen. Im Blick auf die Planungsräume der Stadt Erfurt zeigen sich Unterschiede in den regionalen Quoten bei den Jugendlichen im SGB II-Bezug, die jedoch mit der Ausprägung der Arbeitslosigkeit in der Gesamtbevölkerung korrelieren. Entsprechend ist der Anteil der

Jugendlichen ohne Beschäftigungsverhältnis in den Räumen höher, in denen die Arbeitslosigkeit generell höher ausfällt. Der Vergleich der Stadt zum Thüringer Durchschnitt lässt erkennen, dass der Anteil arbeitsloser junger Menschen in Erfurt niedriger als auf Landes- oder Bundesebene ausfällt. Im interkommunalen Vergleich ist die Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Erfurt somit nicht als akuter Handlungsbedarf hervorzuheben. Auf inhaltlicher Ebene ist die Erreichung gerade dieser Zielgruppe durch förderliche Angebote und Maßnahmen jedoch von wesentlicher Bedeutung, da diese zu einer selbständigen und gelingenden Lebensführung unterstützend beitragen können.

Abbildung 25: Zahngesundheit bei Kindern



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

**Methodischer Hinweis:** In der Darstellung wurden für das Schuljahr 2013/2014 die Fallzahlen der untersuchten Kinder ausgezählt, bei denen ein Karies-Risiko erkannt wurde. Die Kinder wurden nicht nach ihrem Wohnort, sondern nach dem Ort der besuchten Kindertagesstätte den Planungsräumen zugeordnet. Es konnten rund 70 bzw. 75 Prozent der Kinder des jeweiligen Jahrgangs untersucht werden, was in beiden Fällen der Mehrheit entspricht. Trotzdem ist aufgrund der nicht vollständigen Untersuchung der Population sowie der räumlichen Zuordnung über die Einrichtungen eine Unschärfe einzuräumen.

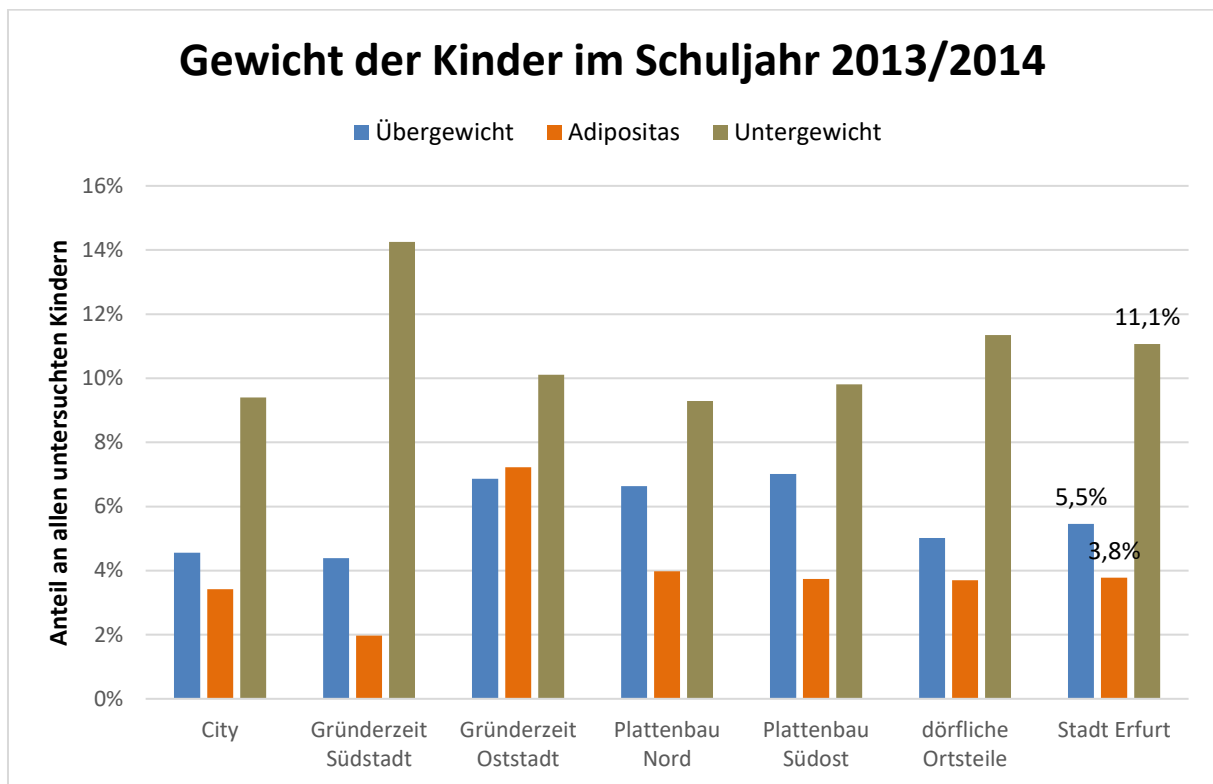
An dieser Stelle der Analyse werden mehrere Grafiken zur Gesundheit der Kinder in der Stadt Erfurt betrachtet, welche entsprechend dem Lebensalter in eine chronologische Reihenfolge gebracht wurden. In der Abbildung 25 wurden zunächst die Zahnuntersuchungen in den

Kindertageseinrichtungen aufbereitet. Die Zahlen zeigen sowohl für die Dreijährigen als auch für die Sechsjährigen einen unterschiedlich hohen Anteil an Karies-Risiko in den Erfurter Planungsräumen. Über dem Durchschnitt der Stadt liegen die Gründerzeit Oststadt sowie die beiden Großwohnsiedlungen Nord und Südost. Für den Plattenbau Südost ist an dieser Stelle die Einschränkung vorzunehmen, dass die Quoten bei den 3-Jährigen mit 12 Prozent im Vergleich zu 15 Prozent unter dem Durchschnitt liegen, lediglich die Zahlen des älteren Jahrgangs fallen vor Ort höher aus.

Die unterschiedliche Ausprägung des Indikators lässt sich zu den Quoten der Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug vergleichen, welche in ähnlicher Form regional variieren. Inhaltlich lässt sich dies mit dem Zusammenhang zwischen finanzieller Benachteiligung und Einschränkungen der gesundheitlichen Lage erklären, der einleitend schon in Verbindung mit dem Armutsbegriff beleuchtet wurde. Zur weiteren Ausführung des Sachverhalts kann auf die Studie zum gesunden Aufwachsen des Robert-Koch-Instituts aus dem Jahr 2015 verwiesen werden, in der dieser Zusammenhang empirisch untersetzt wird.

Die höhere Armutsbelastung in Einheit mit häufigeren gesundheitlichen Auffälligkeiten in einem räumlichen Zusammenhang beobachten zu können, bedeutet in erster Linie, dass es einer erhöhten Aufmerksamkeit durch Angebote und Maßnahmen der Gesundheitsförderung für junge Menschen und ihre Familien in den stärker belasteten Räumen bedarf. Da der Zusammenhang beider Indikatoren auf eine mehrdimensionale Situation der Benachteiligung hinweist, lässt sich in der Konsequenz ableiten, dass die Stadt Erfurt noch nicht ausreichend erfolgreich dabei ist, die Auswirkungen von Armut auf andere Lebenslagenbereiche durch adäquate Förderangebote zu minimieren und Chancengleichheit zu stärken. An dieser Stelle benötigt es eine integrierte Planung zur Realisierung einer fachübergreifenden Analyse der Bedarfslagen sowie eine abgestimmte Steuerung von passgenauen Strukturen und Angeboten.

Abbildung 26: Gewicht bei der Schuleingangsuntersuchung



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

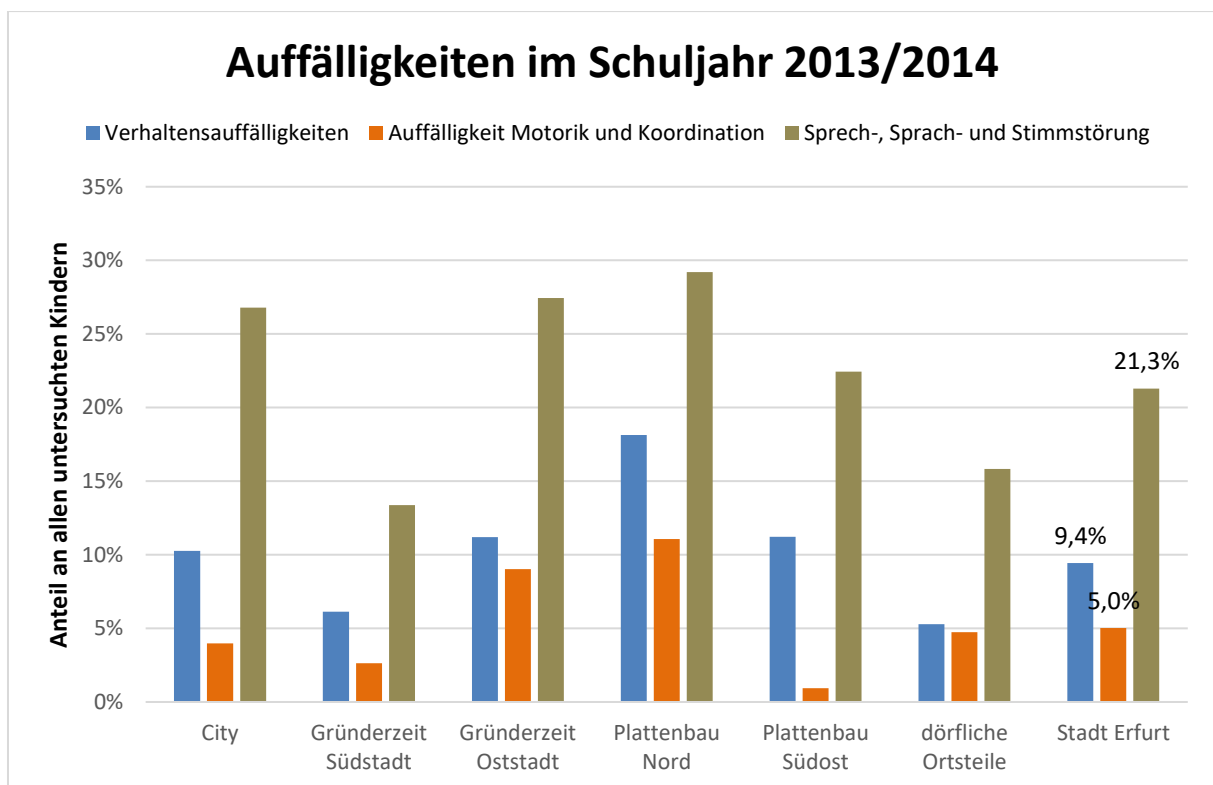
**Methodischer Hinweis:** Beide Befunde, Übergewicht und Adipositas, sind durch einen erhöhten Body Mass Index gekennzeichnet, wobei Adipositas an dieser Stelle einen höheren Skalenwert bedeutet. Inhaltlich lässt sich Adipositas folglich als eine stärkere Form des Übergewichts bezeichnen. Gleichwohl wurden im der Grafik zugrundeliegenden Datenmaterial die Fallzahlen beider Befunde getrennt erfasst. Der Indikator Übergewicht in der Darstellung umfasst damit nicht die Fallzahlen der adipösen Kinder. Die Daten der Schuleingangsuntersuchung liegen nach dem Wohnortprinzip vor.

Weniger stark ausgeprägt sind die räumlichen Unterschiede in Bezug auf das Gewicht zum Zeitpunkt der Schuleingangsuntersuchung. Die Abbildung 26 stellt den Anteil der übergewichtigen und der adipösen Kinder sowie der untergewichtigen Kinder anteilig dar. Die Differenzen zum Mittelwert für die Stadt Erfurt fallen in den einzelnen Planungsräumen geringer aus, als bei der Betrachtung der Zahngesundheit. Auch lässt sich weniger stark ein Fokus auf die durch Armut stärker belasteten Räume erkennen. Vor allem die Gründerzeit Oststadt fällt an dieser Stelle durch einen im direkten Vergleich höheren Anteil an übergewichtigen und adipösen Kindern auf, der auf eine ungünstige gesundheitliche Situation hinweist.

Eine weitere Besonderheit stellt die Möglichkeit der Auswertung der untergewichtigen Kinder auf Ebene der Planungsräume dar. Wenngleich auch für diesen Indikator die Differenzen nicht

besonders stark ausgeprägt sind, erscheint es trotzdem geboten, das räumlich gemeinsame Auftreten eines höheren Anteils an untergewichtigen Kindern zusammen mit der vergleichsweise günstigen Situation in anderen Sozialindikatoren für die Gründerzeit Südstadt zu hinterfragen. Eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit und die höchsten Gymnasialquoten der Stadt (siehe Abbildung 32) in Verbindung mit dem erhöhten Anteil untergewichtiger Kinder könnten ein Indiz für eine andere Ernährung oder auch einen verstärkten Leistungsdruck sein, der an die Kinder und Jugendlichen weitergegeben wird. Auf Basis des vorliegenden Datenmaterials kann dieser Aspekt jedoch inhaltlich nicht ausreichend untersetzt werden.

Abbildung 27: Auffälligkeiten bei der Schuleingangsuntersuchung



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Die Abbildung 27 stellt ebenfalls Erkenntnisse aus der Schuleingangsuntersuchung, in diesem Fall zu den Verhaltensauffälligkeiten, den Auffälligkeiten der Motorik und der Koordination sowie den Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen, grafisch dar. Diese lassen in den Unterschieden der Planungsräume zueinander wieder in stärkerer Form die Verbindung zu den Armutsquoten erkennen. Wie schon zur Zahngesundheit ausgeführt, gilt somit auch an dieser Stelle, dass es insbesondere in den von finanzieller Benachteiligung stärker betroffenen Räumen auch eine stärkere Unterstützung durch präventive und fördernde Angebote aus dem gesundheitlichen Bereich benötigt. Dass die Unterschiede sich im

sechsten Lebensjahr der Kinder in dieser Form abzeichnen, ist ein Indikator für eine Förderung, die frühzeitiger ansetzen sollte.

Weiterhin fallen die hohen Anteile der Auffälligkeiten im Bereich der Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen auf, die für das betrachtete Schuljahr bei insgesamt 21 Prozent der in Erfurt untersuchten Kinder festgestellt wurden. Dieser Trend wird auch in anderen Thüringer Landkreisen und Städten festgestellt. Auf kommunaler Ebene erscheint eine Diskussion der Ursachen dieses Phänomens fachlich interessant, vor dem Hintergrund einer bedarfsgerechten Angebotsplanung jedoch zunächst wenig zielführend. Hier stellt sich zuerst die konkrete Frage, wie Einrichtungen und Institutionen auf diesen Sachverhalt reagieren und ob eine besondere Förderung der sprachlichen Fähigkeiten nach der Diagnose stattfindet. Insofern wäre die Analyse zunächst durch die Zahlen zur Sprachförderung im Kinder- und Jugendalter zu ergänzen, um Aussagen über regionalspezifische Bedarfe ableiten zu können.

Der Blick zurück auf die heterogene Ausprägung der Auffälligkeiten des Verhaltens sowie der Motorik und Koordination lassen demgegenüber direkte Ableitungen zu, da die Folgen der frühzeitig stattfindenden Selektionsprozesse hierbei insbesondere Kinder aus sozial- oder bildungsschwachen Elternhäusern zu spüren bekommen. Dieser Ungleichheit der Chancen auf Bildung und Teilhabe ist in der Stadt Erfurt durch eine frühzeitige und niedrigschwellige Förderung zukünftig stärker entgegenzuwirken.

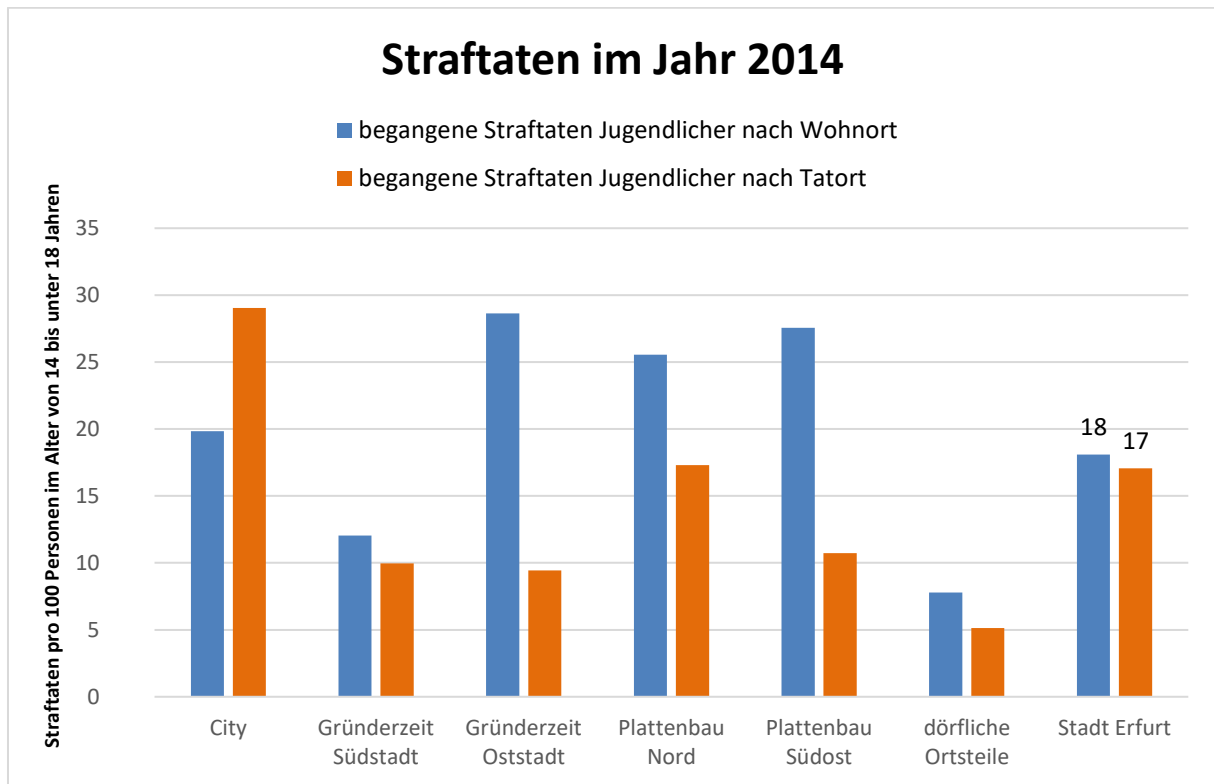
Beim Übergang zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule kommen zusätzlich strukturelle Herausforderungen zum Tragen:

- die immer stärker werdende Notwendigkeit von Abstimmungsprozessen zwischen institutionell, fachlich und personell getrennten Fachkräften aus dem Elementar- und Primarbereich,
- simultan stattfindende Abstimmungsprozesse mit den beteiligten Diagnostikern im Rahmen der Feststellung der Schulfähigkeit und
- die Bewältigung von großen Unsicherheiten im Umgang mit den Bildungsinstitutionen und dem dort tätigen pädagogischen Personal durch die Eltern.

Die Rahmendaten der jährlich stattfindenden und für Kinder verpflichtenden Schuleingangsuntersuchung lassen zentrale Hinweise auf räumliche Segregationseffekte hinsichtlich sozialer Benachteiligungen erkennen und stellen somit für die Planung proaktiver

und an regionalen Bedarfen orientierter Handlungsstrategien eine unverzichtbare Ressource dar.

Abbildung 28: Jugendkriminalität



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

**Methodischer Hinweis:** In der Darstellung wurden die erfassten Straftaten von Personen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren ausgewertet, unabhängig davon, ob diese nachfolgend zur Verurteilung gebracht oder fallen gelassen wurden. Zur Relativierung wurden die Zahlen in der Form „Fälle pro 100 Personen dieser Altersgruppe“ aufbereitet. Sowohl die Fälle nach Wohnort als auch die Fälle nach Tatort wurden dabei an der Zahl der Einwohner des Bezugsorts berechnet.

Der Blick auf strafrechtlich relevantes Verhalten junger Menschen dient der Benennung weiterer Problembereiche und Belastungsdimensionen, denen die Bewohner der einzelnen Planungsräume ausgesetzt sein können. Die Jugendkriminalität gerät dabei aus zweierlei Hinsicht in den Fokus.

1. Die Jugendkriminalität gibt Auskunft über sozial schädliches und gleichermaßen strafrechtlich relevantes Verhalten durch Jugendliche.

Die Kriminalstatistik gibt nur Auskunft über bekannt gewordene Straftaten, enthält jedoch keine Aussagen zum deutlich höheren Dunkelfeld. Kriminologischen Untersuchungen zufolge ist Jugendkriminalität durch einige Merkmale



gekennzeichnet, die zu einer überdurchschnittlich hohen Abbildung in der Kriminalstatistik führen (Eifler 2011, S. 162). Die Mehrheit der begangenen Straftaten sind typische Jugendverfehlungen wie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und somit spontane und tendenziell leichter zu erfassende Straftaten. Der Besitz von illegalen Drogen ist ein klassisches Kontrolldelikt, welches überhaupt erst durch Kontrollen der Polizei oder Sicherheitspersonal festgestellt wird. Die Anzahl von Kontrolldelikten kann durch eine Ausweitung der polizeilichen Präsenz unmittelbar erhöht werden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Polizei mit einer verstärkten Kontrolltätigkeit das Dunkelfeld von Kriminalität verringert und die Anzahl der begangenen Straftaten in der Kriminalstatistik unabhängig von einer tatsächlichen Veränderung des strafrechtlich relevanten Verhaltens der Bevölkerung vergrößert. Insofern ist die Aussagekraft der Kriminalstatistik unter dieser Prämisse zu interpretieren.

## 2. Die Quote der Jugendkriminalität ist in der öffentlichen Wahrnehmung ein Ausgangspunkt für ein subjektiv empfundenes Gefühl der Un-/Sicherheit.

Einschlägige Untersuchungen weisen darauf hin, dass nur ein sehr niedriger Zusammenhang zwischen objektiver Gefährdungslage und subjektiv empfundener Unsicherheit besteht (BMI 2006, S. 4). Darüber hinaus gilt auch hier der hohe Anteil reiner Kontrolldelikte an jugendtypischen Verfehlungen zu bedenken.

Wenngleich kriminelle Handlungen im Jugendalter allgemein als ubiquitäre und für diesen Entwicklungsabschnitt bis zu einem gewissen Grad ‚normalen‘ Phänomenen zählen, lässt sich weiterhin ein Zusammenhang zwischen straffähigem Verhalten und sozialer Benachteiligung erkennen (Scherr 2010, S. 204). Die regional unterschiedliche Ausprägung dieses Indikators kann somit als Hinweis auf bestehende Benachteiligungsstrukturen gewertet werden.

Die Abbildung 28 zeigt in der heterogenen Häufigkeit der Straftaten durch Jugendliche nach dem Herkunftsprinzip einen verschiedenen hohen Unterstützungsbedarf insbesondere durch Angebote der Kinder- und Jugendhilfe an. Gleichwohl ist einschränkend zu berücksichtigen, dass die Häufigkeit der erfassten Straftaten eben nicht nur vom Verhalten der Jugendlichen, sondern auch durch die Kontrolldichte beeinflusst wird.

Neben diesem Aspekt stellt die Grafik jedoch auch einen Hinweis auf das Mobilitätsverhalten der Jugendlichen dar. In der Differenz zwischen Straftaten nach Herkunft und vor Ort

verübten Straftaten liegt die Möglichkeit der Ableitung, wie hoch der Anteil der Jugendlichen ist, die sich in der Freizeit außerhalb des heimischen Planungsraums aufhalten. Diese Verknüpfung ist zunächst jedoch von mehreren Faktoren in ihrer Aussagekraft eingeschränkt. Zum einen führt auch an dieser Stelle die Kontrolldichte zu Verzerrungen. Zum anderen sind die Arten der Delikte gesondert in den Blick zu nehmen, da die Infrastruktur der Planungsräume verschieden ausgeprägt ist und somit Delikte ungleich häufig verübt werden. Zum Beispiel unterscheidet sich der Anteil der Diebstähle regional im Zusammenhang mit dem Vorhandensein verschiedener Einkaufsmöglichkeiten. Nach erneuter Prüfung der Daten in Bezug auf diesen einzelnen Aspekt erschließen sich die Differenzen der Planungsräume allerdings nicht allein aus der unterschiedlichen Fallzahlen der Diebstähle.

Im Schluss stellt die Abbildung 28 damit einen eingeschränkt aussagefähigen, jedoch nicht zu vernachlässigenden Zugang zur Mobilität der Jugendlichen in der Stadt Erfurt dar. Sie lässt erkennen, dass vor allem im Plattenbau Nord Straftaten häufiger vor Ort verübt werden und sich Jugendliche in dieser Lesart folglich verstärkt dort aufhalten. Dieser Hinweis ist in seiner Aussagekraft nicht überzubewerten, wirft jedoch die relevante Frage nach der Motivation der Erfurter Jugendlichen auf, Freizeitangebote in Distanz zu ihrem Wohnort anzunehmen. Eine detailliertere Analyse des Mobilitätsverhaltens der jungen Menschen würde Aufschluss darüber geben, in welchem Umkreis innerhalb der Stadt sie tatsächlich dazu in der Lage sind und in welchen Räumen es notwendig ist, Strukturen kleinräumiger vorzuhalten.

Die bisher analysierten Indikatoren aus den Bereichen Demografie, Soziales, Leistungsbezug und Gesundheit zeigen in mehreren Fällen eine Verknüpfung zum Konstrukt der Armut. Ein höherer Anteil finanzieller Unterstützungsbedarfe geht in den Planungsräumen der Stadt Erfurt häufig mit einer Benachteiligung in anderen Lebensbereichen einher. Dieses Phänomen ist keineswegs ungewöhnlich. In größeren Städten verschärfen sich Problemlagen oftmals aufgrund der dort viel stärker ausgeprägten Segregationseffekte (vgl. Häußermann/Kronauer 2005). Gerade vor diesem Hintergrund erscheint es als eine zentrale Herausforderung, der sozialräumlichen Kumulation von Benachteiligung strategisch entgegen zu wirken. Die integrierte Sozialplanung stellt zu diesem Zweck ein zielführendes Instrument dar. Inhaltlich erscheinen der lokale Fokus unterstützender Angebote auf benachteiligte Planungsräume sowie die konsequente Bildungsförderung der jungen Menschen in Armutslagen zielführend, um eine erfolgreiche und selbstbestimmte Lebensführung unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016).

### 3.8 Angebote und Institutionen

Während das vorab ausgewertete Datenmaterial stärker auf die Charakterisierung der Lebenslagen der Erfurter Bevölkerung abzielte, werden nachfolgend die verfügbaren Zahlen zum Zugang und der Nutzung von Institutionen sowie Angeboten und Leistungen präsentiert. Dazu zählen die Kindertagesbetreuung und schulische Bildung sowie die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Neben der finanziellen Ausstattung der Elternhäuser sind kulturelle und soziale Bildungserfahrungen für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen gleichermaßen bedeutsam. Ganz konkret bedeutet dies, dass die elterlichen Zugänge zum Arbeitsmarkt, aber auch unterschiedliche Handlungsalternativen im Erziehungshandeln und Strategien der Problembewältigung und bei der innerfamilialen Konfliktlösung dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche unter höchst unterschiedlichen Voraussetzungen heranwachsen (Liebenwein 2008, S. 68ff.).

Im Vergleich zu nicht armen Kindern ist die gesamte Bildungsbiografie von armen Kindern deutlich belasteter. Ihr Schulstart verläuft seltener regelhaft (z.B. aufgrund entwicklungsverzögerter Rückstellung), sie wiederholen häufiger eine Klasse, sie erhalten schlechtere Noten und seltener eine Empfehlung für das Gymnasium und sie vollziehen seltener einen gelingenden Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II (AWO-ISS 2012). Dabei kann von einem eigenständigen Armutseffekt ausgegangen werden, da auch arme Kinder von Eltern mit einem hohen Bildungsabschluss von diesen Benachteiligungen betroffen sind (ebd.). Chassé, Zander und Rasch (2003) belegen, dass viele arme Kinder trotz guter schulischer Leistungen Überforderung erleben. Positive schulische Erfahrungen berichten vor allem diejenigen, die außer materieller Armut keine weiteren Belastungen erleben.

Die längsschnittliche Betrachtung des Bildungsverlaufs von armen Kindern macht weiterhin deutlich: Arme Kita-Kinder sind später zu 48 Prozent überdurchschnittlich häufig HauptschülerInnen oder schließen die Schule ohne Abschluss ab (AWO-ISS 2012). Das weist darauf hin, wie sehr akute Armutserfahrungen auch die zukünftigen Bildungschancen beeinflussen.

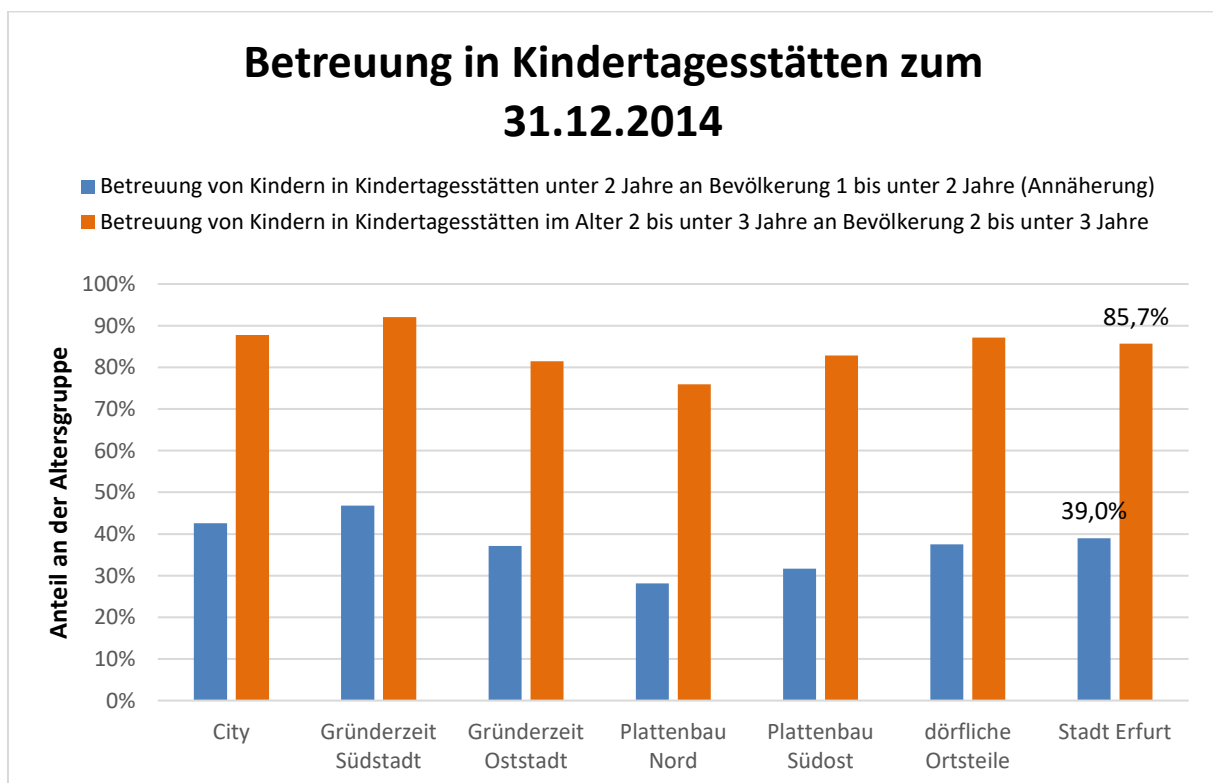
Die Phase der frühen Kindheit ist mit Blick auf die Entwicklung von Begabungen und Fähigkeiten sowie auf die Selbstregulation und den Autonomiegewinn junger Menschen von

elementarer Bedeutung. Wichtig dabei ist, dass die Kinder von Anfang an in einer kognitiv, sprachlich und kulturell anregungsreichen Umgebung aufwachsen. Diese Entwicklungen sollten dabei idealerweise allen Kindern sowohl inner- als auch außerhalb der Familie geboten werden. Vor dem Hintergrund der bestehenden sozialen Ungleichheiten zwischen den Familien erscheint deshalb die These naheliegend, dass Chancengleichheit nur hergestellt werden kann, wenn bereits im Kleinkindalter gleiche Bedingungen für den Kompetenzerwerb geschaffen werden können. Somit kommt nicht nur der Familie, sondern auch den außerfamiliären Bildungsinstitutionen in der frühen Kindheit eine besondere Bedeutung zu.

### 3.8.1 Kindertagesstätten

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten und in der Tagespflege zum mit Abstand größten Leistungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe entwickelt. In Deutschland werden derzeit über 70 Prozent aller Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren von den bestehenden Angeboten erreicht (BMFSFJ 2013, S. 41). Im Freistaat Thüringen sind es sogar über 95 Prozent der Kinder aus der gleichen Altersgruppe und über 50 Prozent der Kinder im Alter von unter drei Jahren.

Abbildung 29: Betreuung in Kitas bis unter 3 Jahre

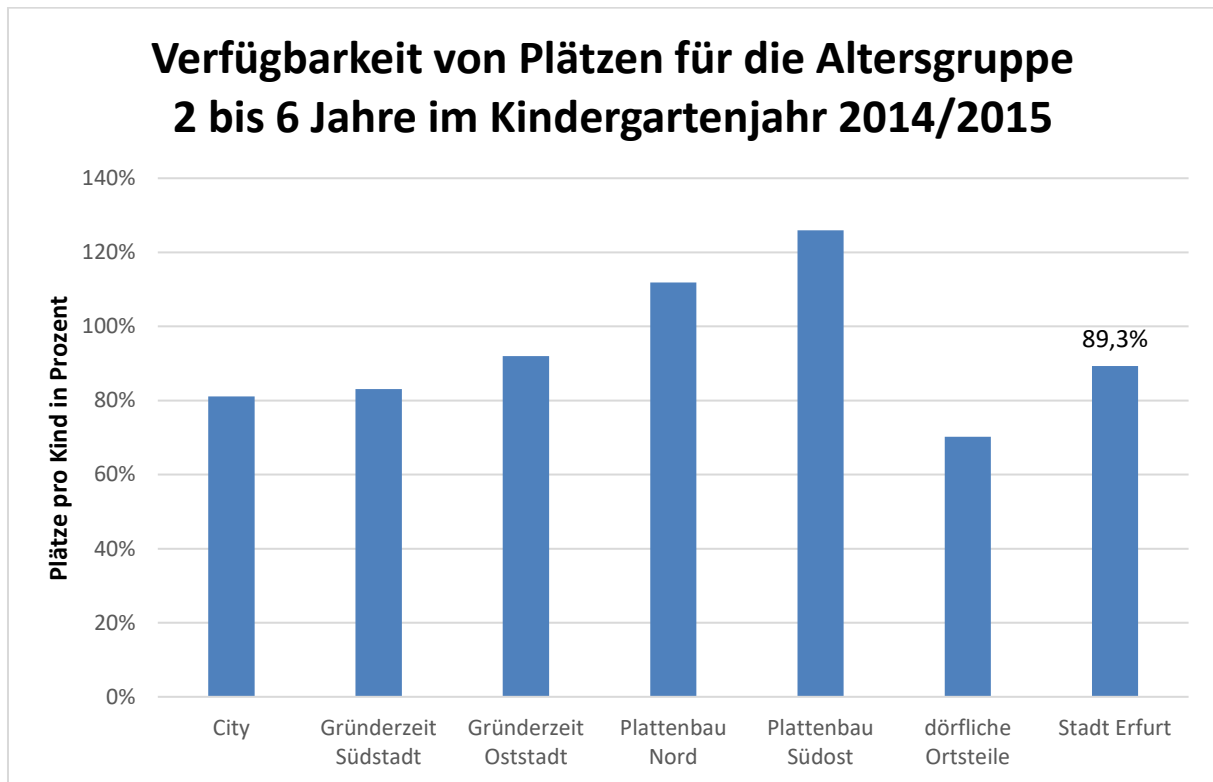


Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Da die Anteile der Kinder, die im Alter ab drei Jahren eine Kindertagesstätte besuchen, generell sehr hoch ausfallen, bietet sich die Analyse der jüngeren Altersgruppen an, um regionale Unterschiede in den Blick zu nehmen. In der Abbildung 29 werden die Quoten für zwei Altersjahrgänge nach dem Herkunftsprinzip dargestellt, wobei es sich eine statistische Annäherung an die Realität darstellt, da Kinder selbstverständlich nicht alle unmittelbar nach Beendigung des ersten bzw. des zweiten Lebensjahres eine Kindertagesstätte besuchen.

Erkennen lässt sich für die Altersgruppe von zwei bis unter drei Jahren, dass insgesamt 85,7 Prozent eine Kindertagesstätte besuchen, die Quoten in den Planungsräumen der Stadt jedoch unterschiedlich hoch ausfallen. Mit 76 Prozent fällt sie dabei im Plattenbau Nord am niedrigsten aus. In der Tendenz zeigt auch diese Grafik einen Zusammenhang zu den Armutsquoten junger Menschen in der Form auf, dass der Anteil der Kinder in den Tagesstätten in den Räumen niedriger ist, in denen eine höhere Armutsbelastung zu verzeichnen ist. Insofern lässt sich schon für diese Altersgruppe ein erster Hinweis auf eine Chancenungleichheit im Bildungssystem beobachten. Obwohl gerade die Zielgruppe der Kinder aus benachteiligten Haushalten besonders von der Förderung in der Ausbildung verschiedener Kompetenzen in den Kindertagesstätten profitieren (vgl. BMFSFJ 2005, S. 343), besuchen sie diese in den ersten Lebensjahren seltener. Diese frühzeitige Ausprägung unterschiedlicher Bildungschancen verstärkt sich mit zunehmendem Alter. In der Folge sind früher Kontakt zu benachteiligten Familien und der Zugang zu niedrigschwelligen Angeboten der Förderung bedeutsame Strategien zur bedarfsgerechten Steuerung.

Abbildung 30: Verfügbarkeit von Plätzen in Kitas



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

**Methodischer Hinweis:** Die Grafik relativiert die Gesamtzahl der Plätze für die Altersgruppe von 2 bis 6 Jahren an der Zahl der Kinder, welche im Kindergartenjahr 2014/2015 im Alter waren, diese Plätze in Anspruch zu nehmen. Es handelt sich dabei um alle Kinder, die in diesem Zeitraum das Alter von 2 Jahren erreicht haben und zum Ende des Kita-Jahres noch nicht 6,5 Jahre alt waren. Die Anzahl der Plätze wurde den Planungsräumen nach dem Standort der Einrichtung zugeordnet.

Neben der Besuchsquote der Kindertagesstätten wurden im Rahmen der Studie auch die Verfügbarkeit von Plätzen in der Stadt Erfurt in den Blick genommen. Eine Quote von insgesamt 89,3 Prozent bedeutet zunächst, dass für 89 von 100 Kindern in der Stadt in dieser Altersgruppe ein Platz in einer Tagesstätte verfügbar ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass insbesondere bei den jüngeren Altersjahren die Häufigkeit der Inanspruchnahme geringer ist, wie auch der Abbildung 29 entnommen werden kann. Zudem erreicht die Kita-Quote auch in den späteren Altersjahrgängen nicht die Marke von 100 Prozent. Eine Diskussion über die Bedarfsdeckung im Blick auf die Anzahl der verfügbaren Plätze wäre auf Basis der Kita-Bedarfsplanung zu führen, die dazu einen weitaus aussagekräftigeren Zugang darstellt, als die einzelne an dieser Stelle verfügbare Grafik. Ziel der Darstellung ist wie auch an vielen anderen Stellen des Berichts der Blick auf die Unterschiede der Planungsräume in der Stadt.

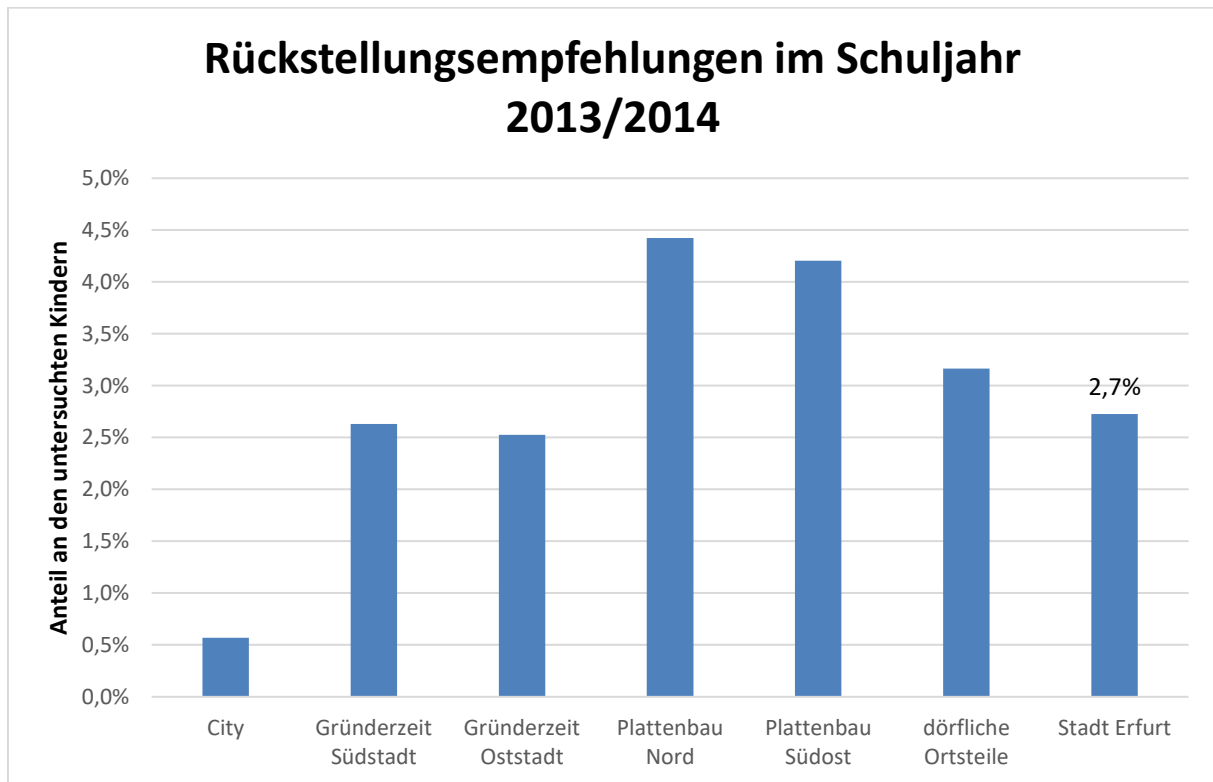
Es ist zu erkennen, dass die Relation an Plätzen pro Kind in der City, der Gründerzeit Südstadt sowie insbesondere in den dörflichen Ortsteilen unterdurchschnittlich ausfällt. Auch hier lassen sich nur eingeschränkt Aussagen treffen, ob die Situation aus der Perspektive der Anwohner in den Räumen angemessen erscheint, da zu diesem Zweck auch das Pendlerverhalten der Eltern in den Blick zu nehmen wäre. Der Grafik ist jedoch auch zu entnehmen, dass in den Großwohnsiedlungen das Angebot an Plätzen die Zahl der Kinder vor Ort übersteigt. Auch an hier wäre zunächst zu prüfen, ob die verfügbaren Plätze nicht überproportional häufig durch Anwohner anderer Planungsräume belegt werden. Trotzdem findet sich darin ein empirischer Hinweis, dass es in den Großwohnsiedlungen der Stadt Erfurt für die Eltern einfacher zu sein scheint, wohnortnah einen Platz in einer Kindertagesstätte für ihr Kind in Anspruch zu nehmen, als in anderen Planungsräumen.

Dies erscheint insbesondere aus Perspektive der Alleinerziehenden, welche in den beiden Großwohnsiedlungen anteilig stärker vertreten sind, eine dem spezifischen Bedarf entsprechende Unterstützung. Auch im Blick auf die niedrigere Besuchsquote der Einrichtungen unter den jüngeren Kindern scheint die räumliche Verteilung der Kita-Plätze eine günstige Voraussetzung, welche grundsätzlich eine zukünftige Erhöhung der Besuchsquoten strukturell ermöglicht.

### 3.8.2 Schule

In Anlehnung an die biografische Reihenfolge des Besuchs unterschiedlicher Bildungsinstitutionen wird nachfolgend Datenmaterial zum Schuleintritt von Mädchen und Jungen in den Blick genommen. Dieses entstammt der Schuleingangsuntersuchung, die auch schon für die Analyse der Gesundheit junger Menschen als empirische Basis diente. Entsprechend der Datenquelle sind die Daten nach dem Wohnortprinzip erfasst.

Abbildung 31: Rückstellungen vom Schulbesuch



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Der Anteil der zur Zurückstellung vom Schulbesuch empfohlenen Kinder beträgt im Erfurter Durchschnitt 2,7 Prozent und ist für die Planungsräume der Stadt unterschiedlich hoch ausgeprägt. In den Großwohnsiedlungen sowie in den dörflichen Ortsteilen liegen die Anteile dabei über dem Durchschnitt, demgegenüber wurden in der City nur 0,6 Prozent der Kinder zur Zurückstellung empfohlen. Während für die Planungsräume Plattenbau Nord und Südost eine Verbindung zur häufigeren Benachteiligung in verschiedenen Lebenslagebereichen wahrscheinlich ist, erscheint für die dörflichen Ortsteile auch die Frage des Erreichens der Grundschule durch das Kind eine mögliche Einflussgröße. Eine direkte Beeinflussung der Einschätzung der Ärzte ist zwar nicht anzunehmen, jedoch stellt der indirekte Einfluss über das Einwirken der Eltern einen möglichen Erklärungsansatz dar.

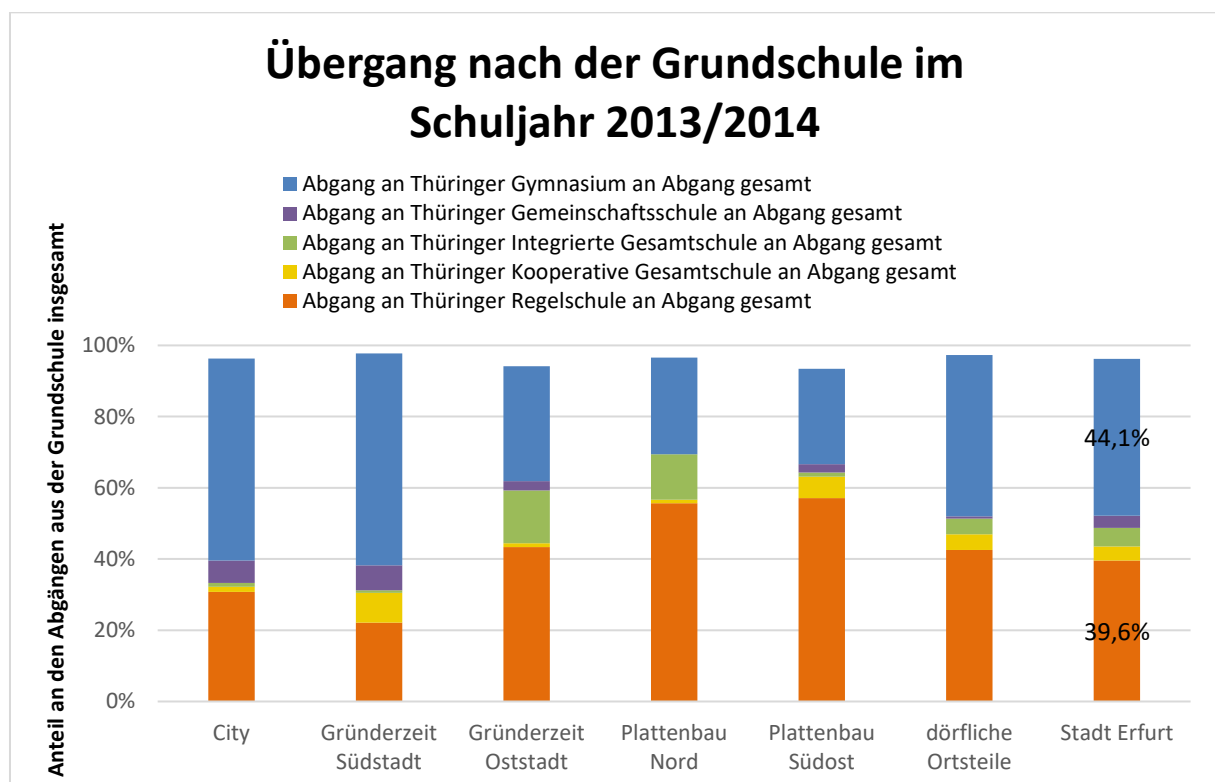
Im Abgleich zu den in Abbildung 27 grafisch dargestellten diagnostizierten Auffälligkeiten im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung fällt auf, dass keine systematische Verbindung dieser Befunde zu den tatsächlichen Empfehlungen zur Zurückstellung besteht. Untersuchungen in anderen Thüringer Kommunen haben gezeigt, dass sich diese Differenzen zum einen durch das Herkunftsmilieu erklären lassen, welches sich in einem regional unterschiedlich stark vertretenen Wunsch der Eltern äußert, für oder gegen eine spätere Einschulung des Kindes aktiv zu werden. Zum anderen haben Gespräche mit Ärzten in diesem



Zusammenhang ergeben, dass die Kenntnis der Schule, die das Kind später besuchen wird, die Entscheidung über die Empfehlung beeinflussen kann. In der Erwartung, in welchem Rahmen Schulen dazu in der Lage sind, mit bestimmten Auffälligkeiten der Kinder pädagogisch umzugehen, werden Entscheidungen in die ein oder die andere Richtung tendenziell begünstigt. Es ist ausdrücklich zu betonen, dass für die Stadt Erfurt keine Hinweise bestehen, dass einer der beiden Ansätze die Differenzen erklären kann. Es erscheint jedoch fachlich geboten, diesen Sachverhalt auf empirischer und fachlicher Basis besonders in den Blick zu nehmen.

Die Konsequenzen unterschiedlicher Startchancen junger Menschen im Bildungssystem und die Auswirkungen milieuspezifischer Lebenslagen auf ihre Bildungsbiografie treten nach dem Durchlaufen der Primarstufe beim Übergang an weiterführenden Schulen noch deutlicher hervor. Die regionalspezifische Verteilung von Übertritten auf das Gymnasium bzw. auf die Regelschule gibt dabei Hinweise auf Prozesse der Verstetigung familialer Belastungssituationen als Folge von sozialer Benachteiligung und Armut.

Abbildung 32: Übergang nach der Grundschule nach Schulart



Datenquelle: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Stadtverwaltung Erfurt

**Methodischer Hinweis:** In der Darstellung wurden für das Schuljahr 2013/2014 die Fallzahlen der Meldungen der 29 staatlichen Grundschulen ausgezählt, auf welche Schulart die Kinder der vierten Klasse überwechseln werden. Für die Auswertung nicht zugänglich waren die Zahlen der Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft,

die Schüler in den ersten vier Schuljahren aufnehmen. Die für die Auswertung nicht zugänglichen Fälle stellen jedoch einen kleineren Anteil an der gesamten Schülerzahl im Grundschulalter in der Stadt Erfurt dar. Für den Planungsraum Plattenbau Nord wurden abweichend zu den anderen Regionen die Zahlen des Schuljahres 2012/2013 betrachtet, da die Statistik des nachfolgenden Jahres fehlerbehaftet war.

Die Abbildung 32 wertet die besuchte Schulart nach der vierten Klasse für die Planungsräume der Stadt Erfurt aus. Geht man von einer wohnortnahen Beschulung der Kinder im Grundschulalter aus, scheint der statistische Zugang der Zuordnung der Grundschulen zu den Planungsräumen der zielführendste, um regionale Unterschiede sichtbar zu machen, da belastbare Daten für eine Auswertung nach Wohnortprinzip nicht zugänglich sind. Gleichwohl ist ein Grad an Unschärfe einzuräumen, da nicht alle Schülerinnen und Schüler eine Grundschule im dem Planungsraum besuchen, in dem sie auch wohnen.

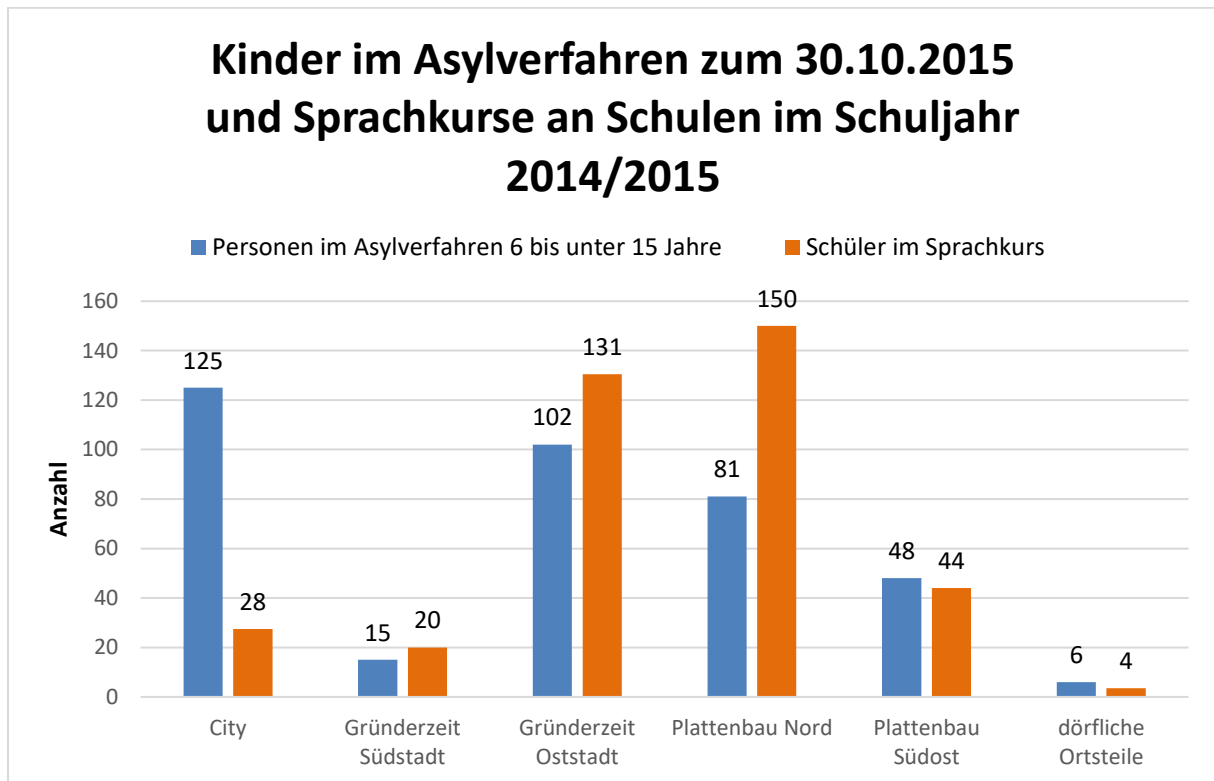
In der Auswertung ist ablesbar, auf welche Schularten die Schüler nach der Grundschule überwechseln. Der größte Teil in dem betrachteten Jahrgang wechselte mit 44 Prozent auf das Gymnasium bzw. mit 40 Prozent auf die Regelschule über. Vorab ist festzuhalten, dass an dieser Stelle keine Aussage darüber getroffen werden soll, ob die Quote des Übergangs auf das Gymnasium zu hoch, zu niedrig oder angemessen erscheint. Im Fokus der Analyse stehen regionale Unterschiede zwischen den Planungsräumen der Stadt Erfurt, welche auf systematische Ungleichheiten hinweisen.

Die Schüler der Grundschulen in den Großwohnsiedlungen der Stadt, von denen 56 bzw. 57 Prozent auf die Regelschule überwechselten, stehen in direktem Kontrast zu City und Gründerzeit Südstadt, wo dies nur für 31 bzw. 22 Prozent der Schüler zutrifft. In anderen Worten ist in der direkten Gegenüberstellung in den Großwohnsiedlungen eine doppelte Häufigkeit an Übergängen auf die Regelschule und ein halbiertes Anteil auf das Gymnasium zu beobachten.

Erkenntnisse aus der Armutsforschung zeigen den systematischen Zusammenhang zwischen den Aufwuchsbedingungen in der Herkunftsfamilie und den persönlichen Bildungschancen. Diesen Zusammenhang auf Basis empirischer Daten in der Stadt Erfurt beobachten zu können, zeigt auf, dass es noch nicht ausreichend gelingt, Bildungsbenachteiligung vor Ort entgegenzuwirken. Für die Stadt Erfurt liegt damit ein direkter Hinweis auf regionale Bedarfe von Kindern und Jugendlichen vor. In Bezug auf die Lebenslagen sind Bildungseinrichtungen gemeinsam in der Pflicht, gerade Kinder aus stärker belasteten Familien besonders zu fördern und die Chancengleichheit zu stärken. In diesem Kontext steht lokale Sozialpolitik vor der

Herausforderung, die Akteure und Einrichtungen in diesem Prozess intensiv zu unterstützen sowie für Familien in Bedarfslagen passende Angebote vorzuhalten.

Abbildung 33: Sprachkurse Deutsch an Schulen



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Eine weitere Grafik in Bezug auf die Schule stellt die absoluten Zahlen der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in laufenden Asylverfahren neben die Anzahl der Schüler in Sprachkursen in Deutsch in den Schulen im Planungsraum. Diese wäre zur Ableitung von Hinweisen auf einen möglichen Steuerungsbedarf zunächst zu aktualisieren, da die Ausprägung beider Indikatoren schnellen Veränderungen unterliegen. Die Analyse der Zahlen für das Jahr 2015 zeigt auf, dass insbesondere in der Gründerzeit Oststadt und im Plattenbau Nord viele Schüler Sprachkurse an den Schulen besuchen. Vor diesem Hintergrund erscheint ein gelingender Zugang von neu Zugewanderten Kindern und Jugendlichen zur Schule in Verbindung mit einer Sprachförderung in diesen beiden Räumen wahrscheinlicher. Demgegenüber sind in der City dem Wohnort nach deutlich mehr junge Menschen im Schulalter als bereits in Sprachkursen geförderte Kinder zu verzeichnen. Eine Aktualisierung dieser Zahlen würde Auskunft darüber geben, ob in der City auf die vermutlich gestiegene Nachfrage an Sprachkursen reagiert wurde und wie die regionale Verfügbarkeit aktuell ausgeprägt ist.

### 3.8.3 Kinder- und Jugendhilfe

Im Rahmen kommunaler Planungs- und Steuerungsprozesse ist es generell eine zentrale Herausforderung, die Angebote und Leistungen an den spezifischen und regional unterschiedlich ausgeprägten Bedarfen der Bevölkerung auszurichten. Insbesondere die vielseitigen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe leisten einen bedeutenden Beitrag in der Armutsprävention und Bildungsförderung junger Menschen. Ein Abgleich der gesamten Angebotsstruktur wäre aufschlussreich und aus fachlicher Perspektive wünschenswert, war im Rahmen des Projekts jedoch aufgrund der Komplexität der Aufgabe zeitlich nicht realisierbar. Dem Fokus auf die Analyse räumlicher Unterschiede entsprechend wurden die Indikatoren der Hilfen zur Erziehung sowie der Inobhutnahmen als statistische Zugänge gewählt, die eine regionale Auswertung ermöglichen.

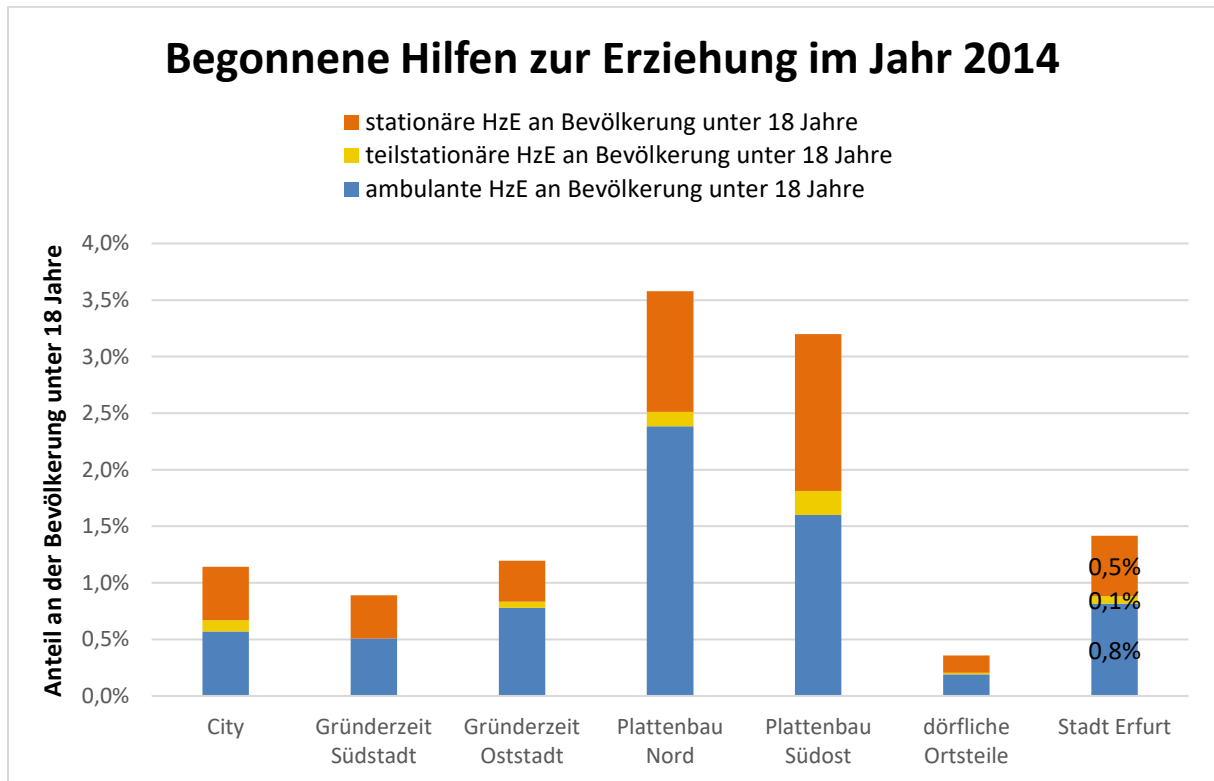
Hilfen zur Erziehung bilden historisch, finanziell und disziplinar den Kern der Kinder- und Jugendhilfe (Moch 2011, S. 620f.). Aus ihrem fachlichen Selbstverständnis heraus stellen die Hilfen zur Erziehung den zentralen Leistungskatalog dar, um erzieherischen Bedarf im Interesse einer kindlichen Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit befriedigen zu können. In der fachlichen Reflexion der Hilfen ist unstrittig, dass nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen Leistungen nach dem § 27 SGB VIII ff. in Anspruch nehmen.

Aus dem sozialräumlichen Blickwinkel dieser Studie sind folgende Gründe für eine derartige Ungleichverteilung maßgeblich:

- die tatsächliche höhere soziale Belastung verbunden mit geringeren erzieherischen Ressourcen bei den Eltern und im sozialen Umfeld,
- die höhere Kontrollichte der Fachkräfte in bestimmten Räumen und hinsichtlich bestimmter Bevölkerungsgruppen,
- die bessere Akzeptanz einer Inanspruchnahme von Hilfeleistungen bei benachteiligten gegenüber privilegierten Bevölkerungsgruppen sowie
- die unterschiedliche fachliche Erkennung von Problembedarfen und Leistungsressourcen in den materiell besser/schlechter gestellten und vom Sozialstatus privilegierter/deprivierter Bevölkerungsgruppen.

Aus der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung lassen sich zusammengenommen wertvolle Hinweise auf den bestehenden Unterstützungsbedarf von Familien und ihren Kindern ableiten.

Abbildung 34: Hilfen zur Erziehung nach Planungsräumen



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Bei den Hilfen zur Erziehung wurden die begonnenen Hilfen im Jahr 2014 analysiert, um eine aktuelle und nicht von langen Hilfeverläufen beeinflusste Abbildung zu ermöglichen. Die Fallzahlen wurden nach der Eingriffsintensität der Hilfen gruppiert und anschließend an der Altersgruppe der Adressaten in den Planungsräumen relativiert. Die Grafik stellt damit die relative Häufigkeit in der Anwendung der Hilfen dar.

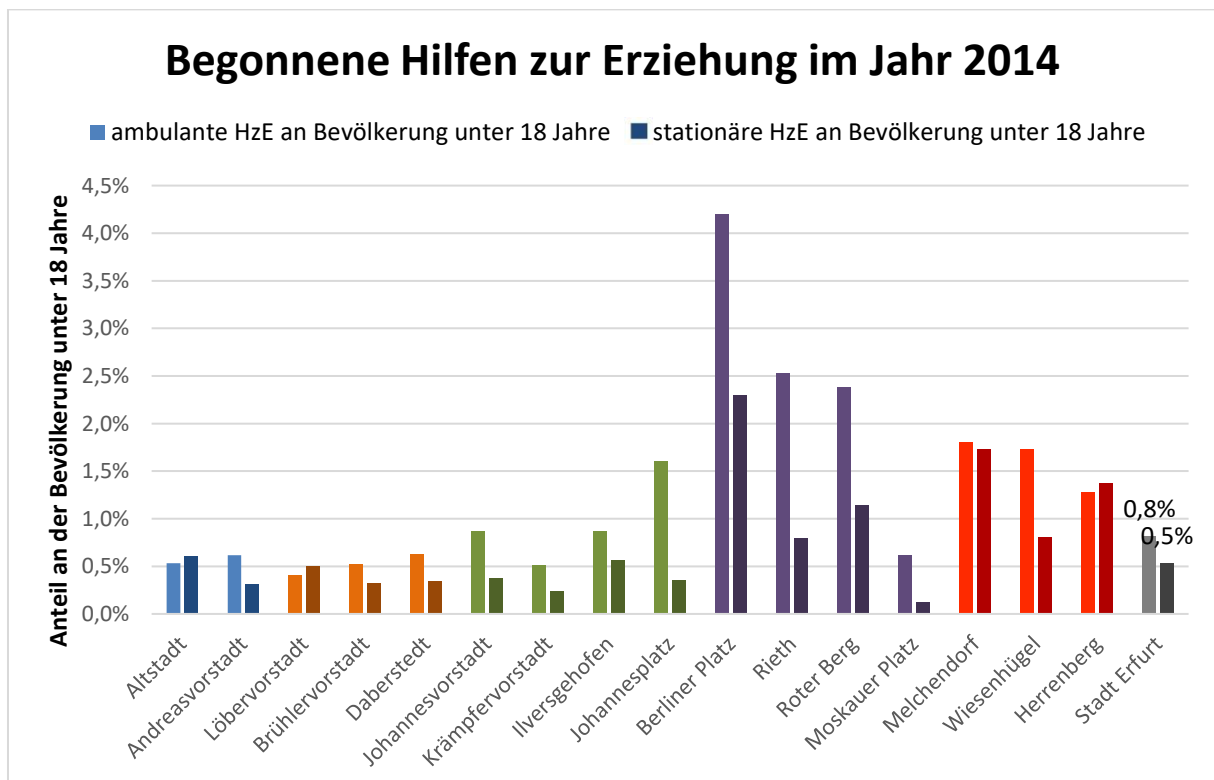
In der Auswertung der Zahlen für die Stadt Erfurt insgesamt ist zunächst hervorzuheben, dass ambulante und teilstationäre Hilfen häufiger zum Einsatz kommen, als eingriffsintensivere stationäre Hilfen. Dies entspricht dem Anspruch des Gesetzgebers, der eine niedrighschwellige und lebensweltnahe Unterstützung fordert (vgl. BMJFFG 1990). Weiterhin erscheint es auch aus fachlicher Sicht im Interesse der Kinder und der Eltern, weniger eingriffsintensive Unterstützung zu erfahren.

Im Blick auf die Fallzahlen der Hilfen in den Planungsräumen der Stadt ist deutlich zu erkennen, dass die Häufigkeit der Inanspruchnahme sehr unterschiedlich ausfällt. Hohe

Quoten lassen die Planungsräume Plattenbau Nord und Südost erkennen. Wie sich in der Betrachtung der unterschiedlichen im Vorfeld dargestellten Indikatoren abzeichnet, sind in diesen beiden Räumen jedoch auch die stärksten Unterstützungsbedarfe bei den jungen Menschen zu erkennen. Vor diesem Hintergrund lässt sich der starke Fokus auf diese Regionen als bedarfsgerecht bezeichnen. Einschränkend ist zu ergänzen, dass diese Ableitung lediglich auf die anteilig stärkere Hilfevergabe in Erfurt Nord und Südost im Vergleich zu anderen Planungsräumen aussagefähig ist. Aus den vorliegenden Daten lässt sich zunächst nicht schließen, ob nicht generell ein geringerer oder stärkerer Bedarf bei den Adressaten besteht.

Zu dieser Frage bietet der Vergleich der Zahlen zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung in den Thüringer Städten und Landkreisen einen möglichen Zugang. Relativiert man die Zahlen aller laufenden Hilfen an der Einwohnerzahl der Altersgruppe, konnte man für das Jahr 2015 feststellen, dass sich im Landesdurchschnitt 1,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen in einer Hilfe befanden und der Anteil für die Stadt Erfurt mit ebenfalls 1,8 Prozent im Durchschnitt lag (eigene Berechnungen auf Basis TLS 2016).

Abbildung 35: Hilfen zur Erziehung nach Stadtteilen



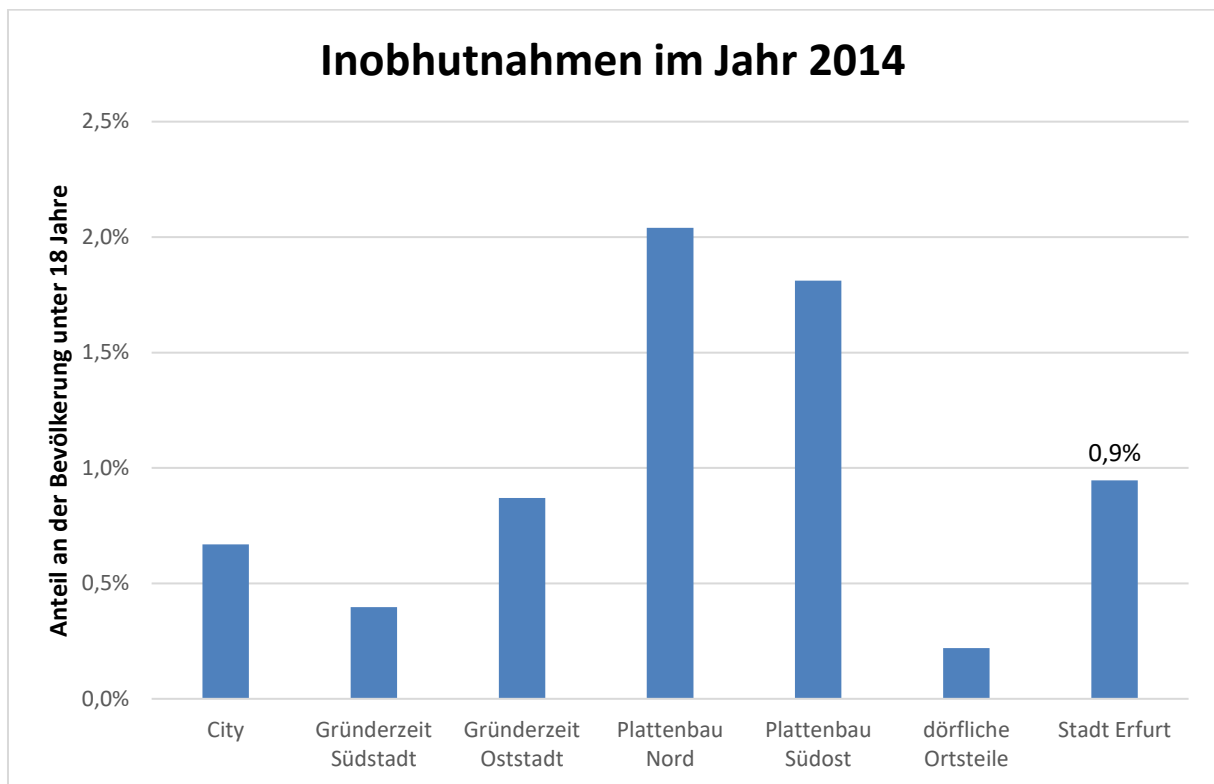
Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Für die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung wurde auch eine kleinräumigere Analyse angefertigt. Der Blick auf die Stadtteile zeigt Differenzen innerhalb der Planungsräume auf, die insbesondere in Plattenbau Nord sehr stark ausgeprägt sind. Während am Berliner Platz für insgesamt 6,5 Prozent der jungen Menschen eine Hilfe begonnen wurde, trifft dies am Moskauer Platz nur auf 0,7 Prozent zu.

Drei unterschiedliche Zugänge sind an dieser Stelle zur Erklärung der hohen Differenz zu diskutieren. Zunächst besteht die Möglichkeit des statistischen Zufalls. Der Vergleich der absoluten Fallzahlen beider Stadtteile scheint in dieser Hinsicht jedoch belastbar, sodass die Differenz zunächst nicht zufällig erscheint. Die Analyse des vorherigen bzw. des nachfolgenden Jahrgangs der Zahlen ist jedoch geboten. Als eine zweite Möglichkeit könnte man unterschiedlich hohe Bedarfe vor Ort annehmen. Die im Rahmen dieser Studie ausgewerteten Sozialindikatoren zeigen jedoch in keinem Bereich Unterschiede auf, die die beobachtete Differenz in der Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung plausibel erscheinen lassen. Das schließt jedoch nicht die Möglichkeit aus, dass sich die Adressatengruppe voneinander unterscheidet, obwohl sich das in keiner Statistik abbildet. Zum Beispiel wäre es denkbar, dass die Familien am Moskauer Platz deutlich besser miteinander vernetzt sind und sich gegenseitig unterstützen, während am Berliner Platz in einer solchen Situation Hilfen in Anspruch genommen werden.

Eine dritte Möglichkeit der Erklärung stellt die Infrastruktur an Angeboten und Leistungen vor Ort dar. Geht man von ähnlichen Bedarfen der jungen Menschen in beiden Stadtteilen aus, wird aus institutioneller Sicht unterschiedlich darauf reagiert. Während es im Mehrgenerationenhaus am Moskauer Platz wohlmöglich gelingt, niedrigschwellig mit den Anwohnern in Kontakt zu treten und Unterstützungsbedarfen außerhalb des Systems Hilfen zur Erziehung zu begegnen, könnte dieser Zugang am Berliner Platz weniger gut umgesetzt sein. In jedem Fall erscheint es zielführend, diese Auffälligkeit empirisch wie fachlich verstärkt zu hinterfragen. Einen ersten Zugang sollte die Gegenüberstellung der lokalen Angebotsstrukturen in den Stadtteilen darstellen.

Abbildung 36: Inobhutnahmen

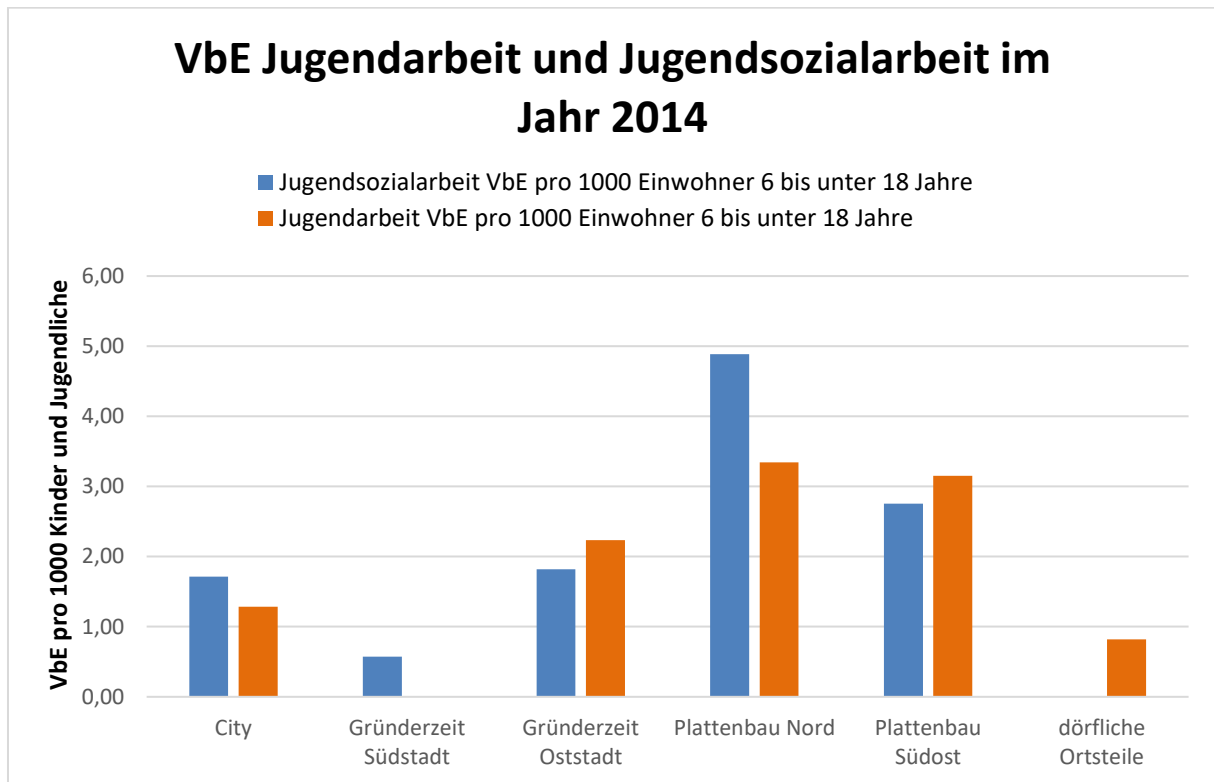


Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

Die Inobhutnahmen nach § 42 des SGB VIII zeigen im Blick auf die unterschiedliche räumliche Ausprägung ein ähnliches Bild wie die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung. Zudem lassen auch diese beiden Indikatoren einen Zusammenhang zur lokalen Armutsbelastung in den Erfurter Planungsräumen erkennen. Während das Aufwachsen in Armut jedoch durch eine spezifische Bedarfslage charakterisiert ist, sind die Hilfen zur Erziehung und auch die Inobhutnahme als Reaktion bzw. als eine Konsequenz aus dieser Situation zu betrachten. Vor diesem Hintergrund erscheint die räumliche Ungleichverteilung in der Quantität ebenfalls den Bedarfen entsprechend.



Abbildung 37: Stellen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit



Datenquelle: Stadtverwaltung Erfurt

**Methodischer Hinweis:** Für die vorliegende Darstellung wurden die Personalstellen aus den Bereichen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit summiert, die sich auf Ebene der Planungsräume der Stadt lokal zuordnen lassen. Stellen, die keine regionale Zuständigkeit aufweisen bzw. im ganzen Stadtgebiet tätig sind, wurden nicht einbezogen. Anschließend wurden die Personalstellen an der Zahl der Kinder und Jugendlichen im von 6 bis unter 18 Jahren relativiert. In diesem Sinne stellt die Grafik keinen Personalschlüssel dar, da nur eine Auswahl der vor Ort tätigen Akteure in die Berechnung einbezogen wurde.

Abbildung 37 zeigt den räumlichen Bezug der Maßnahmen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, wobei der statistische Zugang an dieser Stelle eingeschränkt valide ist. Die Berechnungen wurden auf Basis der regionalen Zuständigkeit der Projekte und Maßnahmen vorgenommen, die sich nur begrenzt auf Planungsräume im Ganzen beziehen lassen. Dennoch stellt sie einen Hinweis auf die regionale Verfügbarkeit der zum großen Teil offenen und niedrighschwelligten Angebote dar. Dieser liegt in der Quantität verstärkt auf den Großwohnsiedlungen der Stadt, die in anderen Indikatoren auch höhere Bedarfe erkennen lassen.

Die Analyse der Inanspruchnahme von Angeboten und Leistungen und insbesondere der Zugang zu Institutionen der Bildung zeigt ein unterschiedliches Bild im Blick auf Bildungschancen gegenüber den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Letztere lassen die

generelle Tendenz erkennen, dass sie in der Quantität an den räumlich heterogenen Bedarfen der Bevölkerung orientiert sind.

Der Bildungsbereich zeigt demgegenüber insbesondere in Bezug auf die ungleichen Chancen im Zugang zu den Schularten akuten Steuerungsbedarf. In der Stadt Erfurt gelingt es nicht, einer Benachteiligung junger Menschen auf Basis ihrer sozialen Herkunft systematisch entgegen zu wirken, um eine Chancengleichheit im Bildungssystem zu fördern. Gleichwohl sind an dieser Stelle keinesfalls nur die Schulen zum Handeln aufgefordert, sondern die Gesamtheit der Akteure im Kontakt zu jungen Menschen, Eltern und den BürgerInnen der Stadt Erfurt. Im fachübergreifenden Zusammenwirken der politischen und fachlichen Akteure sowie der Praxis kann es gelingen, Förderung und Unterstützung bedarfsgerecht und gerecht zu gestalten.

## 4 Handlungsempfehlungen

Die Auswertung der Zahlen zur Lebenslage der Bevölkerung sowie die Erfahrungen aus der Durchführung des Projekts in Kooperation mit den FachplanerInnen zeigen auf, dass die Stadt Erfurt über eine günstige empirische Ausgangslage für eine aktive Planung und Steuerung zur Armutsprävention und Bildungsförderung verfügt. Auf Grundlage der verlässlichen Datenbasis und im Zusammenwirken mit dem kompetenten und vielseitigen Team aufseiten der städtischen Verwaltung konnten die im Rahmen der vorliegenden Studie präsentierten Erkenntnisse erarbeitet und Hinweise für eine zukünftig stärker an den heterogenen Bedarfen der Bevölkerung ausgerichteten Bereitstellung von Angeboten und Leistungen identifiziert werden. Diese Steuerungsbedarfe werden nachfolgend benannt und jeweils durch eine kurze Ausführung untersetzt.

Thematisch sind die Punkte strukturiert, beginnend mit dem strategischen Steuerungsbedarf, der sich auf die Kooperationen der planenden Akteure sowie methodische Aspekte bezieht. Anschließend werden die inhaltlichen Fragestellungen präsentiert, die sich zum Beispiel auf stärker zu fördernde Themenbereiche und damit verbundene Herausforderungen beziehen.

### 4.1 Hinweise auf strategischen Steuerungsbedarf

#### Barrieren zwischen bestehenden Ämterstrukturen mit dem Ziel einer gemeinsamen Steuerung von regionalen Angeboten und Maßnahmen überwinden

Nur im gemeinsamen Blick auf die ganzheitliche Lebenswelt der Adressaten kann es gelingen, Angebote nach den Erwartungen und Bedarfen der Menschen vor Ort auszugestalten. Die am Projekt beteiligten Akteure der Stadt Erfurt standen und stehen auch außerhalb dieses Vorhabens im themenbezogenen Austausch zueinander. Gleichwohl gilt es als eine Herausforderung, die bisher gelingende Zusammenarbeit in verbindliche fachliche und politische Strukturen zu überführen und auf dieser Basis auch Zielgruppen in den Blick zu nehmen, die bisher in der Planung noch zu wenig Beachtung finden. Die ämterübergreifende Vernetzung und insbesondere die Überwindung organisatorisch versäulter Planungsstrukturen ist auf Ebene der Fach- und auf der Leitungsebene weiter auszubauen und in Form einer integrierten Sozialplanung zu verstetigen. Bislang gelingt es zum Beispiel noch nicht in ausreichender Form, die Stadtentwicklung und Stadtplanung in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. In Ergänzung zur Kooperation auf inhaltlicher Ebene

empfiehlt sich zudem ein themenübergreifendes Monitoring als eine gemeinsame Datenbasis.

### Strategien für die Stadt und ihre Räume erarbeiten und verbindlich als langfristige Planungsgrundlage einsetzen

In vielen thematischen Zugängen stellt sich die Frage, in welchem Umfang die Steuerung der lokalen Bedarfsdeckung verpflichtet ist und zu welchem Anteil eine proaktive Steuerung zur Anregung geplanter Veränderungen angemessen ist. Im Rahmen der vorliegenden Studie wurde dieser Aspekt insbesondere für den Bereich der Altersstruktur der Bevölkerung herausgestellt. In diesem Zusammenhang würde eine lediglich auf die Bedarfsdeckung ausgerichtete Steuerung die heterogene Verteilung der Altersgruppen in der Stadt weiter verstärken. Aus diesem Grund braucht es zuerst von Entscheidungsträgern gemeinsam getragene Zielvorstellungen für die zukünftige Ausgestaltung der Planungsräume und Stadtteile, um die Förderung einer für bestimmte Zielgruppen angemessenen Infrastruktur vorzubereiten. Diese Basis ermöglicht anschließend die Ausgestaltung einer bedarfsgerechten Angebotslandschaft durch die integrierte Planung, wenn sie als eine verbindliche Handlungsgrundlage eingesetzt wird.

### Einbindung der Perspektive der Adressaten

Neben der Analyse empirischer Daten zu den Lebenslagen der Menschen vor Ort bedarf es eines direkten Kontaktes zu den Adressaten mit dem Ziel der Erfassung von individuellen Bedarfen, der Nutzung bestehender Angebote sowie der Sammlung von Anregungen zu einer möglichen Umgestaltung dieser. Insbesondere im Blick auf die Hinweise zu ganz unterschiedlichen Lebenssituationen der Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Erfurt benötigt es authentische Rückmeldungen der Zielgruppe, um ein Verstehen und entsprechendes Handeln auf dieser Basis möglich zu machen. Zu stärken sind sowohl qualitative Zugänge als auch die konsequente partizipative Einbindung der Erfurt BürgerInnen in die Planungsprozesse.

## 4.2 Hinweise auf inhaltlichen Steuerungsbedarf

### Abbau von Chancenungleichheit

Im Fazit aller im Rahmen der Studie verfügbaren Datenzugänge stellen die ungleichen Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Erfurt die zentrale Handlungsnotwendigkeit dar. Die besuchten Schularten und die damit in Verbindung

stehenden zu erwartenden Schulabschlüsse unterscheiden sich in den Planungsräumen der Stadt enorm. In der Verknüpfung zu den unterschiedlich ausgeprägten Armutsquoten bei jungen Menschen ist erkennbar, dass die soziale Herkunft sich stark auf den Bildungserfolg der Erfurter SchülerInnen auswirkt. Weiterhin finden sich auch schon in den früheren Altersjahrgängen Hinweise auf ungleiche Bildungschancen, zum Beispiel in der Besuchsquote der Kindertagesstätten und in den Befunden der Schuleingangsuntersuchung.

Die verfügbaren Angebote sind an dieser Stelle in Abgleich zu den raumspezifischen Bedarfen zu stellen und in einem zweiten Schritt auf ihre Passgenauigkeit zu überprüfen. Unterstützungsstrukturen müssen in der Stadt Erfurt vor dem Hintergrund der durchgeführten Analyse besonders in den Stadtteilen vorgehalten werden, in denen die Kinderarmut überdurchschnittlich hoch ist (dargestellt in Abbildung 20). Gleichzeitig sind in der Ausgestaltung der Strukturen auch die Lebenslagen der Familien zu berücksichtigen, zum Beispiel benötigen Alleinerziehende spezifische Unterstützungsformate. Durch eine frühzeitige und niedrigschwellige Förderung, welche ressourcenorientiert arbeitet und die Eltern einbindet, kann es gelingen, die Bildungschancen von benachteiligten jungen Menschen zu stärken.

### Befunde aus dem Bereich Gesundheit zu Erkenntnissen aus anderen Bereichen sowie zur Angebotsstruktur in Bezug setzen

Die analysierten Daten aus dem Gesundheitsbereich weisen unter anderem im Fall der Auffälligkeiten bei der Schuleingangsuntersuchung eine räumliche Verknüpfung zur Häufigkeit der Benachteiligung in anderen Lebenslagebereichen auf. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Planung und Umsetzung von Maßnahmen der sozialraumbezogenen Gesundheitsförderung in Erfurt notwendig sind, um die gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern. Hierzu bedarf es der fachlichen Expertise und des Zusammenwirkens aller für die Zielgruppe verantwortlichen Fachbereiche. Auf dieser Basis wird möglich sein, systematische Steuerungsmaßnahmen vorzubereiten und gemeinsam umzusetzen.

Eine Vernetzung bietet sich nicht nur auf Ebene des Austauschs von Informationen und dem Vorhalten gemeinsamer Angebote, sondern speziell für den Fachbereich Gesundheit auch auf Ebene der Datenerhebung an. Die Schuleingangsuntersuchung als bedeutsame Informationsquelle für die aktuellen und zukünftigen Bedarfe junger Menschen bietet in Form der Verknüpfung zu einer Erhebung zentraler Daten zur Lebenslage der Familien einen einmaligen empirischen Zugang mit besonderem Potenzial für eine integrierte Planung.

### Bedarfe älterer Menschen in den Blick nehmen und vorausschauende Strategien erarbeiten

Während es im Rahmen der Studie möglich war, die sehr unterschiedlich ausgeprägten Anteile älterer Menschen in den Planungsräumen aufzuzeigen, fehlt es bislang an einer systematischen Gegenüberstellung dieser Erkenntnisse zu den erreichbaren Angebotsstrukturen. Erst auf Basis einer Kombination beider Zugänge ist eine Diskussion bedarfsgerechter Unterstützung zielführend. Demgegenüber direkt aus dem Datenmaterial begründbar ist die dringende Herausforderung der Abstimmung einer Strategie zur Entwicklung der Erfurter Stadtteile. Vor dem Hintergrund steigender Kosten in der finanziellen Unterstützung und den Angeboten der ambulanten Betreuung sowie der Pflege ist zu hinterfragen, mit welchem lokalen Fokus die Infrastruktur in diesem Bereich zukünftig vorzuhalten ist.

## 5 Literatur

- Andresen, Sabine/Galic, Danijela (2015): Kinder. Armut. Familie. Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung. Gütersloh.
- AWO-ISS – Laubstein, Claudia/Holz, Gerda/Dittmann, Jörg/Sthamer, Evelyn (2012): Von alleine wächst sich nichts aus. Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Abschlussbericht der 4. Phase der Langzeitstudie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Frankfurt am Main.
- Bertelsmann Stiftung (2010): Soziale Gerechtigkeit in der OECD - Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland. Gütersloh.
- Butterwegge, Christoph/Holm, Karin/Imholz, Barbara/Klundt, Martin/Michels, Caren (2003): Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich. Opladen.
- Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Belke-Zeng, Matthias (2005): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden.
- BMI – Bundesministerium des Inneren (2006): Zweiter periodischer Sicherheitsbericht. Kurzfassung. Berlin.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.
- BMJFFG – Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1990): Achter Jugendbericht. Bericht über die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Bonn.Chassé, Karl August/Zander, Margherita/Rasch, Konstanze (2003): Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. Opladen.
- Eifler, Stefanie (2011): Theoretische Ansatzpunkte für die Analyse der Jugendkriminalität. In: Dollinger, Bernd/Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog. Wiesbaden, S. 159-172.
- Fischer, Jörg/Huth, Christoph/Lebwohl, Viktoria/Römer, Robert (2012): Kommunale Berichterstattung in Thüringen. Das Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberichtswesen im landesweiten Vergleich. Studie im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit. Erfurt.
- Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin (2005): Inklusion – Exklusion. In: Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden, S. 597-610.

- Holz, Gerda (2008): Kinderarmut und familienbezogene soziale Dienstleistungen. In: Huster, Ernst, Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden, S. 483-500.
- Hurrelmann, K./Andresen, Sabine/Schneekloth, Ulrich/Pupeter, Monika (2014): Die Lebensqualität der Kinder in Deutschland - Ergebnisse der 3. World Vision Kinderstudie. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung Jg. 09, Nr. 3, S. 383-391.
- Kessl, Fabian/Maurer, Susanne (2005): Soziale Arbeit. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden, S. 111-128.
- Liebenwein, Sylvia (2008): Erziehung und soziale Milieus. Elterliche Erziehungsstile in milieuspezifischer Differenzierung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Meiner, Christiane/Merten, Roland/Huth, Christoph (2009): Thüringer Kindersozialbericht. Jena.
- Moch, Matthias (2011): Hilfen zur Erziehung. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. München, S. 619-632.
- OECD (2001): Lernen für das Leben. Erste Ergebnisse von PISA 2000. Paris.
- Peter, Frauke/Spieß, C. Katharina (2015): Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen und Horten: Unterschiede zwischen den Gruppen nicht vernachlässigen! DIW Wochenbericht Nr. 1+2/2015, S. 12-21.
- Robert-Koch-Institut (2015): Gesund aufwachsen – Welche Bedeutung kommt dem sozialen Status zu? In: BGE Kompakt 1/2015. Berlin.
- Scherr, Albert (2010): Jugendkriminalität – eine Folge sozialer Armut und sozialer Benachteiligung? In: Dollinger, B./Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität: Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog. Wiesbaden, S. 203-212.
- Schubert, Herbert (2008): Netzwerkmanagement. Koordination von professionellen Vernetzungen - Grundlagen und Beispiele. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016): Amtliche Sozialberichterstattung. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2015): Wirtschaftsrechnungen. Leben in Europa (EU-SILC) 2013. Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Wiesbaden.
- TLS – Thüringer Landesamt für Statistik (2016): Statistischer Bericht KV-j/15. Öffentliche Kinder- und Jugendhilfe in Thüringen 2015. Erfurt.
- TMSFG – Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (2011): Sozialstrukturatlas. Basisinformationen über die Lebenslagen der Bevölkerung in Thüringen. Erfurt.
- VDSt – Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.) (2013): Migrationshintergrund in der Statistik - Definitionen, Erfassung und Vergleichbarkeit. Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Heft 2/2013. Köln: VDSt.
- Werning, Rolf/Lütje-Klose, Birgit (2006): Einführung in die Pädagogik bei Lernbeeinträchtigungen. München: UTB.